

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 54



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 54

Klimawandel vom 07.11.2023-18.01.2024

| <u>Inhaltsverzeichnis</u> | Seite |
|---|-------|
| Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 07.11.2023-18.01.2024 | 2-95 |
| Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis | 96 |

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 07.11.2023-18.01.2024

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27386" berichtete am 7. November 2023 (x1.343/...): >>"Klimakatastrophe" durch künstliche Wettermanipulationen

Künstliche Eingriffe in die Wetterkonstellationen haben nach Experten-Aussagen schwerwiegende Auswirkungen auf Umwelt und Menschheit. Soll die weltweite Klimaerwärmungs-Panikmache von den fatalen Folgen experimenteller Wettermanipulationen ablenken?

Das englische Magazin Daily Mail berichtete am 1.7.2023 von Plänen des Weißen Hauses, das Sonnenlicht zur Verhinderung einer Klimaerwärmung künstlich abzuschirmen. Eine solche menschengemachte Maßnahme wird als Solar Radiation Modification (SRM) bezeichnet. Der US-Präsidentschaftskandidat Robert F. Kennedy interviewte zu diesem Thema kürzlich Dane Wigington, den Gründer von geoengineering watch.org.

Laut Wigington finden solche gezielten Wettermanipulationen, Geoengineering genannt, schon seit ca. 70 Jahren weltweit statt. Diese künstlichen Eingriffe haben seiner Ansicht nach zunehmend schwerwiegende Auswirkungen auf die weltweiten Wettermuster und damit generell auf die Landwirtschaft sowie auf die biologische Vielfalt und die menschliche Gesundheit. Dient die weltweite Panikmache vor einer Klimaerwärmung eher dazu, die Menschheit von den spürbaren fatalen Folgen solcher experimentellen Wettermanipulationen abzulenken?<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 12. November 2023 (x1.346/...): >>>US-Studie: Importiertes LNG klimaschädlicher als Kohle

Einer neuen US-Studie zufolge ist importiertes Flüssiggas (LNG) klimaschädlicher als das Verfeuern von Kohle. "Die absoluten Treibhausgasemissionen von LNG sind im schlimmsten Fall um 274 Prozent höher als die von Kohle", heißt es in der noch nicht veröffentlichten Analyse des Methan-Forschers Robert Howarth von der Cornell University, über welche die "Neue Osnabrücker Zeitung" berichtet. Als Ursache macht Howarth Methan-Leckagen bei den verschiedenen Etappen vom Fracking über die Reinigung, Verflüssigung und schließlich den Transport über die Weltmeere aus.

Methan ist ein besonders aggressives Treibhausgas, selbst bei Nutzung der modernsten Schiffe und kürzesten Routen seien die Emissionen - wenn man den gesamten Weg vom Frackin-

gloch bis zur Verfeuerung zur Strom- oder Wärmeerzeugung betrachtet - "um mindestens 24 Prozent höher", als wenn Steinkohle verwendet würde, so die Ergebnisse der Berechnungen des Professors für Umweltbiologie.

Howarths Studie ist noch nicht gegengeprüft, die US-Zeitschrift "The New Yorker" sieht in den Zahlen des Wissenschaftlers aber schon jetzt den Nachweis ("Smoking Gun") für eine fehlgeleitete Klimapolitik von US-Präsident Joe Biden. Denn in den USA werden, auch wegen der hohen Nachfrage aus Deutschland, die LNG-Exportkapazitäten deutlich ausgeweitet, was den Klimaschutzzielen der US-Regierung zuwiderläuft.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sieht durch die Forschungsergebnisse den Handlungsdruck auf Bundesregierung und EU gestiegen. In Brüssel wird in wenigen Tagen über schärfere Regeln für Methan-Emissionen aus der Öl- und Gaswirtschaft abgestimmt. "Mit der Ausweitung der LNG-Importe nach Deutschland macht sich die Bundesregierung mitverantwortlich für wachsende Methan-Emissionen weltweit", sagte Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz bei der DUH, der NOZ.

"Gerade deshalb muß sie sich in den nächsten Tagen besonders für eine ambitionierte Ausgestaltung der Methan-Verordnung einsetzen. Entscheidend ist, daß auch Methan-Emissionen aus der Lieferkette berücksichtigt und die Gasnetzbetreiber in Europa zu strengen Kontrollen verpflichtet werden."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. November 2023: >>**E-Auto, nein danke! Viele Deutsche wollen auch keine Billig-Stromer kaufen**

Selbst E-Autos zu einem Neupreis von rund 20.000 Euro sind für viele Deutsche kein Kaufanreiz! Das ergab eine Analyse der "Automobilwoche" auf Basis einer Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Civey. Befragt wurden Fahrer von Verbrennerfahrzeugen, ob sie sich bei Preisen unter 25.000 Euro für ein vollelektrisches Fahrzeug begeistern könnten.

Dreiviertel antworteten mit "Nein", fast zwei Drittel der Befragten schlossen einen Umstieg sogar "kategorisch aus", schreibt die Fachzeitschrift. Lediglich für elf Prozent kommt ein Wechsel unter diesen Umständen in Frage, weitere elf Prozent waren unentschlossen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27453" berichtete am 15. November 2023 (x1.343/...): >>**97 % Einigkeit unter Wissenschaftlern zum menschengemachten Klimawandel - Fakt oder Fake?**

Ist der Klimawandel vom Menschen verursacht? Angeblich sind sich 97 % der Wissenschaftler darüber einig, daß es so ist! Doch: Wie glaubwürdig ist diese Zahl? Und: Ist es tatsächlich wahr, daß es kaum Wissenschaftler gibt, die in ihren Studien zu gänzlich anderen Ergebnissen gekommen sind? Diese Dokumentation prüft John Cooks 97 %-Behauptungen eingehend und zeigt überdies zahlreiche Gegenstimmen auf, die das Potential haben, den Mythos vom menschengemachten Klimawandel zu Fall zu bringen ...

"Klimaskeptiker widerlegt: Menschengemachter Klimawandel ist jetzt wissenschaftliches Faktum" - titelt die Zeitschrift Geo.de. Und: "Der Mensch ist die Ursache des Klimawandels", liest man auf der Internetseite der Süddeutschen Zeitung. Die Mainstream-Medien verkünden fast wie im Chor die Aussage, daß die Menschheit den Klimawandel verursache, worüber sich 97 % der Wissenschaftler einig seien. Wer daran zweifelt, wird als Wissenschaftsleugner verunglimpft. Doch woher kommt diese Zahl, und stimmt sie überhaupt? Wer sich die Studie, die die Basis für diese Aussage bildet, näher ansieht, kommt zu einem ganz anderen Schluß.

1. Die Analyse der wissenschaftlichen Arbeiten zum menschengemachten Klimawandel - von John Cook et al. - unter der Lupe

Es handelt sich um die Arbeit "Quantifying the consensus on anthropogenic global warming in the scientific literature" (Quantifizierung des Konsenses über die anthropogene globale Erwärmung in der wissenschaftlichen Literatur) von dem Kognitionspsychologen John Cook aus dem Jahr 2013, eine sogenannte Metaanalyse (statistische Auswertung einer großen Samm-

lung von Einzelstudien).

Cook und seine Mitarbeiter haben darin 11.944 Studien zum Thema Klima und Umwelt aus den Jahren 1991 bis 2011 daraufhin untersucht, ob die Autoren dem Menschen die Schuld am Klimawandel geben, oder nicht. Und als Ergebnis hat Cook präsentiert, daß sich 97 % der Studien und Arbeiten einig wären, daß der Mensch an allem schuld sei. Die Wahrheit aber ist: Es sind ganze 0,54 Prozent der Arbeiten der Meinung, daß der Mensch auch nur zu mindestens 50 Prozent am Klimawandel schuld ist!

Wie kann nun John Cook im Ergebnis zu einem Anteil von etwa 97 % Zustimmung kommen? Schließlich hat er selbst doch in der Zusammenfassung seiner Analyse, dem sogenannten "Abstract", geschrieben, daß von allen untersuchten Studien 66,4 % gar keine Stellungnahme zur These des menschengemachten Klimawandels enthielten!

Bei genauer Analyse seiner Studie stellt man fest: Schon die Einteilung, die Cook vorgenommen hatte, war manipulativ! Anhand der Frage, ob darin Stellungnahmen zur These des menschengemachten Klimawandels abgegeben wurden, sortierten Cook und seine Mitarbeiter die knapp 12.000 Arbeiten in sieben Kategorien ein.

Kategorie 1 lautete, der Mensch sei zu über 50 Prozent für den Klimawandel verantwortlich. Kategorie 2 machte zwar den Menschen verantwortlich, legte sich aber nicht darauf fest, wie stark der Mensch das Klima beeinflusst.

Kategorie 3 machte den Menschen wenigstens ein bißchen verantwortlich.

Kategorie 4 äußerte sich nicht zum menschlichen Einfluß auf das Klima.

Kategorie 5 sprach sich eher gegen den menschlichen Einfluß aus.

Kategorie 6 sprach sich etwas deutlicher gegen den menschlichen Einfluß aus.

Kategorie 7 sprach sich gegen den menschlichen Einfluß aus und sagte, der menschliche Einfluß liege bei weniger als 50 Prozent.

Man sieht also, daß es eigentlich nur drei Kategorien geben dürfte: Kategorie A: Der Mensch ist zu über 50 Prozent verantwortlich, Kategorie B: Keine Angabe über den menschlichen Einfluß, Kategorie C: Der Mensch ist zu weniger als 50 Prozent verantwortlich.

Wenn sich aus einer Arbeit nicht ableiten läßt, ob der menschliche Einfluß bei über oder unter 50 Prozent liegt, dann trifft diese Studie keine klare Aussage und gehört eigentlich in die Kategorie "keine Angabe".

Da die übrigen 4 Kategorien ohne klare Prozentangaben sind, kann man hier alle Arbeiten mit unklaren Aussagen nach Belieben einsortieren, was der Manipulation Tür und Tor öffnet.

Kommen wir nun zu den Ergebnissen und zu den mathematischen Tricks, die aus 0,54 Prozent am Ende 97 Prozent gemacht haben.

Hier sind die Rohdaten der Cook-Studie - die übrigens in Cooks Metaanalyse gar nicht enthalten sind, man muß sie sich erst mühsam zusammensuchen:

Kategorie 1: 64 Arbeiten, also 0,54 %

Kategorie 2: 922 Arbeiten, also 7,72 %

Kategorie 3: 2.910 Arbeiten, also 24,36 %

Kategorie 4: 7.970 Arbeiten, also 66,73 %

Kategorie 5: 54 Arbeiten, also 0,45 %

Kategorie 6: 15 Arbeiten, also 0,13 %

Kategorie 7: 9 Arbeiten, also 0,08 %

Cook ließ nun einfach alle Studien unter den Tisch fallen, die keine Stellungnahme enthielten - und das waren 7.970 von insgesamt 11.944, also zwei Drittel aller Arbeiten! Cook hat also in Wahrheit nur ein Drittel aller Daten verarbeitet!

Aber auch dann sind ja immer noch nur 64 von 3.974 übrig gebliebenen Untersuchungen der Meinung, der Mensch sei zu über 50 Prozent für den Klimawandel verantwortlich.

Nun faßte Cook auch noch die Kategorien 1, 2 und 3 zu EINER zusammen und nannte diese

"Zustimmung", obwohl sie aus unterschiedlichen Graden der Zustimmung bestanden - von "Ja, über 50 % Anteil" über "Ja, ohne Mengenangabe" bis zu einem "implizierten, stillschweigenden, Ja".

Das wären dann 3.896 Arbeiten insgesamt, die dem Menschen die Schuld geben. Und die 78 Arbeiten, die man in die Kategorien 5 bis 7 einsortiert hat, bestreiten das - das ist dann aber insgesamt nur ein verschwindend geringer Prozentsatz.

Und so kommt man auf 3.896 Arbeiten mit Zustimmung - aus den insgesamt noch übrigen 3.974 Arbeiten - und das ergibt dann 97 Prozent. Dabei enthielten ursprünglich nur ganze 64 Studien eine ausdrückliche Zustimmung zur These vom menschengemachten Klimawandel, und das waren 0,54 %.

2. Sturm der Entrüstung in der wissenschaftlichen Gemeinschaft

Angesichts solch dreister Zahlenmanipulationen brach in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ein Sturm der Entrüstung los. Die Webseite Climatecite.com sammelte ganze 97 Artikel, Medienberichte und Blogbeiträge, die vernichtende Kritik an Cooks Analyse übten. Zitat: "Im Folgenden finden Sie eine Liste von 97 Artikeln, die Cooks (schlecht konzipierte, schlecht gestaltete und schlecht ausgeführte) 97 Prozent "Konsens-Studie" widerlegen. Die Tatsache, daß irgend jemand weiterhin solch fundiert entlarvten Unsinn wie Cooks Studie hervorbringt, ist eine Peinlichkeit für die Wissenschaft."

Wer sich in diese Diskussionen der Wissenschaftler vertiefen möchte, findet den Link dazu am Ende der Sendung, ebenso zu allen anderen genannten Quellen. Nachfolgend nur einige wenige Beispiele der kritischen Artikel:

Bereits am 21. Mai 2013, also 8 Tage nach Veröffentlichung von Cooks Analyse, erschien auf der Seite PopularTechnology.net ein Artikel mit Stellungnahmen einiger Wissenschaftler, deren Studien in Cooks Analyse verwendet wurden. Sie erklären, daß ihre Arbeiten in falsche Kategorien eingestuft worden seien. Hier zwei Beispiele:

Der Geograf Dr. Craig D. Idso, Vorsitzender des Center for the Study of Carbon Dioxide and Global Change schreibt: "Es wäre falsch zu behaupten, unser Papier sei eine Befürwortung der CO₂-induzierten globalen Erwärmung."

Dr. Nils-Axel Morner, emeritierter Professor für Paläogeophysik und Geodynamik an der Universität Stockholm, antwortet auf die Frage: "Ist dies eine genaue Darstellung Ihrer Arbeit?" - "Sicherlich nicht korrekt und sicherlich irreführend."

Der Wissenschaftsblogger Anthony Watts berichtete über die oben genannte Studie von Dr. Legates, der Cooks Arbeit wie folgt kommentierte: "Es ist erstaunlich, daß irgendein Journal eine Studie veröffentlichen konnte, in der ein Konsens von 97 % behauptet wird, wenn der eigenen Analyse des Autors zufolge der wirkliche Konsens weniger als 1 % betragen hat."

Der niederländische Professor für Klimaökonomie Richard Tol, ehemaliger Mitarbeiter und dann Kritiker des IPCC - dem Weltklimarat - kritisiert Cooks Arbeit ebenfalls heftig und hebt hervor, daß schon durch die Auswahl der Suchbegriffe wichtige wissenschaftliche Arbeiten nicht erfaßt worden seien. Zudem findet es Tol nicht nachvollziehbar, daß von 122 Beiträgen, die er selbst im von Cook et al. untersuchten Zeitraum veröffentlicht hat, nur 10 ausgewählt wurden. 5 von diesen 10 ausgewählten Arbeiten wurden außerdem auch noch falsch klassifiziert - natürlich als Beiträge, die den menschengemachten Klimawandel stützen, nicht als solche, die ihn in Frage stellen, was die Beiträge von Tol aber tatsächlich tun.

Auch der als Wikipedia-Kritiker bekannt gewordene Biologe, Lehrer und Filmemacher Markus Fiedler hat sich eingehend mit Cooks Arbeit beschäftigt und zahlreiche methodische Fehler gefunden.

Die Hauptmedien aber berichten kaum über solche Kritik an Cooks Arbeit, sondern verbreiten heute noch die falsche Behauptung der 97 %-Einigkeit. Und das hat auch noch lange, traurige Tradition:

3. Zahlreiche Gegenstimmen gegen den Klimawandel-Alarmismus

Nicht erst seit Cooks Arbeit äußern Wissenschaftler ihren Protest gegen den Klimawandel- bzw. ursprünglich Erderwärmungs-Alarmismus. Es begann schon viel früher, als Reaktion auf die UN-Weltklimakonferenzen, die 1979 begannen und seit 1995 alljährlich stattgefunden haben. Und auch diese Protestaktionen blieben medial weitgehend unerwähnt!

1990

USA: Das SEPP - Science and Environmental Policy Project beschreibt sich wie folgt:

"Das Science and Environmental Policy Project (SEPP) wurde 1990 von S. Fred Singer gegründet, um die staatliche Umweltpolitik auf der Grundlage schlechter wissenschaftlicher Erkenntnisse in Frage zu stellen. Es steht für objektive Wissenschaft, die auf stichhaltigen Beweisen basiert.

SEPP untersucht fragwürdige Regierungsmaßnahmen, egal wie beliebt sie sind, um festzustellen, ob die Maßnahmen auf der konsequenten Anwendung wissenschaftlicher Methoden basieren und nicht nur eine vorübergehende Modeerscheinung sind. Die Mission von SEPP besteht darin, Politiker, Medien und die Öffentlichkeit über die Bedeutung der wissenschaftlichen Genauigkeit bei der Festlegung umweltbezogener Maßnahmen aufzuklären. Denn mit diesen umweltbezogenen Maßnahmen sind z.B. auch politische Maßnahmen zum Thema Energie-Gewinnung und -Nutzung verbunden.

1992

Deutschland: Heidelberg Appeal

Der "Heidelberg Appeal" zirkulierte beim "Erdgipfel" 1992 in Rio de Janeiro und die Anzahl der unterzeichnenden Wissenschaftler stieg von ursprünglich 264 auf 4.000 weltweit. Zitat daraus:

Der Heidelberger Appell leugnet nicht die bestehenden Umweltprobleme, ruft aber dazu auf, den wissenschaftlichen Fortschritt als Lösung und nicht als Ursache für die aktuellen Gesundheits- und Umweltprobleme anzuerkennen. Der Appell drückt die Überzeugung aus, daß die moderne Gesellschaft die besten Voraussetzungen in der Geschichte der Menschheit hat, um die Probleme der Welt zu lösen - voraus-gesetzt, sie opfert nicht Wissenschaft, intellektuelle Ehrlichkeit und gesunden Menschenverstand dem politischen Opportunismus und irrationalen Ängsten.

1992

USA: "Statement by Atmospheric Scientists on Greenhouse Warming"

Diese "Stellungnahme von Atmosphärenforschern zur Treibhauserwärmung" ist eine Protestpetition von mehr als 100 US-Klimaforschern gegen die Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro.

1995

Deutschland: Leipziger Erklärung

In der Leipziger Erklärung, die 1995 unterzeichnet und 2005 nochmal aktualisiert wurde, hieß es unter anderem:

"Im Verlauf der Debatte wird immer deutlicher, daß es - entgegen der landläufigen Meinung - heute keinen allgemeinen wissenschaftlichen Konsens über die Bedeutung der Treibhauserwärmung durch steigende Kohlendioxidwerte gibt. Tatsächlich sind sich viele Klimaexperten inzwischen darin einig, daß tatsächliche Beobachtungen von Wettersatelliten überhaupt keine globale Erwärmung zeigen - im direkten Widerspruch zu den Ergebnissen von Computermodellen."

1998

USA: Brief von mehr als 50 US-Klimaforschern

Mehr als 50 führende Klimaforscher (von etwa 60 insgesamt) und Mitglieder der American Meteorological Society haben gemeinsam einen Brief verfaßt, in dem sie davor warnen, die

Politik auf die verfälschten Aussagen im Bericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change = Weltklimarat) zu stützen. Wörtlich schreiben sie: "Die politischen Initiativen basieren auf höchst unsicheren wissenschaftlichen Theorien. Sie basieren auf der unbestätigten Annahme, daß eine katastrophale globale Erwärmung die Folge der Verschwendung fossiler Brennstoffe ist und sofortiges Handeln erfordert. Wir sind anderer Meinung."

1999

USA: Oregon-Petition

Ebenfalls in den USA gibt es eine Petition, bekannt geworden als Oregon-Petition, die die Regierung der Vereinigten Staaten dazu auffordert, das Kyoto-Protokoll zur globalen Erwärmung sowie ähnliche Vorschläge zurückzuweisen. Zitat:

"Wir fordern die Regierung der Vereinigten Staaten dringend auf, das im Dezember 1997 in Kyoto, Japan, unterzeichnete Abkommen zur globalen Erwärmung sowie alle anderen ähnlichen Vorschläge abzulehnen. Die vorgeschlagenen Grenzwerte für Treibhausgase würden der Umwelt schaden, den Fortschritt von Wissenschaft und Technologie behindern und der Gesundheit und dem Wohlergehen der Menschheit schaden.

Es gibt keine überzeugenden wissenschaftlichen Beweise dafür, daß die Freisetzung von Kohlendioxid, Methan oder anderen Treibhausgasen durch den Menschen zu einer katastrophalen Erwärmung der Erdatmosphäre und einer Störung des Erd-Klimas führt oder in absehbarer Zukunft dazu führen wird. Darüber hinaus gibt es umfangreiche wissenschaftliche Beweise dafür, daß ein Anstieg des atmosphärischen Kohlendioxids viele positive Auswirkungen auf die natürliche Pflanzen- und Tierwelt der Erde hat."

Diese Petition wurde (Stand 01.07.2023) bereits von 31.487 Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen, davon 9.029 mit Dokortitel, unterzeichnet.

2007

USA: NIPCC - Non Governmental International Panel on Climate Change

Der NIPCC wurde 2007 von SEPP (= Science and Environmental Policy Project - steht für objektive Wissenschaft, die auf stichhaltigen Beweisen basiert) gegründet und bildet ein Gegengewicht zum IPCC (Weltklimarat) der UN. Zitat aus ihrer Webseite:

"Das Non Governmental International Panel on Climate Change (NIPCC) ist, was sein Name vermuten läßt: ein internationales Gremium nichtstaatlicher Wissenschaftler und Akademiker, die sich zusammengeschlossen haben, um die Ursachen und Folgen des Klimawandels zu verstehen. Da wir nicht dazu neigen zu glauben, daß der Klimawandel durch menschliche Treibhausgasemissionen verursacht wird, können wir uns Beweise ansehen, die der Zwischenstaatliche Ausschuß für Klimawandel (IPCC) ignoriert. Da wir nicht für irgendeine Regierung arbeiten, neigen wir nicht zu der Annahme, daß größere staatliche Aktivitäten notwendig sind."

2007

Deutschland: EIKE - Europäisches Institut für Klima & Energie e.V.

EIKE wurde 2007 in Jena gegründet und beschreibt sich wie folgt:

"EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie e.V.) ist ein Zusammenschluß einer wachsenden Zahl von Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern, Ingenieuren, Publizisten und Politikern, die die Behauptung eines "menschengemachten Klimawandels" als naturwissenschaftlich nicht begründbar und daher als Schwindel gegenüber der Bevölkerung ansehen. EIKE lehnt folglich jegliche "Klimapolitik" als einen Vorwand ab, Wirtschaft und Bevölkerung zu bevormunden und das Volk durch Abgaben zu belasten."

Ihr Motto lautet: "Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!"

2009

Großbritannien: Die GWPF - The Global Warming Policy Foundation, (Stiftung für globale Erwärmungspolitik) ist eine britische Denkfabrik, die sich wie folgt vorstellt:

"EIN AUSGEWOGENER UND RATIONALER ANSATZ ZUM KLIMAWANDEL."

Die Global Warming Policy Foundation ist eine überparteiliche Denkfabrik und eine eingetragene pädagogische Wohltätigkeitsorganisation, die sich auf Klima- und Energiepolitik konzentriert.

Wir sind zutiefst besorgt über die Auswirkungen der Klimaschutzpolitik: daß sie möglicherweise mehr Schaden als Nutzen anrichtet, sowohl für die ärmsten Menschen der Welt als auch für die Umwelt.

Unser Ziel ist es, politische Entscheidungsträger und die breite Öffentlichkeit auf der Grundlage fundierter Forschung fundierte und zuverlässige Analysen zu Klima- und Energiethemen bereitzustellen."

Der Chemiker und Blogger Andrew Montford schrieb im September 2013 für den GWPF eine kritische Abhandlung über John Cooks Konsens-Analyse mit dem vielsagenden Titel "Consensus? What Consensus?" (Konsens? Was für ein Konsens?")

2015

USA: CO2-Coalition

Die US-amerikanische "CO2 Coalition" (www.co2coalition.org) will "Vordenker, politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über den wichtigen Beitrag von Kohlendioxid" für unser Leben und die Wirtschaft aufklären und "strebt eine fundierte und objektive Diskussion über den Klimawandel, die Rolle des Menschen im Klimasystem, die Grenzen von Klimamodellen und die Folgen der vorgeschriebenen Reduzierung der CO2-Emissionen an".

2019

Niederlande: Clintel - Global Climate Intelligence Group (Globale Klima-Aufklärungsgruppe) Schon in der Sendung "1.100 Wissenschaftler einig: Es gibt keinen Klimanotstand!" (www.kla.tv/26000) stellte Ihnen Kla.TV eine Gruppe vor, die sich klar gegen den Alarmismus rund um den Klimawandel ausspricht.

Diese Gruppe ist inzwischen auf über 1.600 Wissenschaftler angewachsen, und erst kürzlich trat ihr der Nobelpreisträger für Physik, John F. Clauser bei. In seiner Begründung für diesen Schritt erklärte er unter anderem, daß die populäre Klimadarstellung "eine gefährliche Korruption der Wissenschaft widerspiegelt, welche die Weltwirtschaft und das Wohlergehen von Milliarden von Menschen bedroht". Und: "Die fehlgeleitete Klimawissenschaft hat sich zu einer massiven schockjournalistischen Pseudowissenschaft ausgeweitet."

2019

Italien: Klima, eine Gegenstrom-Petition

In Italien startete im Juli 2019 ein Gruppe Wissenschaftler eine Petition gegen den Klimaalarm mit dem Titel "Klima, eine Gegenstrom-Petition". Die Unterzeichner sind 83 Wissenschaftler, darunter zahlreiche Professoren. Sie erklären detailliert den tatsächlichen Stand der Klimaforschung, der von einem Konsens weit entfernt ist, und schreiben unter Anderem: "Aber uns muß bewußt sein, daß KOHLENDIOXID SELBST KEIN SCHADSTOFF IST. Im Gegenteil. Es ist für das Leben auf unserem Planeten unentbehrlich."

Und an anderer Stelle: "Hingegen hat die wissenschaftliche Literatur zunehmend die Existenz einer natürlichen Klimaschwankung betont, welche die Modelle nicht reproduzieren können. Diese natürliche Schwankung erklärt einen beachtlichen Teil der globalen Erwärmung, welche seit 1850 beobachtet worden ist. Die anthropogene Verantwortung für die Klimaveränderung, welche im letzten Jahrhundert beobachtet worden ist, wird daher UNGERECHTFERTIGT ÜBERTRIEBEN und Katastrophenvorhersagen SIND NICHT REALISTISCH."

4. 46 frühere IPCC- (Intergovernmental Panel on Climate Change - politischer, regierungsübergreifender Ausschuß zur Klimaänderung) Mitglieder sprechen sich gegen die Theorie des menschengemachten Klimawandels aus

Abschließend möchten wir Ihnen noch einen Artikel vom Mai 2023 vorstellen, in dem sich 46 frühere IPCC-Mitglieder gegen die Theorie des menschengemachten Klimawandels ausspre-

chen. Zur Erinnerung: Der IPCC vertritt die These, daß der Mensch die Ursache für den Klimawandel sei. Einige Zitate aus dem Artikel:

- Dr. Roger Pielke: "Alle meine Kommentare wurden ohne Widerlegung ignoriert. Zu diesem Zeitpunkt kam ich zu dem Schluß, daß die IPCC-Berichte eigentlich als Lobbydokumente gedacht waren, die darauf abzielten, bestimmte politische Maßnahmen hervorzurufen, aber nicht als eine echte und ehrliche Bewertung des Verständnisses des Klimasystems."

- Dr. Tom Segalstad: "Das globale Erwärmungsmodell des IPCC wird durch die wissenschaftlichen Daten nicht gestützt."

- Dr. Miklos Zagoni: "Ich bin fest davon überzeugt, daß die Theorie der anthropogenen globalen Erwärmung falsch ist."

1. Ein Konsens, den es nie gegeben hat

John Cook versuchte also, einen Konsens nachzuweisen, den es nie gegeben hat. Doch eigentlich war Wissenschaft nie eine Frage des Konsenses. Im Gegenteil: Neue Erkenntnisse gingen meist von Einzelnen aus und mußten erst gegen den Widerstand der etablierten Kollegen durchgesetzt werden. Die Wissenschaft entscheidet grundsätzlich nicht per Konsens, ohne die Fakten zu berücksichtigen. Statt dessen funktioniert Wissenschaft so: Da ist eine Idee, die gegen das gebürstet ist, was die Mehrheit der Forscher für richtig hält.

Wenn diese Idee nun in empirischer Prüfung bestätigt wird und durch diese Bestätigung alles beseitigt, was die Mehrheit der Wissenschaftler bislang geglaubt hat, dann hat diese EINE Idee wissenschaftlichen Fortschritt erzielt - ganz ohne "Übereinkünfte". Tatsächlich ist ein Konsens in der Wissenschaft eher hinderlich, denn er macht träge und führt dazu, daß man sich in der Gegenwart einrichtet. Die Behauptung, es gebe einen Konsens, hilft in der Regel nur den Ideologen, die einen angeblichen Konsens benutzen wollen, um ihre Ziele zu befördern.

WENN schon mit Konsens argumentiert wird, dann könnte man - bei so vielen Gegenstimmen - eher vermuten, daß eine große Mehrheit der Wissenschaftler den Klima-Alarmismus ablehnt.

2. Wer ist John Cook, wer sind seine Co-Autoren, und was sind ihre Absichten?

Auf seiner Blog-Seite SkepticalScience.com beschrieb sich Cook (zum Zeitpunkt seiner 97 %-Analyse) selbst wie folgt:

"Diese Seite wurde von John Cook erstellt. Ich bin kein Klimatologe oder Wissenschaftler, sondern von Beruf selbstständiger Cartoonist und Webprogrammierer. Ich habe an der Universität von Queensland Physik studiert, und obwohl ich einen First Class Honours (entspricht etwa Bachelor) erlangte und noch meinen Dokortitel hätte machen können, habe ich stattdessen die akademische Laufbahn aufgegeben und bin ein professioneller Kritiker geworden. Zu viel Gekritzel in Vorlesungen, finde ich.

Nichtsdestotrotz habe ich ein starkes Interesse an Naturwissenschaften behalten und meine Neugier auf die Funktionsweise der Welt ist gewachsen, sobald ich nicht mehr gezwungen war, für bevorstehende Prüfungen zu lernen."

Im Jahr 2016 hat er einen Dokortitel in Kognitionspsychologie erworben, und zwar mit dem Thema: "Das Schließen der "Konsens-Lücke" durch Kommunizieren des wissenschaftlichen Konsenses über Klimawandel und das Kontern von Fehlinformationen". Heute ist er Postdoktorand an der australischen Monash University. Sein Hauptprojekt ist jedoch offenbar der Klimaaktivisten-Blog SkepticalScience.com, den er bereits 2007 gegründet hat.

Die Mitautoren der 2013 erstellten Analyse waren Teilnehmer an einem sog. "Citizen Science-Projekt" - das ist "Bürgerforschung", die auch für interessierte Laien offensteht - und werden allesamt noch bis heute als Mitwirker an Cooks seit 2007 bestehenden Klima-Aktivisten-Blog angegeben.

Da sie also allesamt Mitwirker an Cooks Klima-Aktivisten-Blog sind, ist davon auszugehen,

daß sie - genau wie Cook selbst - nicht unvoreingenommen an dieses Projekt herangegangen sind!

Cook und seine Leute zerstören Karrieren von Wissenschaftlern

Daß Cook ein Aktivist ist, ersieht man auch daraus, daß er auf seinem Blog eine "schwarze Liste" mit Namen von "misinformers" führt. Damit sind Leute gemeint, die - aus Cooks Sicht - Falschinformationen verbreiten, darunter 17 Wissenschaftler. Einer davon ist Roger Pielke senior, emeritierter Professor für Atmosphärenwissenschaft an der Colorado State University mit einer beeindruckenden akademischen Laufbahn. Anstatt nun im Ruhestand Anerkennung für seine Leistungen in der Wissenschaft zu erhalten, wird er verunglimpft und ausgeschlossen.

Noch härter traf es Judith Curry, emeritierte Professorin für Geo- und Atmosphärenwissenschaften am Georgia Institute of Technology. Obwohl sie ebenfalls auf eine lange Karriere zurückblicken kann und zahlreiche Preise erhalten hatte, mußte sie ihre Stelle aufgeben, nachdem Cook sie auf seine schwarze Liste gesetzt hatte. Sie fand auch keine andere Anstellung in der akademischen Welt. Heute entlarvt sie den Klima-Alarmismus, an dem sie früher selbst beteiligt war, und warnt vor der anti-kapitalistischen Agenda der UN.

Man fragt sich unwillkürlich: Wieso hat Cooks öffentlich gemachte schwarze Liste so viel Einfluß auf die Personalentscheidungen von US-amerikanischen Universitäten? Woher nimmt ein australischer Blogger, der selbst keine akademische Laufbahn in der Klima-Wissenschaft eingeschlagen hat, die Macht, die Karrieren angesehener Wissenschaftler zu zerstören, die Fachleute in diesem Bereich sind?

Warum ist Cook so einflußreich?

Nun - einerseits betreibt er aggressives Marketing und kennt sich mit Suchmaschinen-Optimierung aus. Andererseits paßt aber auch die Aussage, der Mensch sei schuld am Klimawandel, den Globalisten genau ins Programm, und so kann vermutet werden, daß Cook von ihnen unterstützt wird. Ein Hinweis darauf: Am 27. September 2011 - lange vor Veröffentlichung seiner Analyse - berichtete Cook im internen Forum von SkepticalScience.com über eine Partnerschaft mit Al Gore: "Heute morgen hatte ich ein langes Skype-Gespräch mit einem Mann, der für Al Gores Climate Reality Project arbeitet. ... Er brachte die Möglichkeit einer Partnerschaft ins Spiel. ... eine aufregende Gelegenheit und eine weitere Bestätigung für das, was wir tun".

Auch die Tatsache, daß Präsident Barack Obama von den zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten ausgerechnet Cooks Studie in einem Tweet zitierte, und zwar nur einen Tag nach Veröffentlichung, spricht für sich.

Obama twitterte am 16. Mai 2013: "Siebenundneunzig Prozent der Wissenschaftler sind sich einig: Klimawandel ist real, menschengemacht und gefährlich."

Dabei spielte er sozusagen "Stille Post", und hat wichtige Informationen einfach weggelassen:

1. Aus den "97 % der Wissenschaftler, die überhaupt eine Stellungnahme abgeben", wurden - bei Obama - pauschal "97 % ALLER Wissenschaftler". Wir erinnern uns: Eigentlich hatten nur 33,6 % der von Cook untersuchten Studien überhaupt eine Stellungnahme zum menschengemachten Klimawandel abgegeben. Wenn man nun die übrigen 66,4 % wegläßt, und diese 33,6 % als 100 % derer, die eine Stellungnahme abgaben, setzt, dann waren von diesen wiederum 97 % sich einig, daß der Klimawandel wahrscheinlich mehr oder weniger menschengemacht ist. (oder "menschengemacht sein könnte"?)

2. Aus "teilweise menschengemacht" wird pauschal "menschengemacht" - das klingt dann wie "zu 100 % menschengemacht". Und

3. war von einer Gefahr in Cooks Studie überhaupt nicht die Rede, das hat Obama dazu erfunden!

1. War das Ergebnis der Analyse vorgegeben?

Es entsteht der Eindruck, als ob Cook und seine Mitarbeiter mit allen Mitteln versucht haben, ein bestimmtes, vorgegebenes Ergebnis zu erzielen. Und in der Tat gab es schon im März 2012 - also noch vor dem Erscheinen von Cooks Metaanalyse - umfangreiche Pläne für das Marketing durch:

- Pressemitteilungen
- Mainstreammedien
- Klimakommunikatoren
- Blogger
- Klimaorganisationen
- Google
- Youtube-Videos und mehr

Wie kann man schon Marketing planen, während die Arbeit noch läuft? Auch die Tatsache, daß Cook seinen Klimaaktivisten-Blog schon seit 2007 betreibt, spricht dafür, daß das Ergebnis seiner Studie von vorneherein feststand. Er schrieb in seinem Forum ganz unverblümt: "Wir schlagen die Konsens-Trommel oft und regelmäßig."

Dabei sind in Wirklichkeit die Argumente, die er gegen sog. Klimaskeptiker oder -leugner sammelt, sehr umstritten. Der tschechische Physiker und Blogger Lubos Motl konterte alle (zum damaligen Zeitpunkt) 104 Argumente Cooks und kam zu dem Schluß:

"Es besteht keine Klimabedrohung und es gibt keinen empirisch fundierten Beweis dafür, daß der menschliche Einfluß auf das Klima die Aufmerksamkeit von irgend jemandem verdient, außer von ein paar übermäßig spezialisierten Experten, die solche spekulativen Fragen untersuchen sollten. Alle Meinungen, der Klimawandel sei gefährlich, vom Menschen verursacht oder sogar für die Politik relevant, basieren auf der irrationalen Haltung, dem Rosinenpicken, der Einschüchterung, der Zensur und der allgemeinen Schlamperei, wie sie Herr Cook uns wieder einmal gezeigt hat."

1. CO₂ ist Pflanzennahrung

Kohlendioxid ist kein Schadstoff, im Gegenteil. Jeder Gärtner, der ein Gewächshaus besitzt, wird es bestätigen: Wenn man der Luft CO₂ zusetzt, wachsen die Pflanzen besser. Und auch die Wissenschaft liefert Beweise, beispielsweise die Studie "Der positive Einfluß der menschlichen CO₂-Emissionen auf das Überleben des Lebens auf der Erde" von Patrick Moore, 2015. Moore kommt darin sogar zu dem Schluß, daß der menschliche CO₂-Ausstoß den langfristigen Fortbestand des Lebens auf der Erde sicherstellt:

"Alles Leben basiert auf Kohlenstoff und die Hauptquelle dieses Kohlenstoffs ist das CO₂ in der globalen Atmosphäre. ...

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe zur Energiegewinnung für die menschliche Zivilisation hat den Abwärtstrend des CO₂-Ausstoßes umgekehrt und verspricht, ihn wieder auf ein Niveau zu bringen, das wahrscheinlich zu einem erheblichen Anstieg der Wachstumsrate und der Biomasse von Pflanzen, einschließlich Nahrungspflanzen und Bäumen, führen wird.

Der menschliche CO₂-Ausstoß hat das Gleichgewicht im globalen Kohlenstoffkreislauf wiederhergestellt und so den langfristigen Fortbestand des Lebens auf der Erde sichergestellt.

Dieser äußerst positive Aspekt der menschlichen CO₂-Emissionen muß gegen die unbewiesene Hypothese abgewogen werden, daß menschliche CO₂-Emissionen in den kommenden Jahren zu einer katastrophalen Erwärmung des Klimas führen werden."

Das Spannende an dieser CO₂-Studie von Patrick Moore ist also, daß er absolut das Gegenteil von dem bringt, was man in den Mainstream-Medien aktuell täglich zu hören bekommt: Während sich "die Wissenschaft" angeblich darüber einig wäre, daß erhöhte CO₂-Werte absolut klimaschädlich sind, und der Mensch aufhören muß mit diesen CO₂-Emissionen, schreibt Patrick Moore: Es braucht mehr davon!

Während wir täglich darüber hören, daß der Mensch eigentlich der größte Schädling dieser

Erde wäre und am besten reduziert werden sollte, schreibt Patrick Moore, daß die Pflanzen das menschengemachte CO2 dringend gebraucht haben, weil ohne dieses zusätzliche, vom Menschen verursachte CO2 das Absterben der Pflanzen begonnen hätte.

Moore beschreibt auch die Ursachen für diese verdrehte Darstellung, die den Lebensretter CO2 zum Klimakiller abstempelt: "Eine starke Interessenvereinigung zwischen den wichtigsten Eliten unterstützt und treibt das Klimakatastrophen-Narrativ.

Umweltschützer verbreiten Angst und sammeln Spenden; Politiker sammeln Pluspunkte, weil sie die Erde vor dem Untergang zu bewahren scheinen; die Medien leben von diesen Sensationengeschichten und Konflikten; Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen erhalten Milliarden an öffentlichen Zuschüssen; ... Unternehmen wollen grün aussehen und erhalten riesige öffentliche Subventionen für Projekte, die sonst wirtschaftliche Verlierer wären, wie z.B. große Windparks und Solaranlagen. ..."

Es gibt also viele Gewinner bei dieser Angstmache vor einer Klima-Katastrophe. Wer auf der Strecke bleibt, das sind diejenigen, die für diese ganzen sogenannten Klimaschutz-Maßnahmen bezahlen und damit ausbluten sollen - und das sind wir, das Volk.

2. Fazit

Wie beschrieben gibt es also auch bei der Klimafrage eine starke Interessengemeinschaft, welche sich auf unsere Kosten bereichern möchte und daher Falschmeldungen verbreitet und die Wahrheit unterdrückt. Und offensichtlich kommen auch hier die Systemmedien wieder ihrem Auftrag zur ausgewogenen Berichterstattung nicht nach. Deshalb kann nur das Volk selbst dafür sorgen, daß auch die Gegenstimmen zum Klima-Alarmismus gehört werden - und diese Stimmen sind zahlreich! Deshalb verbreiten Sie bitte diese Sendung in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis und in den sozialen Medien.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. November 2023: >>**E-Autos werden zum Ladenhüter - Analysten warnen vor Mega-Flop**

Während das Angebot teurer E-Autos weiter zunimmt, bricht die Nachfrage nicht nur in Deutschland dramatisch ein. Analysten sprechen bereits von einer Marktsättigung. Stromer drohen zu einem Renditegrab zu werden und dürften einige Hersteller sogar die Existenz kosten, sofern sie Verluste nicht durch den Verkauf von Verbrenner-Autos kompensieren können.

Fakt ist: In Deutschland ging die Zahl der Neuzulassungen von Batterie-Fahrzeugen und sogenannten Plug-In-Hybriden im September um mehr als ein Drittel (35 Prozent) zurück. Mangels Nachfrage hat der VW-Konzern in allen deutschen Werken mit E-Auto-Produktion Schichtkürzungen und Entlassungen angeordnet.

In Übersee sieht es nicht viel anders aus: Der US-Autoriese Ford verbuchte im 3. Quartal 2023 einen unerwartet hohen Verlust im Geschäft mit E-Autos in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar vor Zinsen und Steuern. GM hat das Produktionsziel aufgegeben, bis Mitte 2024 rund 400.000 E-Autos zu bauen. Mercedes-Händler in den USA klagen über wachsende Lagerbestände unverkaufter Luxus-Elektroautos insbesondere beim Flaggschiff S-Klasse. Der Gewinn von Marktführer Tesla brach im 3. Quartal um 52 Prozent ein. Der Autovermieter Hertz will seine E-Auto-Flotte nicht mehr so stark erweitern wie zunächst geplant.

FAZIT: Fast alle westlichen Hersteller verbrennen mit dem Bau und Verkauf von Batterie-Elektroautos Unsummen von Geld!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. November 2023: >>**Gerichtsurteil: Schluß mit der Klima-Diktatur auf Pump**

Von *Sven Reuth*

In einem wegweisenden Urteil hat das Bundesverfassungsgericht den von der Bundesregierung aufgesetzten Klimafonds KTF als verfassungswidrigen Schattenhaushalt eingestuft. Der Ampel-Regierung fehlen nun auf einen Schlag 60 Milliarden Euro. ...

Der Betrug war gut sichtbar, dennoch wurde er von den Ampel-Parteien während den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung im Dezember 2021 kühl eingefädelt. Damals wurden ungenutzte Corona-Kredite, die eigentlich für während der Corona-Lockdowns in Not geratene Unternehmen gedacht waren, einfach in den sogenannten Klima- und Transformationsfonds KTF verschoben. Das Bundesverfassungsgericht hat nun festgestellt, daß die haushaltspolitische Trickserei, auf der die Schaffung des Klimafonds vor zwei Jahren beruhte, verfassungswidrig war.

Beschneidung des Budgetrechts

Die Begründung für dieses Urteil ist nachvollziehbar. Während man die Corona-Nothilfen nämlich tatsächlich noch als haushaltspolitischen Ausnahme- und Notfall deklarieren konnte, so ist das bei Ausgaben für Klima-Maßnahmen schlicht nicht darstellbar. Die politische Klasse beschwört ja schließlich schon seit Ende der 80er Jahre die Existenz einer Klimakrise und kann von dieser demnach dann auch nicht überrascht worden sein.

Schon vor zwei Jahren war außerdem erkennbar, daß die Schaffung des KTF das Haushaltsrecht des Parlaments massiv aushöhlt. Dabei ist die Kontrolle über die Ausgaben der Regierung das Königsrecht des Parlaments, das diesem erst eine reale Bedeutung und Macht verleiht. Da die Ampelparteien aber insbesondere für die Finanzierung der von ihnen geförderten unregulierten Massenzuwanderung wie auch für die Erschaffung einer Klima-Diktatur sehr viel mehr Geld ausgeben müssen, als sie eigentlich zur Verfügung haben, bleibt ihnen als einziger Ausweg nur der Griff zu verfassungswidrigen Maßnahmen wie der Schaffung des Klimafonds KTF.

"60 Milliarden Euro nicht zur Verfügung"

Doch nach dem gestrigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts mußte Finanzminister Christian Lindner (FDP) eine Ausgabensperre für den Klimafonds anordnen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte gestern in seiner gewohnt lapidaren Art in Berlin:

"60 Milliarden Euro an Zuflüssen aus dem Jahr 2021 stehen nun ja nicht mehr zur Verfügung."

Wie immer wirkte Olaf Scholz völlig unbewegt, als er diese Worte sprach. Tatsächlich aber steht das Haus der Ampel-Koalition nun endgültig lichterloh in Flammen. Die Existenzkrise der Ampel dürfte nun in ihre finale Phase eintreten. Die Südwestpresse aus Ulm sieht die Ampel schon an den "Grenzen ihrer Existenz, vielleicht sogar darüber hinaus".

Das ist keine Übertreibung, denn die verfassungswidrigen Tricksereien rund um die Schaffung des Klimafonds waren ja sowohl für die FDP wie auch für die Grünen das Eintrittsbillet in das Ampel-Bündnis. FDP-Chef Christian Lindner konnte sich auf der Basis dieses Rechtsbruchs die Zusicherung in den Koalitionsvertrag schreiben lassen, daß es innerhalb der vierjährigen Legislaturperiode zu keiner Steuererhöhung kommen werde.

Der Grünen-Politiker Habeck wiederum konnte seine Träume vom Chefposten in einem Superministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verwirklichen, indem er sich das Geld für den Umbau Deutschlands in eine Klima-Diktatur einfach aus dem am Bundeshaushalt vorbei errichteten KTF-Fonds holen wollte.

Bundesregierung im Ausgabenrausch

Man muß die Karlsruher Richter sogar ausnahmsweise einmal dafür loben, dieser zutiefst verantwortungslosen Politik endlich einen Riegel vorgeschoben zu haben. Sparmöglichkeiten, mit denen der Haushaltsnotstand schnell behoben wäre, sind nämlich ausreichend vorhanden. Das Bürgergeld, das Anfang kommenden Jahres beispielsweise um unfaßbare 12 Prozent erhöht wird, fließt zur Hälfte in die Taschen von Ausländern, die noch nie in ihrem Leben auch nur einen Cent in die deutschen Sozial- und Rentenkassen eingezahlt haben - ein Irrsinn, der in keinem anderen Land der Welt möglich oder auch nur denkbar wäre.

Die fast 50 Milliarden Euro für Asyl-Forderer, die mittlerweile jährlich verausgabt werden,

fließen wiederum fast ausschließlich in die Taschen von illegalen Migranten, die sich selbst nach geltender Rechtslage überhaupt nicht in Deutschland aufhalten dürften. Auch dies ein Zustand, der nicht nur aus haushaltspolitischen Gründen, sondern auch wegen der in schwindelerregende Höhen gestiegenen Kriminalitäts- und Terrorgefahr schon längst hätte beendet werden müssen.

Schleierhaft auch, warum die Bundesregierung ausgerechnet in Zeiten eines schweren haushaltspolitischen Notstands die Ukraine-Kriegshilfen von vier auf acht Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt.

Das Ampel-Haus steht in Flammen

Bleibt noch der Bereich der Energiepolitik. Auch hier scheint die Ampel-Regierung regelrecht bestrebt zu sein, die Schäden für das eigene Land zu maximieren und die Energiepreise möglichst hoch zu halten. Preiswertes russisches Gas, auf dem das deutsche Wirtschaftsmodell jahrzehntelang beruhte, wird boykottiert. Der Abbau heimischer Rohstoffe, der mittlerweile durch in Deutschland und Österreich entwickelte umweltverträgliche Fracking-Methoden möglich wäre, wird nicht einmal debattiert.

Dafür will die Bundesregierung über die CCS-Methode CO₂ im Erdreich verpressen lassen - aber natürlich nicht in Deutschland, sondern in Norwegen. Das dürfte dann ähnlich exorbitant teuer werden wie der Bezug des unglaublich kostspieligen LNG-Gases aus den USA, der wegen der Rußland-Sanktionen notwendig wurde.

Der Sprengsatz an das Fundament der Ampel ist jedenfalls gelegt. Der Ende November anstehende Grünen-Parteitag in Karlsruhe dürfte schon eine saftige Abrechnung mit dem Führungsduo Baerbock/Habeck bringen. Starke Strömungen an der Basis wollen nämlich noch mehr illegale Zuwanderung und noch mehr Klimadiktatur. Diese Aussage gilt in noch höherem Maß für die Jusos, die Jugendorganisation der SPD, die ihrem an diesem Wochenende anstehenden Bundeskongreß in Braunschweig erklärtermaßen zum Scherbengericht über Olaf Scholz machen möchte.

FDP-Basis probt den Aufstand

Auch an der Basis der FDP rumort es weiter. Hier planen aufsässige Liberale nun einen Mitgliederentscheid für das Wiederaufstarten von sieben Atomkraftwerken. Diese Initiative folgt nur kurz auf die Veröffentlichung eines von zahlreichen FDP-Mandatsträgern unterschriebenen Offenen Briefs, in dem Parteichef Christian Lindner dazu aufgefordert wurde, den Verbleib der Liberalen in der Ampel kritisch zu prüfen.

Angesichts all dieser Verwerfungen und Konflikte wäre es fast schon eine Überraschung, wenn die Ampel-Regierung bis zum regulären Ende der Legislaturperiode durchhalten sollte.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 17. November 2023 (x1.344/...): >>>**30 Prozent weniger Baugenehmigungen - In Deutschland fehlen Hunderttausende Wohnungen!**

Die Wohnungskrise in Deutschland spitzt sich weiter zu, wie neue Zahlen zu den Baugenehmigungen zeigen. Im September wurden nur noch 19.300 Wohnungen genehmigt, ein alarmierender Rückgang um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die düsteren Aussichten für 2024 lassen auf eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot schließen.

Hohe Baukosten, steigende Zinsen, künstlich verknappte Baugrundstücke und immer mehr staatliche Auflagen bremsen den Wohnungsbau seit Monaten. Das dilettantische Agieren der Bundesregierung und die damit zusammenhängende Unsicherheit in Bezug auf künftige Heizvorschriften verstärkt die Zurückhaltung potentieller Bauherren.

Heute nicht begonnenen Bauprojekte werden in Zukunft auf dem Wohnungsmarkt fehlen, die Zielvorgaben der Bundesregierung von 400.000 neuen Wohnungen jährlich sind bereits jetzt in weite Ferne gerückt.

Es ist höchste Zeit, die Kosten für das Bauen und Wohnen durch eine völlig absurde Klima-Ideologie nicht weiter künstlich in die Höhe zu treiben. Hierzu zählt die sofortige Abschaffung sämtlicher CO2-Bepreisungen sowie ein Außer-Kraft-Setzen des Gebäudeenergiegesetzes.

Mindestens genauso wichtig ist es jedoch, die unkontrollierte Masseneinwanderung nach Deutschland endlich zu beenden, um die Situation am Wohnungsmarkt nicht immer weiter zu verschärfen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. November 2023: >>"Wirtschaftsweiser": Her mit dem Klima-Soli

Der "Wirtschaftsweiser" Achim Truger gegenüber der Welt vor, "fehlende Einnahmen im Haushalt durch einen befristeten Energie- oder Klima-Soli auszugleichen".

Jetzt haben die Karlsruher Verfassungsrichter gegen die Ampel entschieden: Die 60 Milliarden Euro-Kreditkapazität für Corona-Schäden dürfen nicht vom Klimafond übernommen werden.

Kein Grund zur Schadenfreude. Denn die Ampel wird ihre Klimapolitik um jeden Preis durchdrücken. Wer das bezahlt? Na, die Bürger. So schlug der "Wirtschaftsweiser" Achim Truger gegenüber der Welt vor, "fehlende Einnahmen im Haushalt durch einen befristeten Energie- oder Klima-Soli auszugleichen".

Schließlich plant Habeck im kommenden Jahr eine Herabsetzung der Stromsteuer für energieintensive Unternehmen und will Elektromobilität fördern.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 17. November 2023 (x1.344/...): >>Wir brauchen keinen "Klima-Soli"!

Wer glaubt, daß sich die Ampelregierung nach der juristischen Ohrfeige vor dem Bundesverfassungsgericht in Demut üben und das eigene Versagen anerkennen würde, dürfte bald eines Besseren belehrt werden. Denn es wird schon fieberhaft nach Möglichkeiten gesucht, die nun fehlenden 60 Milliarden Euro im Bundeshaushalt woanders her zu bekommen. Der "Wirtschaftsweiser" Achim Truger, enger Berater von Kinderbuchautor und Wirtschaftsminister Robert Habeck, bringt nun einen "Klima-Soli" ins Gespräch.

Der Steuerzahler soll also noch mehr belastet werden: Für geförderte Elektroautos, die ansonsten kaum jemand kauft, für die finanzielle Unterstützung von unwirtschaftlichen Wärmepumpen, die sich bald jeder einbauen soll, und für die ermäßigte Industriestromsteuer, die man vermeiden könnte, wenn man nur die Kernkraftwerke wieder ans Netz bringen würde.

Dabei wäre die einzig logische - und auch moralisch richtige - Konsequenz aus dem Urteil von gestern der Abschied von der Ampel. Denn mit der geplanten und zum Glück gestoppten Zweckentfremdung von Staatschulden hat man den Bürgern die eigene Unfähigkeit mehr als deutlich genug gemacht. Zieht die Chaos-Truppe ihre Klimaprojekte nun trotzdem weiter durch, schadet das nicht nur den Bürgern und der Wirtschaft, sondern unserem gesamten Land. Deshalb können die nächsten Schritte nur sein: Vertrauensfrage, Rücktritt, Neuwahlen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/23" berichtete am 17. November 2023 (x1.387/...): >>Ampelkoalition einigt sich auf Strompreispaket für Industrie

Ein fauler Kompromiß

Marc Schmidt

Es hätte so einfach sein können: Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck hätte nur die verbliebenen Kernkraftwerke weiterlaufen lassen müssen. Die Betreiber hätten mit ihnen - unter Umgehung der Strombörse EEX - einen extrem günstigen, CO2-freien "Industriestrompreis" liefern können. Statt dessen hat die Ampelkoalition erneut einen faulen Kompromiß vereinbart. Statt mit Steuermitteln über Erstattungen die Strompreise für bestimmte Unternehmen zu subventionieren, ergreift die Bundesregierung drei Maßnahmen, um die horrenden

Stromkosten des produktiven Gewerbes zu senken.

Im Ergebnis wird für alle Firmen des produzierenden Gewerbes die Stromsteuer von 2,05 auf 0,05 Cent je Kilowattstunde gesenkt. Die Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen bei Netzentgelten und Abgaben werden verlängert. Zudem wird in die Struktur der regional stark schwankenden Netzentgelte, die bisher ausschließlich unter Effizienzgesichtspunkten durch die Bundesnetzagentur geregelt worden sind, eingegriffen.

Die Bundesregierung schätzt die Summe der Entlastung auf 28 Milliarden Euro, von denen 17 Milliarden allein auf die energieintensive Industrie entfallen. Bereits unter Angela Merkel waren für verschiedene Unternehmensgruppen Ausnahmen im Umfang von elf Milliarden Euro beschlossen worden, die nun verlängert werden sollen. Doch letztlich wird nur das bereits aktuell für die Unternehmen im internationalen Vergleich zu hohe Strompreisniveau fortgeschrieben.

Die Entlastung des produzierenden Gewerbes bei der Stromsteuer senkt den Strompreis für Privathaushalte und viele Dienstleistungsbereiche nicht. Ihnen wird die notwendige, inflationsenkende und konsumstärkende Entlastung schlicht verweigert. Es ist zudem fraglich, ob die "privilegierten" Unternehmen ihre sinkenden Kosten über die Preise weitergeben werden: Der Konsumverzicht der Kunden läßt die Umsätze sinken.

Und die unzureichende Entlastung führt dazu, daß sich die Deindustrialisierung des Standorts Deutschland fortsetzt. So steht am Ende der zu langen Diskussion ein fauler Ampel-Kompromiß, der weder die strukturelle, staatlich induzierte Überteuerung des deutschen Energiemarkts merklich reduziert, noch die exorbitanten Strompreise für alle Energieverbraucher endlich senkt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/23" berichtete am 17. November 2023 (x1.387/...): >>**Vom Öko- zum Klimafimmel**

Volker Kempf

Elf Jahre nach Alexander Neubachers Buch über den "Ökofimmel" kann man sich fragen, was daraus wurde. Offengelegt wurden hier auf 272 Seiten Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der Bio-Diesel zum Beispiel, für den sich vor zwei Jahrzehnten der grüne Umweltminister Jürgen Trittin begeisterte, und das E10-Benzin, das 2011 vom CDU-Minister Norbert Röttgen in den Markt gedrückt wurde, erforderten einen Umbau der Tankstellen letztlich in der ganzen EU.

Viele Autofabrikate vertrugen diesen Sprit nicht einmal. Dafür aber wurden Äcker in Rapsfelder umgewandelt. Das mag hübsch anzuschauen sein, wenn der Raps in gelber Blüte steht, ansonsten bleibt das aber ökologisch wertlos. Nicht zu reden ist dabei von den Sojafeldern und Palmölplantagen in anderen Erdteilen. Hierzu hätte ein Dokumentationsfilm "Kein Platz für Tiere" gedreht werden können. Auch die Klimabilanz fiel nicht besser aus als bei der Erdölnutzung.

Alles hat seine Geschichte und Vorgeschichte, wer sie vergißt und ignoriert, lernt nicht dazu. Wozu das Ganze? Als Warnschuß taugt das allemal. Den Schuß nicht gehört hat Robert Habeck, der mit seinem "Klimafimmel" kaum anders als Trittin und Röttgen agiert. Habecks Begeisterung für Wärmepumpen endete in Ernüchterung. Da wollte jemand allzu sehr mit dem Kopf durch die Wand, um die Welt zu retten, ohne daß der Effekt überzeugte und Normalverbraucher den Preis hätten bezahlen können. Mehr als solche warnende Bücher lieben Politiker die Vergeßlichkeit der Wähler.

Dabei spielen Medien gerne mit, da sie immer den neusten Schrei präsentieren wollen und nicht an das erinnern, was gestern schon alles schiefging. Alles hat seine Geschichte und Vorgeschichte, wer sie vergißt oder ignoriert, lernt nicht dazu. Auch das sollte eine Warnung sein. Ein Buch wie das von Neubauer wäre auch heute wichtig - dann aber bitte mit mehr Quellenangaben als nur einem Literaturverzeichnis. Wann folgt ein Buch vom Ende des "Ökofim-

mels"? Das läßt weiter auf sich warten. Wie lange noch?

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 23. November 2023 (x1.344/...): >>**Nach Entscheidung des Landgerichts München - Letzte Generation endlich verbieten!**

Das Landgericht München I hat in einer rechtskräftigen Entscheidung die sogenannte "Letzte Generation" als kriminelle Vereinigung eingestuft. Der Zweck und die Tätigkeit der Vereinigung seien auf das Begehen von Straftaten ausgerichtet, entschied die Staatsschutzkammer des Gerichts.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erklärt, daß in einem weiteren Schritt nun ein Verbot dieser Organisation umgesetzt werden müsse:

"Mit dem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion (Drs. 20/6702) haben wir bereits im Mai dieses Jahres gefordert, endlich ein Verbot dieser Bande von Straftätern zu bewirken. Bis heute hat sich nichts getan.

Inzwischen kamen unzählige Straftaten hinzu: vom Besudeln des Brandenburger Tors bis zu Verkehrsblockaden und gefährlichen Aktionen an den Flughäfen. Nichts hat die Bundesregierung bisher zum Handeln gebracht.

Das muß endlich ein Ende haben. Diese kriminelle Organisation gehört verboten, und zwar sofort!"<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 27. November 2023 (x1.345/...): >>**Ab Januar kann Stromverbrauch von privaten Haushalten gedrosselt und eingeschränkt werden**

Die Bundesnetzagentur hat angekündigt, Netzbetreibern künftig zu erlauben, den Strombezug von Privathaushalten aus der Ferne zu drosseln, wenn eine Überlastung des Stromnetzes drohe. Grund sei unter anderem der enorme Strombedarf von Wärmepumpen.

"Wo diese Netzoptimierung noch nicht stattgefunden hat, trifft die Bundesnetzagentur mit Regelungen Vorsorge, um die Verkehrs- und Wärmewende zu beschleunigen und die Versorgungssicherheit auch in der Niederspannung zu gewährleisten" - hinter diesem Satz, den die Bundesnetzagentur in einer Mitteilung am Montag veröffentlichte, versteckt sich eine ungeheuerliche Neuerung. Weil das Niederspannungsnetz in Deutschland "aktuell noch nicht" für den massiven Zuwachs an privaten Wärmepumpen und E-Auto-Ladesäulen "ausgelegt" sei, erlaube die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern ab 1. Januar 2024, den Strombezug einzelner Haushalte bei Überlastung auf 4,2 kW zu drosseln.

Konkret heißt es bei der Bundesnetzagentur: "Der Netzbetreiber darf den Anschluß von Wärmepumpen oder neuen privaten Ladeeinrichtungen für E-Autos zukünftig nicht mehr mit Verweis auf mögliche lokale Überlastung seines Netzes ablehnen oder verzögern. Im Gegenzug darf der Netzbetreiber, wenn eine akute Beschädigung oder Überlastung des Netzes droht, die Belastung des Netzes reduzieren, indem er den Strombezug steuerbarer Verbrauchseinrichtungen temporär 'dimmt'."

Netzbetreiber sollen "vorsorglich" drosseln

Ein fauler "Deal" - immerhin wurden und werden Privathaushalte durch die Energiepolitik der Ampelregierung dazu gedrängt, auf Wärmepumpe und E-Auto umzusteigen. Jetzt soll man für die "Großzügigkeit", daß diese auch installiert werden, externe Stromreduzierung in Kauf nehmen. Zwar soll stets eine "Mindestleistung" zur Verfügung stehen, so daß Wärmepumpen weiter betrieben und E-Autos weiter laden können. Der Haushaltsstrom soll zudem nicht betroffen sein. Dennoch stimmen die Formulierungen der Bundesnetzagentur nicht gerade optimistisch: "Die Bundesnetzagentur geht davon aus, daß Eingriffe nur in Ausnahmefällen erfolgen müssen und ohne wesentliche Komforteinbußen verbunden sein werden", heißt es in dem Statement.

Da im Moment noch nicht möglich sei, die Netzauslastung anhand von Echtzeitdaten zu er-

mitteln, erlaubt die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern außerdem, für 24 Monate den Strom "vorsorglich" zu steuern. Diese "sogenannte präventive Steuerung" sei eine "regelmäßige Maßnahme aufgrund einer prognostizierten Überlastung". Um die Drosselung nur bei nachweislicher Netzüberlastung durchführen zu können, bittet die Bundesnetzagentur die Netzbetreiber "Empfehlungen für die Standardisierung und massengeschäftstaugliche Umsetzung der netzorientierten Steuerung auszuarbeiten". Dies sei "ein Beitrag zur effizienten Umsetzung der notwendigen Prozesse", aber "keine Voraussetzung für deren Start".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 28. November 2023 (x1.346/...): >>>**Nachfrage nach Wärmepumpen und energetischer Sanierung bricht ein**

Eigenheimbesitzern scheint die Lust, ihre Häuser und Wohnungen energetisch zu sanieren, vergangen zu sein. Wie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) mitteilte, kommen dort derzeit nur noch wenige Förderanträge für eine neue Wärmepumpe an, schreiben die Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstausgaben). 6.801 Anträge zählte die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellte Behörde in diesem Oktober.

Insgesamt wurden zwischen Januar und Oktober dieses Jahres 76.471 Förderanträge für Wärmepumpen gestellt, im Jahr zuvor wurden im Vergleichszeitraum insgesamt 315.835 Anträge gestellt.

Gleichzeitig ist der Absatz von Wärmedämmverbundsystemen, die zur Dämmung von Außenwänden genutzt werden, nach Angaben des Verbands für Dämmsysteme, Putz und Mörtel (VDPM) im dritten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast ein Viertel (knapp 23 Prozent) eingebrochen. Eine negative Entwicklung, die sich schon das gesamte Jahr abgezeichnet hatte: Im ersten Quartal dieses Jahres war der Absatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um gut 17 Prozent eingebrochen, im zweiten Quartal um 13,5 Prozent.

In absoluten Zahlen bedeutet das: Im vergangenen Jahr wurden noch knapp 36 Millionen Quadratmeter Gebäudefläche mit Wärmedämmverbundsystemen gedämmt. In diesem Jahr werden nach Verbands-Berechnungen nur gut 29 Millionen Quadratmeter neu gedämmt worden sein. Mit Blick auf die anhaltend negative Entwicklung rechnet der Verband daher auch nicht mit einer Trendumkehr im nächsten Jahr.

Gleichzeitig soll eine YouGov-Umfrage, aus der die Funke-Zeitungen zitieren, zeigen, daß zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent) ihre Häuser und Wohnungen nicht energetisch sanieren wollen. Bezogen auf alle Eigenheimbesitzer im Land sind das 16,1 Millionen Personen. Zu den Gründen nannten 32 Prozent der Befragten, daß sie die energetische Ertüchtigung ihres Hauses rundheraus ablehnten; 34 Prozent gaben an, daß sie sich nicht in der Lage sähen, die finanziellen Kosten der Sanierung zu tragen.

Nur 20 Prozent der Befragten wollen energetisch sanieren und sehen sich finanziell dazu in der Lage. 23 Prozent der Befragten gaben zudem an, daß sie bereit seien, aus den eigenen vier Wänden abzuziehen und diese zu verkaufen, um nicht energetisch sanieren zu müssen.

Würden sich die Immobilienbesitzer dann doch für energetische Sanierungsmaßnahmen entscheiden, würden 35 Prozent der Befragten die Heizung austauschen, 30 Prozent die Fenster, 27 beziehungsweise 25 Prozent würden das Dach oder die Fassade dämmen sowie 17 und 16 Prozent würden die Kellerdecke beziehungsweise die Zwischendecken dämmen (Mehrfachantworten waren möglich). Die Erhebung von YouGov wurde im Auftrag der Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft (GNIW) durchgeführt, für die 1.001 Eigenheimbesitzer in Deutschland online befragt wurden.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. November 2023: >>>**Lindner: Ahrtaflut legitimiert Neuverschuldung**

Von *Karel Meissner*

Wegen einem Richterspruch aus Karlsruhe gleich die Klimapolitik aufgeben? Nicht mit der Ampel. Finanzminister Lindner (FDP) gibt grünes Licht für neue Schulden. Vorwand: wegen

Ukrainekrieg und dem Ahrtal ...

Preisfrage: Was macht Finanzminister Lindner (FDP), wenn die Ampel für ihren Klimawahn mal eben 60 Millionen braucht? Heimliches Verschieben der Schuldenkapazität von der Lockdown-Hilfe in den Klimafond lief nicht - Karlsruhe hat's verboten. Und einfach so Kredite aufnehmen? Geht leider auch nicht: Das verstieße gegen die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse.

Okay, aber soll Lindner seine grünen Freunde wegen solcher Kleinigkeiten einfach hängen lassen? Nicht doch! Schließlich plant Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Rettung des Weltklimas. Da kann man doch nicht nein sagen.

Also beschließt die Ampel einen Nachtragshaushalt 2023. Um den zu legalisieren, erklärt Lindner das Jahr 2023 rückwirkend nur "Notlage". Raffiniert, nicht wahr? Notlagen legitimieren fast alles, auch eine Neuverschuldung von schlappen 72,2 Milliarden. Damit haben die Grünen ihre 60 Milliarden für den Klimafond - und es bleibt sogar etwas übrig. Zur Finanzierung weiterer Großtaten.

Aber Moment: Womit begründet man die angebliche "Notlage"? Nun, da gäbe es den Ukraine-Krieg und die Ahrtalflut vom 14. Juli 2021. Ja, richtig. Ausgerechnet die Katastrophe, bei der Mainstream-Politiker so konsequent versagt haben, wo COMPACT vor Ort Hilfe leistete und CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet kurz vor seiner Ansprache einen Lachkrampf erlitt. Genau dieses Ahrtal sorgt jetzt für die ersehnte "Notlage". Immerhin betragen die Zahlungen an die Opfer in diesem Jahr 1,6 Milliarden Euro, so Lindner.

Aber deshalb gleich 72,2 Milliarden aufnehmen? Okay, es gibt außerdem den Ukrainekrieg, der die Strom-, Gas- und Ölkosten hochgepeitscht habe. Noch zu Jahresbeginn hatte Lindner sich geweigert, deswegen eine Notlage auszurufen, aber warum die Meinung nicht ändern? Wäre doch peinlich, wenn ein Verfassungsgericht ein so wichtiges Projekt wie den Klimafond canceln könnte.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 29. November 2023 (x1.344/...): >>**Dekadenz pur: Ampel fliegt mit hundertten Mitarbeitern zur "Klimakonferenz"!**

Entrückter und abgehobener vom Volk kann man kaum sein: Während Deutschland in eine Wirtschaftskrise schlittert und die Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren, fliegt die Ampel-Regierung mit mehr als 250 Mitarbeitern zur "Weltklimakonferenz" nach Dubai. Allein das Wirtschaftsministerium von Robert Habeck entsendet 47 Personen. Wie hoch die Gesamtkosten für den Mega-Ausflug sind, teilt die Bundesregierung nicht mit.

Es ist ein Treppenwitz: Den normalen Bürgern redet man "Flugscham" ein, Autofahren und Heizen wird maßlos verteuert. Die vermeintliche "Elite" fliegt indessen mit einem halben Dorf nach Dubai, um über weltfremde Energiewende-Phantasien zu debattieren. Wir finden: Die Ampel-Regierung kann am besten gleich in Dubai bleiben und ihre Amtsgeschäfte Politikern überlassen, die mit dem Geld der Bürger sparsamer umgehen. Eine AfD-Regierung wird auf derartige Geldverschwendung verzichten und statt dessen dafür sorgen, daß Infrastruktur, Gesundheitssystem und Familienförderung verbessert werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 1. Dezember 2023: >>**Buchtip: Klimareligion - Auf dem Weg in den Öko-Totalitarismus**

Gluthitze, Naturkatastrophen, Ernteauffälle und Meeresfluten werden über die Menschheit hereinbrechen. Das Ende ist nah, verkünden Politik und offizielle Medien. Der Weltuntergang kann nur abgewandt werden, wenn die Menschen nach strengen und alternativlosen Geboten leben. Das bedeutet: Verzicht, Armut, Planwirtschaft und die totalitäre Herrschaft einer globalen Klasse, deren Legitimation weder Gott noch das Volk, sondern die Luft ist, der Schutz der Atmosphäre durch Windräder, Wärmepumpen, Radfahren und Sozialismus. Jede politische Entscheidung wird dem Klimaschutz untergeordnet. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Zivil-

gesellschaft und Kirchen marschieren im Öko-Gleichschritt.

Der Wert eines Menschen wird daran gemessen, ob er ein klimagefälliges Leben führt. Kein Lebensbereich ist ausgenommen: Die Klimareligion überlagert alles und bedroht unsere Freiheit und Bürgerrechte. Wer ihre Dogmen hinterfragt, wird als Klimaleugner und Klimaschädling aus der Gemeinschaft der Klima-Gläubigen verstoßen. Zehn Autoren aus dem konservativen, katholischen, bürgerlichen und liberalen Spektrum analysieren diese Polit-Religion, ihre Wurzeln, Entstehungsgeschichte, Grundlagen, Protagonisten und Widersprüche. Sie zeigen auf, welche Folgen eine pseudoreligiös, ideologisch grundierte Umweltpolitik für unsere Gesellschaft hat. Nicht das Klima, sondern die Klimaschützer bedrohen unsere Zukunft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. Dezember 2023:

>>**Wintereinbruch: Jetzt Freispruch für CO2!**

Von *Valentina Schacht*

Wintereinbruch in Deutschland - die Klima-Lügner sind blamiert. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.

Eiseskälte, glatte Straßen, weiße Landschaften, die Skisaison hat begonnen: Der Winter hat Deutschland pünktlich zum Dezemberanfang erreicht. Vielerorts kam es zu witterungsbedingten Verkehrseinschränkungen, doch im Grunde freuen sich die meisten Menschen, daß das Land zur Adventszeit in winterliches Weiß getaucht ist. Und diesem Wochenende soll es laut dem Deutschen Wetterdienst sogar noch etwas frostiger werden.

Der Wintereinbruch läßt die Klima-Ideologen einmal mehr mit heruntergelassenen Hosen dastehen. Von der vielbeschworenen "Erderwärmung" ist nichts zu spüren, erst recht nicht vom angeblich bevorstehenden Hitzetod. Nun ist es Zeit, mit den falschen Narrativen der Klima-Fanatiker gründlich aufzuräumen, denn schließlich wollen wir uns den glühenden Kaminofen zur Winterzeit nicht madig machen lassen. Daher ist es besonders wichtig, mit eine der nachhaltigsten Lügen vom Tisch zu bekommen: die vom angeblichen Klima-Killer CO2.

Klima-Mafia entlarvt

Dieser Falschdarstellung tritt Wolfgang Thüne mit seinem Standardwerk "Freispruch für CO2" entgegen - mit naturwissenschaftlichen Argumenten, die die Klima-Ideologie Lügen strafen. Der 1943 im ostpreußischen Rastenburg geborene Meteorologe ist kein Unbekannter. Von 1971 bis 1986 arbeitete er als Wettermoderator beim ZDF und präsentierte einem Millionenpublikum allabendlich die neuesten Prognosen.

Daß der einstige Fernsehliebling schon seit geraumer Zeit nicht mehr auf der Mattscheibe zu sehen ist, hat Gründe: Thüne heult nicht mit den Klima-Wölfen, sondern tritt den Ideologen mit schlagkräftigen Argumenten entgegen. Vor allem zertrümmert er eine zentrale Lüge des Establishments: In seinem gerade wieder neu aufgelegten Bestseller "Freispruch für CO2" tritt er dem von ihm so bezeichneten "Treibhaus-Schwindel" entgegen und belegt mit naturwissenschaftlichen Argumenten die "physikalische Unmöglichkeit" dieses vermeintlichen Phänomens.

Der angebliche Klimakiller CO2, so Thüne, könne "mangels geeigneter Absorptionslinien das atmosphärische Strahlungsfenster nicht schließen" und habe daher "keinen Einfluß auf das Wetter und dessen statistisches Folgekonstrukt - das Klima". Die angeblich wissenschaftlichen Indizien der etablierten Klimaforschung seien nichts anderes als raffinierte Fälschungen. In "Freispruch für CO2" zeigt Thüne, wie ein mafiaähnliches Kartell die Klima-Lügen auf schamlose Weise ausnutzt: Wissenschaftler, die Milliardenbeträge an Fördergeldern kassieren, sensationsgierige Medien, die kein Interesse an Aufklärungsarbeit haben, und Politiker, die dem Volk gigantische Steuererhöhungen unter dem Vorwand der Klimarettung aufbürden. Dieser profitablen Allianz gegen die menschliche Vernunft setzt der promovierte Meteorologe

in seinem Werk die unkorruptierbaren Erkenntnisse der Naturwissenschaft entgegen.

Der Wahrheit eine Gasse

In "Freispruch für CO2" schreibt Wolfgang Thüne:

"Mein Buch bezweckt, den glitzernden Heiligenschein der 'Wertfreiheit der Wissenschaft' durchsichtig zu machen und auf ihre politischen Verstrickungen hinzuweisen. Wenn nach Francis Bacon Wissen Macht bedeutet, warum sollte nicht auch von den 'Wissenden' das Wissen zu 'Lüge und Betrug' eingesetzt werden, um zu Geld und Macht zu kommen?"

Und weiter:

"Mit meinem 'Freispruch' möchte ich Sie, verehrter Leser, von der Angst vor der 'Klimakatastrophe' befreien und Sie von dem Schuldvorwurf freisprechen, ein 'Klimakiller' zu sein. Doch nun setzt der eigentliche Kampf ein, der Kampf gegen verinnerlichte Illusionen und gegen Lügen. Von Mark Twain stammt das Bonmot, daß sich die Wahrheit erst dann die Schuhe anziehe, wenn die Lüge bereits dreimal um die Welt gelaufen sei.

In seinem Buch 'Sechs furchtbare Jahre. Auf den Spuren Carl J. Burckhardts durch den Zweiten Weltkrieg' (1998) kommt Paul Schaufler zu dem Schluß: 'Lügen haben kurze Beine, meint der Volksmund, aber sie müssen sagenhaft flink sein, denn sonst hätte es die Wahrheit nicht so schwer, die Lügen einzuholen.'"

Thünes Empfehlung lautet daher: "Verzichten wir auf unsere Beine, verleihen wir der physikalischen Wahrheit wieder Flügel!" Genau dazu trägt Thüne mit seinem Standardwerk "Freispruch für CO2" bei - und genau deshalb wird es vom Mainstream totgeschwiegen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Atomallianz in Dubai bedeutet eine Bestätigung der AfD-Fraktion**

Auf der Weltklimakonferenz in Dubai hat sich eine neue Atomallianz gebildet. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Steffen Kotré:

"Die weltweite Allianz zum Ausbau der Kernenergie, die sich auf dem Klimagipfel gebildet hat, deklassiert die Bundesregierung als ideologischen Irläufer. Die 22 Staaten wollen die Kapazität der Kernenergie bis 2050 verdreifachen.

Darunter sind Staaten wie die USA, Kanada und Japan, aber auch dreizehn europäische Staaten wie etwa Frankreich, Polen, Finnland, Schweden oder die Niederlande. Der polnische Präsident Duda will den Ausbau der Kernenergie sogar zum Schwerpunktthema der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2025 machen.

Der Kernenergie-Hass der grünen Ideologen entbehrt jeder Grundlage. Endlager für geologische Zeiträume sind absehbar schlicht nicht mehr nötig. Die Kosten mit wenigen Cent pro kWh inklusive Rückbaukosten sind unschlagbar niedrig. Speicher, Netzausbau, Netzstabilisierung und Stromimporte sind nicht notwendig.

Stattdessen wird eine Angst- und Schreckenspolitik gemacht. Die ehemalige Greenpeacechefin Jennifer Morgan, jetzt sogar Staatssekretärin, versteigt sich sogar zu der Äußerung, es gehe bei der CO2-Vermeidung 'um das Schicksal des Planeten'.

Habeck, der klagte, wir seien 'umzingelt von der Wirklichkeit', hat leider immer noch nur Ideologie im Kopf. Ob er nun will oder nicht, in Deutschland wird sich die Vernunft durchsetzen und in spätestens fünf bis zehn Jahren wieder die Kernenergie.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich seit Jahren konsequent für eine rationale Energiepolitik einschließlich Kernenergie ein. Unsere Vorschläge und Forderungen stellen eine günstige, umweltfreundliche und sichere Energieversorgung sicher.

Wir fordern die Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Kernkraftwerke, soweit keine sicherheitstechnischen Bedenken bestehen, sowie ihre Wiederertüchtigung, wo möglich.

Die Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie muß wieder aufgenommen und gefördert werden."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. Dezember 2023:

>>CO2-Hysterie: Jetzt kommt's ganz dicke!

Von *Valentina Schacht*

Die Klima-Hysteriker schlagen Alarm: Die globalen CO2-Emissionen erreichen 2023 einen neuen Höchstwert. Nun drohen einschneidende Maßnahmen. Mit seinem Buch "Freispruch für CO2" bringt der frühere ZDF-Meteorologe Wolfgang Thüne das Kartenhaus der Klima-Ideologen zum Einsturz.

Deutschland und Europa frieren ein - doch die Klima-Hysteriker warnen vor der globalen Erwärmung. Die weltweiten CO2-Emissionen durch fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas sollen 2023 mit voraussichtlich 36,8 Milliarden Tonnen einen neuen Höchstwert erreichen. Das seien 1,1 Prozent mehr als 2022 und 1,4 Prozent mehr als im Vor-Corona-Jahr 2019, rechnet der aktuelle Bericht zum globalen Kohlenstoffbudget (Global Carbon Budget) vor.

"Die Auswirkungen des Klimawandels sind überall um uns rum offensichtlich, aber die Maßnahmen zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen durch fossile Brennstoffe bleiben schmerzhaft langsam", so Forschungsleiter Pierre Friedlingstein von der University of Exeter in Großbritannien.

Mit anderen Worten: Wir können uns schon mal auf einschneidende Maßnahmen einstellen: Tempolimits, Fahrverbote, die weitere Drosselung unserer Wirtschaft und Industrie. Alle Räder stehen still - wenn der lange Arm der Klima-Mafia es will.

Naturwissenschaftliche Fakten gegen Hysterie

Dabei ist schon das dem Klima-Hype zugrunde liegende Narrativ ein großer Schwindel - wie der Meteorologe und frühere ZDF-Wettermoderator Wolfgang Thüne in seinem Standardwerk "Freispruch für CO2" feststellt. Der angebliche Klimakiller CO2, so Thüne in seinem nun wieder neu aufgelegten Bestseller, könne "mangels geeigneter Absorptionslinien das atmosphärische Strahlungsfenster nicht schließen" und habe daher "keinen Einfluß auf das Wetter und dessen statistisches Folgekonstrukt - das Klima". Die angeblich wissenschaftlichen Indizien der etablierten Klimaforschung seien nichts anderes als raffinierte Fälschungen.

Thüne entzieht in "Freispruch für CO2" der Klima-Ideologie den Boden - und geht dabei streng naturwissenschaftlich und ganz grundsätzlich vor:

"Zunächst ist einmal zu sagen, daß es 'Klima' als eigenständig agierenden und meßbaren Naturvorgang nicht gibt. Was es gibt, ist Wetter! Das Wetter läuft seit Urzeiten wie ein Film mit immer neuen Szenen vor uns ab und kann von uns weder gestoppt, noch angehalten, zurückgespult oder gar beeinflusst werden.

Es entzieht sich nicht nur unserer Kontrolle, es entzieht sich auch schon nach wenigen Tagen unserer Vorhersagbarkeit. Die Atmosphäre bezieht ihre wettererzeugende Bewegungsenergie direkt von der Sonne. Der Wetter-Rhythmus wird dabei durch den täglichen Tag-Nacht-Wechsel sowie den jährlichen Erdumlauf um die Sonne bestimmt. Dieser beschert uns die Jahreszeiten."

Und er fährt fort: "In dieses unruhig fluktuierende und stets volatile Element Wetter versucht der Mensch gedanklich 'Ruhe' zu bringen, er mittelt. So entsteht das 'Klima', am Schreibtisch oder im Computer. Es ist nach offizieller Festlegung das 'mittlere Wettergeschehen' an einem Ort über eine längere Zeit. In diesem Jahrhundert gibt es inzwischen drei 'Klimanormalperioden', die erste von 1901 bis 1930, die zweite von 1931 bis 1960 und die dritte von 1961 bis 1990. Doch wer hat dem Wetter mitgeteilt, was 'normal' ist? Alle Klimawerte sind statistische Werte, 'tote' Werte. Es sind Mittelwerte ohne Eigenleben und Eigendynamik. Alle Wetterextreme werden dabei weggemittelt."

Daraus folge, so Thüne: "Entzieht sich das Wetter jeglichem anthropogenen Einfluß, dann bleibt jeder Wunsch nach 'Klimaschutz' eine Illusion, eine extrem teure Illusion, die unsere

Industriegesellschaft inklusive Sozialstaat in den sicheren Ruin treibt. Jedwede Energiesteuer entzieht dem wirtschaftlichen Wachstum dringend notwendige Kaufkraft, schleichend, aber sicher!

Das ist auch erklärtes Ziel einiger prominenter 'Klimaforscher', die nach der Parole der Acht- undsechziger Wirtschaft und Politik 'vergesellschaften' wollen und dies immer noch tun. Das grüne 'Ökoparadies' ähnelt in seinem gedanklichen Grundansatz sehr dem sozialistischen Paradies des Karl Marx. Das Individuum gilt nichts, das Kollektiv ist alles und bestimmt die Verhaltens- und Klimanormen."

In seinem Bestseller "Freispruch für CO2" zeigt Thüne, wie ein mafiaähnliches Kartell die Klima-Lügen auf schamlose Weise ausnutzt: Wissenschaftler, die Milliardenbeträge an Fördergeldern kassieren, sensationsgierige Medien, die kein Interesse an Aufklärungsarbeit haben, und Politiker, die dem Volk gigantische Steuererhöhungen unter dem Vorwand der Klimarettung aufbürden.

Dieser profitablen Allianz gegen die menschliche Vernunft setzt der promovierte Meteorologe in seinem Werk die Erkenntnisse der Naturwissenschaft entgegen.

Mit "Freispruch für CO2" entzieht Thüne dem Lügengebäude der Klima-Ideologen das Fundament und bringt so ihr ganzes Kartenhaus zum Einsturz. Der legendäre Faktenhammer des früheren ZDF-Wettermoderators ist nun in einer Neuauflage erhältlich.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Die Pleitegeier: 23,5 % mehr Insolvenzen wegen Ampel-Politik!**

Es sind Zahlen, hinter denen sich oftmals dramatische Schicksale von Menschen verbergen, die nach ihrer Arbeitslosigkeit vor dem Nichts stehen: Die Unternehmens-Insolvenzen in Deutschland sind in diesem Jahr um 23,5 % angestiegen! Wenn die Betroffenen nach einer Firmenpleite arbeitslos werden sollten, dann bedeutet das oftmals nicht nur den Verlust des Einkommens, sondern auch den Verlust von Selbstwertgefühl.

Und während die verarmten Menschen aus ihrer Wohnung ausziehen müssen und sich zur Besichtigung einer Sozialwohnung einfinden, erinnern sie sich vielleicht an das Wahlplakat der Grünen: "Erlebe dein grünes Wirtschaftswunder!" Mehr muß man zum Zynismus der Ampel-Regierung wohl nicht wissen.

Niemand in Deutschland - noch nicht einmal die regierungsnahen Wirtschaftsverbände - bestreitet die Ursachen der Insolvenzwelle: Hohe Energiepreise, Bürokratie, Lauterbachs Panik-Politik und eine miserable Bildungspolitik. Alles Probleme, die nicht vom Himmel gefallen sind, sondern jahrelang von der Ampel-Regierung und von der vorhergehenden CDU-Regierung geschaffen wurden!

Die AfD wird dafür sorgen, daß die Entwicklung umgekehrt wird, indem wir uns von der ideologischen Energie- und Wirtschaftspolitik verabschieden: Wir stoppen die "Energiewende" und nehmen Kernkraftwerke wieder in Betrieb, um die Energiepreise wieder zu senken. Wir beenden die Abzocke durch CO2-Bepreisung und andere ausufernde Steuern und Abgaben.

Und wir sorgen dafür, daß unsere "Fachkräfte" im eigenen Land geschaffen werden - nicht durch Massenmigration, sondern durch eine vernünftige und leistungsfördernde Bildungspolitik. DAS würde ein wirkliches Wirtschaftswunder bewirken - doch ein Wirtschaftswunder ist niemals grün, es kann nur blau sein!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. Dezember 2023: >>**COP28 in Dubai: Deutsches Energie-Debakel offenbart sich**

Jeder Deutsche - vom Baby bis zum Greis - hat etwa 12.000 Euro für die Energiewende gezahlt. Bekommen hat er dafür höhere Strompreise, Mieten und Produkte, Deindustrialisierung und Versorgungs-Unsicherheit. ...

_von Manfred Haferburg

Das Land ist wieder von Kohle abhängig. In Dubai sind die Vorreiter jetzt vom toten Pferd geholt worden. Kein Land der Welt hat mehr Geld für den Umbau seines Stromsystems in Richtung der sogenannten "erneuerbaren Energie" ausgegeben - nämlich weg von Kernenergie und fossilen Energieträgern hin zu Biopflanzen, Wind und Sonne. Wie viel Geld, weiß kein Mensch genau, und es wird systematisch verschleiert. Wenn man den Wert der voll funktionsfähigen, aber verschrotteten Kraftwerke mit einbezieht, dürfte eine Billion Euro eine recht realistische Schätzung sein. Das aber heißt, daß jeder Deutsche - vom Baby bis zum Greis - etwa 12.000 Euro für die Energiewende gezahlt hat. Rechnet man nur die Steuerzahler, kommt man auf mehr als 20.000 Euro pro Nase.

Salto rückwärts in die Kohleverstromung

Die Begründung war, daß unbedingt der Ausstoß des Spurengases Kohlendioxid reduziert werden muß. Da sahen sich die Deutschen als Vorreiter, denen die ganze Welt folgen würde, da ein reiches Land den Erfolg der Energiewende vorleben muß. So ging eine ganze Nation mit deutscher Gründlichkeit daran, Unsummen in die Transformation der Stromerzeugung zu investieren. Erst wurde der Kernenergie der Garaus gemacht, dann sollten die Kohle und das Gas drankommen.

Das Heilsversprechen war, daß man erst mal ein bißchen Geld investieren muß, so der Gegenwert einer Eiskugel pro Monat, aber dann sinkt der CO₂-Ausstoß, und der Strom wird ganz billig. Wer es wagte, etwas anderes zu meinen, wurde als umstritten, Energiewende-Hasser, Klimaleugner und gar Staats-Delegitimierer verunglimpft.

Nach zwanzig Jahren Energiewende sehen wir nun das Resultat dieser Politik - ein Salto rückwärts in die Kohlestromerzeugung. Ja, es gibt Tage, da weht ein guter Wind, und die Hitze der Mittagssonne flimmert über den Solarpaneelen der deutschen Energie-Industriebrachen, bedeckt mit Energiemais, tausenden von gigantischen Windmühlen und furchterregenden Glaswüsten auf Stelzen. An solchen Tagen schafft die transformierte Stromerzeugung mal, die Hälfte des Bedarfs zu decken. Aber es gibt eben auch viele Tage wie den ersten Dezember 2023. Ein Tag inmitten einer der gefürchteten Dunkelflauten.

Die Pferde der Vorreiter straucheln

Dann flimmert nicht die Sonne über den Paneelen, und die Windmühlen drehen sich nicht munter im Wind, sondern die Kohle- und Gaskraftwerke laufen auf Hochtouren, um dafür zu sorgen, daß der Strom aus der Steckdose kommt.

Und mit dem Hochlaufen der konventionellen Kraftwerke steigt der CO₂-Ausstoß, und die Pferde der Vorreiter kommen ins Straucheln.

Am ersten Dezember 2023 schafften die "Erneuerbaren" im Schnitt einen Beitrag zur Stromerzeugung von 7,69 Prozent. Den Rest von 92,3 Prozent mußten die Kohle und Gaskraftwerke erzeugen, was sie aber nicht ganz schafften. Es wurde Strom aus den Nachbarländern Tschechien, der Schweiz und Frankreich importiert, der auch mit Kernkraftwerken produziert wurde - was übrigens die deutsche CO₂-Bilanz verbesserte.

Im Kreis der CO₂-Schmutzfinken

Wie steht es nun aber mit dem niedriger werdenden CO₂-Ausstoß der großen Vorreiter aus? Seit dem 30.11. haben wir in Deutschland eine Dunkelflaute mit niedrigen Temperaturen und hohem Strombedarf. Die Kühltürme der konventionellen Kraftwerke dampfen volle Pulle. Deutschland stieß am 1.12.2023 sage und schreibe 786 g CO₂eq pro kWh (Gramm CO₂ pro produzierter Kilowattstunden) aus und belegte an diesem Tag den drittletzten Platz vor Polen und den Färöer Inseln.

Frankreich, das auf Kernkraftwerke setzt, kam hingegen an diesem Tag mit seiner Stromproduktion auf einen CO₂-Ausstoß von 91 g CO₂eq pro kWh. Damit hat der Vorreiter Deutschland am 1.12.2023 8,6-mal so viel CO₂ ausgestoßen wie Frankreich.

Der Fairneß halber muß man zugeben, daß beim CO₂-Ausstoß das ganze Jahr über gesehen ein Deutscher einen nur viermal so großen CO₂-Fußabdruck hat wie sein französischer Nachbar. Aber immerhin - viermal so viel für eine Billion Euro. Dafür hätte man 100 Kernkraftwerke vom Typ Olkiluoto bauen können - Baukostenerhöhung eingerechnet. Und man wäre ein echter Vorreiter.

Welt-Nuklear-Gipfel geplant

Wen wundert es da noch, daß selbst bei der Weltklimakonferenz, zu der die Vorreiter der deutschen Regierung in Bataillonsstärke einritten, die Vertreter von 22 Staaten, darunter 13 europäische Länder wie Frankreich, Polen, Tschechien, Schweden, Finnland, die Niederlande, Belgien, Slowenien, die Slowakei, Rumänien, Ungarn, aber auch Großbritannien und Moldau, Kanada, USA, Japan (!), Korea, die Arabischen Emirate, Marokko, Ghana und die Mongolei mit dem Ziel verbündet haben, die Atomkraft bis 2050 zu verdreifachen. Sogar die Ukraine ist mit von der Partie. Wie ist das nur mit der feministischen Außenpolitik zu vereinbaren, wo doch Annalena die Ukraine unterstützt - egal was ihre Wähler denken.

Zu den Unterzeichnern der Deklaration gehören neben dem US-Gesandten John Kerry auch die Staats- und Regierungschefs von 13 europäischen Ländern. "Man kann das Ziel von Netto-Null Treibhausgas-Emissionen bis 2050 ohne Atomkraft nicht erreichen", erklärte John Kerry, der Sondergesandte von US-Präsident Joe Biden vor den Staatschefs: "Das hat nichts mit Politik oder Ideologie zu tun, das ist reine Wissenschaft: Mathematik und Physik."

Er gab das Mikrofon weiter an Emmanuel Macron. "Von diesem Treffen geht ein extrem machtvolles Signal in die Welt hinaus", sagte der französische Präsident. Es ermutige "die vielen Länder, die in die Kernenergie und besonders in die neue Generation von modularen Kleinstreaktoren investieren wollen."

Tschechiens Premier Petr Fiala kündigte an, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bis 2050 auf 50 Prozent zu steigern. Er nannte die Kernenergie "eine sichere, verlässliche, saubere und effiziente Energiequelle." Polens Präsident Andrzej Duda kündigte an, den Ausbau der Kernenergie Anfang 2025 zum Schwerpunktthema der polnischen EU-Ratspräsidentschaft machen zu wollen.

Der Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA), Rafael Mariano Grossi, und Belgiens Premier Alexander De Croo luden für den 22. März 2024 zum ersten "Welt-Nuklear-Gipfel" nach Brüssel ein: "Vertreter aus Nord- und Südamerika, Asien, Afrika - alle werden da sein", sagte Grossi.

Lange deutsche Anti-AKW-Gesichter

Ein Blick auf die Elektrizitätskarte Europas hätte den Deutschen gezeigt, daß Länder mit Kernkraftwerken den saubersten Energiemix haben. Aber sie zerstören mit deutscher Gründlichkeit lieber weiter ihre Kernkraftwerke, um mit gigantischen Energiemonstern das Land zu verschandeln.

Mit der Nuklear-Deklaration hatten die deutschen Vorreiter auf der 28. Weltklimakonferenz nicht gerechnet. Thema der Verhandlungen war es nach ihrem Glauben, ob das Ziel einer Verdreifachung von Erneuerbaren Energien bis 2030 in das Schlußdokument aufgenommen werden soll. Die Pro-Atomstaaten können in Dubai jetzt aber einfordern, daß der Erneuerbaren-Passus nur dann in die Schlußvereinbarung der Klimakonferenz aufgenommen wird, wenn dort gleichberechtigt auch die Verdreifachung der Atomkraft als Ziel formuliert wird. Die Schlußverhandlungen dazu stehen am 12. Dezember an.

Die Bedeutung der Dubai-Deklaration "kann gar nicht überschätzt werden", kommentierte die oberste Atomkraft-Lobbyistin Sama Bilbao y León, Generaldirektorin der World Nuclear Association. Wenn die Staaten ihr Versprechen einlösten, könnten "ganze Volkswirtschaften dekarbonisiert werden und sauberer Strom in jeden Winkel der Welt fließen." Derzeit sind weltweit 60 Atomkraftwerke im Bau, weitere 110 geplant, die meisten davon in Asien.

Mit 100 Millionen Dollar gegen den Rest der Welt

In den vergangenen zwanzig Jahren seien 108 Reaktoren stillgelegt und 97 neu ans Netz gebracht worden. Derzeit sind auf der Welt 440 Kernkraftwerke in 33 Staaten in Betrieb. Nach Angaben der WNA sind es derzeit 30 Staaten, die die Aufnahme eines Nuklear-Programms erwägen oder konkret planen.

Olaf Scholz (SPD) hatte Anfang September noch einmal deutlich gemacht, welche Zukunft dieser einst so wichtige Energieträger hier hat: Im Interview mit dem Deutschlandfunk äußerte er "Die Kernkraft ist zu Ende. Sie wird in Deutschland nicht mehr eingesetzt. Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd."

Dafür erntete Deutschland international nur Kopfschütteln: In seiner Eröffnungsrede auf der World Nuclear Exhibition letzte Woche in Paris lästerte der französische EU-Kommissar Thierry Breton über Deutschland. Ihm seien SMR-Meiler (Small Modular Reactors), also Mini-Kernkraftwerke, die derzeit der letzte Schrei in der Branche sind, viel lieber als Kohlekraftwerke, vor allem wenn der Ostwind weht, stichelte er in Richtung Ampel-Regierung und meinte damit den deutschen Strommix aus Kohle und erneuerbaren Energien.

Svenja Schulze (SPD) verschenkt deutsche Steuergelder

Bundeskanzler Scholz forderte hingegen in Dubai die Verdreifachung des Ausbaus der Erneuerbaren ein. Während sich die Regierungschefs der wichtigsten Länder beim Pro-Atomgespräch in Dubai trafen, faselte er zu diesem Zeitpunkt nur wenige Meter entfernt vor afrikanischen Staatschefs der Initiative "Accelerated Partnership for Renewables in Africa" über den Ausbau Erneuerbarer Energien. Die mußten zuhören, weil ... Svenja Schulze einen Koffer mit 100 Millionen Dollar dabei hatte, den sie gern haben wollten.

Man darf gespannt sein, wie Olaf Scholz nach der Rückkehr aus dem sonnigen Dubai ins verschneite Dunkelflautenland den um eine Billion Euro geprellten Wählern erklärt, daß das tote Pferd wieder auferstanden ist und Deutschland sich auf einer energiepolitischen Geisterfahrt befindet, bei der ihm die ganze Welt entgegenkommt. Aber es ist wohl anzunehmen, daß er diese Tatsachen bis zu seiner Ankunft in Berlin bereits wieder vergessen hat und er einfach weiter scholzt.

Mit Sicherheit werden ihn die Medien nicht daran erinnern. Sie werden auch nicht fragen, ob die 100 Millionen Euro nicht besser in der Forschung für Mini-Reaktoren wie den nach Kanada geflüchteten Dual-Fluid-Reaktor, die den Abfall herkömmlicher Kernkraftwerke verbrennen, besser angelegt wären als in SUVs für die Mitglieder afrikanischer Parlamente oder eine neue Yacht für einen afrikanischen Präsidenten.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 7. Dezember 2023 (x1.344/...): >>"Schneefall ist Zeichen für Klimawandel": Die mediale Verblödung ist grenzenlos!

Der Blick in die Medien zeigt es Tag für Tag: Der Zustand unseres Landes pendelt irgendwo zwischen Realsatire und Irrenhaus. "Experten einig: Starker Schneefall ist ein Zeichen für den Klimawandel", heißt es nun in einer aktuellen Überschrift auf "Focus online". Dabei wurde uns jahrelang durch Schulen, Forschungseinrichtungen, Medien, Regierungsparteien, Großindustrie und NGOs eingetrichtert, daß es in Deutschland bald keinen Winter und keinen Schnee mehr geben würde.

Es mag durchaus sein, daß normale klimatische Veränderungen dazu führen können, daß es einerseits sehr warme Sommertage und andererseits sehr starken Schneefall im Winter gibt. Nur: Daraus folgt erstens keine Apokalypse. Und zweitens war in den vergangenen Jahrzehnten seitens der politischen Erziehungs- und Indoktrinationsbeauftragten stets und ausschließlich von "globaler Erwärmung" die Rede.

"Winter mit starkem Frost und viel Schnee wie noch vor zwanzig Jahren wird es in unseren

Breiten nicht mehr geben", sagte der Meteorologe Mojib Latif schon im Jahr 2000. Jetzt, wo immer mehr Bürger den Unterschied zwischen Panikmache und Realität schon beim Blick durchs Küchenfenster erkennen, wird plötzlich die Argumentation ausgetauscht. Ein Muster, das wir in den vergangenen zwei Jahren auch bei einer anderen Panikmache beobachten konnten. ...

Die Entwicklung des "Focus" steht dabei symptomatisch für die Umwandlung unserer Medienlandschaft in einen regierungsnahen Dressurhof. Einst als politisch inkorrektes Gegengewicht zum linken "Spiegel" gegründet, wurde das Magazin immer zahmer, lammfrommer und grüner.

Daß die Kritiker der Klima-Hysterie vom Autor des obskuren Schneefall-Artikels mit dem unsäglichen Totschlag-Begriff "Klimaleugner" stigmatisiert werden, paßt dazu ins Bild. Daß der einstige "Focus-Gründer" Helmut Markwort sich nun für eine politische Karriere bei der FDP hergibt, die die ganze Klima-, Migrations- und Gender-Agenda der Grünen exekutiert, ist ebenso bezeichnend. Deutschland braucht eine Alternative zum Kartell - in der Medienlandschaft genauso wie in der Parteienlandschaft!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/23" berichtete am 8. Dezember 2023 (x1.387/...): >>**Energiekosten um 260 Prozent gestiegen**

Reifenindustrie: Goodyear und Michelin schließen vier Produktionswerke in Deutschland / Abwanderung wird sich fortsetzen

Christian Schreiber

Seit 1937 werden im brandenburgischen Fürstenwalde unter wechselnden Firmennamen Reifen hergestellt. 2027 soll nun endgültig Schluß sein: Der US-Konzern Goodyear will die Produktion schrittweise einstellen. Nur die Herstellung von Gummimischungen, die dann in andere Werke in Europa, dem Nahen Osten und Afrika geliefert werden, bleibe erhalten. Das mehrfach modernisierte Werk im hessischen Fulda, wo seit 1906 Reifen produziert werden, soll sogar schon bis zum Ende des dritten Quartals 2025 komplett schließen. Insgesamt 1.750 Goodyear-Arbeitsplätze gehen so verloren.

Nur zwei Wochen später kam die nächste Hiobsbotschaft: Auch der französische Konkurrent Michelin kündigte einen Kahlschlag in Deutschland an. Der Konzern werde seine Fabriken in Karlsruhe und Trier bis 2025 schrittweise schließen, erklärte Nordeuropachefin Maria Röttger. Zudem würden im Michelin-Werk im saarländischen Homburg Teile der Produktion eingestellt. Durch importierte Billigreifen verliere man zunehmend Marktanteile. Die sinkende Nachfrage führe zur Unterauslastung der Produktionsstandorte, was die Herstellkosten zusätzlich belaste. "Daher gibt es keine Perspektive für diese Aktivitäten", so Röttger weiter.

Insgesamt seien 1.532 Michelin-Mitarbeiter betroffen. Nur das Pkw-Reifenwerk im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach ist vorerst nicht von den Restrukturierungsmaßnahmen betroffen. Zudem will Michelin ein Kundenkontaktzentrum von Karlsruhe nach Polen verlagern, was weitere 122 Menschen trifft.

Die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (BCE) hofft dennoch, viele Arbeitsplätze retten zu können: "Wir arbeiten an Alternativkonzepten für die betroffenen Standorte Karlsruhe, Trier und Homburg und Überlegungen, wie sich dort die Produktivität steigern lasse, erklärte Matthias Hille, Leiter des BCE-Bezirks Mainz. "Mitte oder Ende Januar wollen wir dem Konzern Ideen vorstellen."

Man sei auch in Gesprächen mit der Politik. Doch die Aufgabe gestaltet sich schwierig, denn bei Michelin gibt es keine Tarif-Klausel, die betriebsbedingte Kündigungen ausschließt. Einige Mitarbeiter könnten möglicherweise in Bad Kreuznach unterkommen. Doch auch das dortige Werk hat mit einer schwankenden Auftragslage zu kämpfen.

"Es ist einfach keine Perspektive mehr da"

Nach den vier angekündigten Schließungen und den Wackelkandidaten Bad Kreuznach und

Homburg bleiben in Deutschland nur noch sechs weitere große Reifenwerke erhalten: Hanau, Wittlich und Riesa (Goodyear), Breuberg/Odenwald (Pirelli), Korbach/Hessen (Continental) und Heidenau/Sachsen (Ex-Pneumant). Bisher versuchten die Hersteller in Europa, mit besseren Produkten wie Reifen mit Gummi-Mischungen, die langlebiger sind und weniger Abrieb erzeugen, gegenzusteuern.

Man habe in den vergangenen zehn Jahren mehr als 500 Millionen Euro in die Modernisierung der deutschen Werke investiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben: "Doch es ist einfach keine Perspektive mehr da." Und: "In Europa sind allein die Energiekosten in den letzten fünf Jahren um 260 Prozent gestiegen. Verglichen mit Nordamerika und China sind unsere Gesamtkosten der Produktion signifikant höher", heißt es bei Michelin.

"Die prominenten Beispiele für Standortschließungen und Industrieabwanderungen der vergangenen Tage und Wochen zeigen eindringlich, daß insbesondere die energiepolitischen Rahmenbedingungen am Hochlohn-Standort Deutschland selbst innerhalb Europas nicht mehr wettbewerbsfähig sind", warnt Michael Klein, Präsident des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie (WDK).

"Die Industrie ist in einer Abwärtsspirale. Deutschland braucht ein umfassendes Standortprogramm", sekundiert Michelin-Managerin Röttger. Es ist nicht mehr ausreichend, mit Absichtserklärungen zu agieren. Wir brauchen eine Industriestrategie, die Mittelstand und Großunternehmen mit einbezieht - und dem müssen Taten folgen." Goodyear, eines der größten Reifenunternehmen der Welt mit rund 74.000 Mitarbeitern in 57 Werken in 23 Ländern, beklagt auch den verschärften Wettbewerb: "Diese Situation hat sich durch den Zuwachs von Billigimporten aus Asien weiter verschärft, die eine erhebliche Belastung für die europäischen Hersteller darstellen."

Die in Hannover beheimatete Continental AG (Konzern-Motto: "The Future in Motion") hat bereits 2020 alle Hoffnung aufgegeben und ihr zweitletztes deutsches Reifenwerk in Aachen geschlossen. Die Produktion wurde in "Best Cost-Länder" verlagert. Davon gibt es allein in Europa fünf: Frankreich, Portugal, Rumänien, die Slowakei und die Tschechei. Daher kann die Konzernsparte Continental Tires den Aktionären nun bei einem mittelfristigen Umsatzziel von 17 bis 18 Milliarden Euro eine Gewinnmarge von bis zu 16 Prozent versprechen.

Und sollten auch in Europa insgesamt die Energie- und sonstigen Kosten steigen, hat Continental in Asien und Amerika nicht nur einen Fuß in der Tür: mit Werken in China, Indien, Malaysia, Sri Lanka und Thailand sowie Illinois, Indiana, Mississippi, South Carolina, Mexiko, Brasilien und Ecuador. Auch Goodyear und Michelin sind längst global aufgestellt. Daher wird sich die Abwanderung der deutschen Kautschukindustrie weiter fortsetzen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 50/23" berichtete am 8. Dezember 2023 (x1.387/...): >>**Diktatur der Klimagesetze**

Jörg Fischer

Am 1994 verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, das elf Artikel änderte und drei hinzufügte, sind die Grünen unschuldig. Das erledigte die schwarz-rot-gelbe Mehrheit der Verfassungskommission. Doch deren Artikel 20a, wonach der Staat "durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung" die natürlichen Lebensgrundlagen "in Verantwortung für die künftigen Generationen" schützen müsse, öffnete 25 Jahre später die Büchse der Pandora.

Denn über Umwege wie das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) - eine Torheit aus dem schwarz-roten Koalitionsvertrag 2018 - können finanzstarke Verbände à la BUND oder Abmahnvereine wie die Umwelthilfe (DUH) Verfassungsgerichtsurteile erwirken und die Demokratie aushebeln. Nur deshalb konnte auch der 11. Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg unter Ariane Holle die Bundesregierung nun dazu verurteilen, ein "Sofortprogramm" nach Paragraph 8 KSG zu beschließen.

Was all das kostet, ob es sinnvoll ist und welche Folgen das für die Bürger hat, ist zweitrangig.

Das KSG verlangt, daß die "Treibhausgase" bis 2030 um 65 Prozent im Vergleich zu 1990 sinken müssen - doch in den Klage-Sektoren Gebäude und Verkehr wurden die vorgegebenen Emissionsminderungsziele verfehlt. "Dieses Urteil ist der richterliche Doppel-Wumms für den Klimaschutz", freute sich DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch. Wirksame Sofortmaßnahmen seien Tempo 100 auf Autobahnen, 80 außerorts und 30 in der Stadt.

Damit ließen sich elf Millionen Tonnen CO₂ einsparen und mit der Abschaffung des Dienstwagenprivilegs weitere sechs Millionen Tonnen. Der BUND hofft auf einen wieder verschärferten "Heizhammer", also ein Gebäudeenergiegesetz 3.0 mit "flächendeckenden Sanierungsfahrplänen", dem Streichen "aller Ausnahmen für bestehende Nachrüstpflichten" und dem "Anheben der Anforderungen" und schärferen "Vorgaben für die energetische Modernisierung". Was all das kostet, ob es sinnvoll ist und welche Folgen das für die Bürger hat, ist zweitrangig. Daß das Bundesverwaltungsgericht das Berliner Urteil revidiert, ist aber ein Hoffnungsschimmer.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. Dezember 2023:

>>**Klimagipfel in Dubai: Großer Abgesang auf den Westen**

Mit seiner Meinung, daß man aus fossilen Emissionen aussteigen müsse, nicht aber aus fossilen Energieträgern, brachte Gastgeber Sultan Ahmed Al Jaber einen neuen Blickwinkel in die Klimapolitik. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO₂" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.

_von Frank Hennig

Die Hegemonie des globalen Westens in der Klimadiskussion mit einer Überwertung der "Erneuerbaren" geht dem Ende zu. Zwei Wochen dauerte das jährliche Klima-Großmanöver diesmal in Dubai mit einer Rekordbeteiligung von 70.000 (über 95.000 nach Teilnehmer, wie der örtliche PR vermeldet) Teilnehmern aus 200 Ländern. Deutsche Medien gaben der Bevölkerung die volle Dröhnung Klimakonferenz-Berichterstattung - ein aus Halbwahrheiten, allein für gültig erklärten Wahrheiten und Ideologie bestehendem Framing.

Es begann in Rio und Berlin

Die Geschichte der Klimakonferenzen (COP - "Conference of the Parties", das sind die Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention) reicht bis ins Jahr 1992 zurück, bis zur "Konferenz der UN über Umwelt und Entwicklung", einem Vorläufer der COP. Damals trafen sich bescheidene 10.000 Teilnehmer in Rio de Janeiro. Seit 1995 gibt es die jährliche Veranstaltung, begonnen mit COP 1 in Berlin. Seitdem erfreut sich die Veranstaltung steigender Beliebtheit, wie man an den Teilnehmerzahlen sieht.

Gestiegen sind gleichermaßen die globalen CO₂-Emissionen, die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und die globale Durchschnittstemperatur, auch wenn letztere wenig Sinn macht, ähnlich einer durchschnittlichen Telefonnummer. Die Emissionen stiegen in diesem Zeitraum von 23 auf 36 Milliarden Tonnen jährlich, die CO₂-Konzentration von 350 auf 420 parts per million (ppm) und die Temperatur um 0,5 Grad, korrekt ausgedrückt: Kelvin, denn es handelt sich um eine Temperaturdifferenz.

Die Messe des Klima-Lobbyismus

Haben die vielen Großveranstaltungen also nichts gebracht oder Schlimmeres verhindert? Keiner weiß es. Und wie sinnvoll sind Beratungen in Präsenz von 70.000 (aktueller Stand > 95.000) Leuten, wie soll das moderiert werden? Aber, so erklärt uns ein öffentlich-rechtlicher Journalist im Deutschlandfunk, es ist ja nicht nur Konferenz und Beratung, sondern auch Messe. Das leuchtet ein, sehen und gesehen werden, Netzwerken und Vorteile suchen ist an-

gesagt, denn ein großer Teil der Versammelten lebt gut vom Kampf gegen den Klimawandel. Der besteht vor allem im Kampf um zu verteilendes Geld und mehr Macht.

Klimaforscher Rahmstorf formulierte seinerzeit den Satz, "wir" hätten die Kontrolle über das Klima verloren. Das macht ratlos. Wann jemals hatten Menschen die Kontrolle über das Klima, also primär über das Wetter? Vermutlich war diese Bemerkung Ausdruck seines Traums, es jemals zu können. Alle Macht den Klimaforschern vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Man kann die "Messe" aber auch als religiöse Sicht interpretieren. Hier treffen sich Gläubige, die sich in ihrem Glauben bestärken und Zweifel nicht zulassen. Es gilt, Schuld zuzuschreiben an die Alte Welt, die in ihrer Geschichte schon (zu) viel emittiert habe. Mit der Regelmäßigkeit der Schläge einer Kirchturmglocke wird vor jeder COP die Dringlichkeit betont. Wenn diesmal nicht der Durchbruch gelänge, seien wir unrettbar verloren, dann komme das große Glühen und so weiter.

Seit Jahren Fünf Minuten vor Zwölf

Ständig ist es Fünf vor Zwölf, die Uhr muß irgendwie stehengeblieben sein. Aktuell spricht das Wetter in Europa gegen die Erhitzung, aber es wird für Erklärungen gesorgt: Der Schnee ist wärmer als früher, es ist kälter, weil es wärmer wird, und es ist der wärmste Kälteeinbruch seit 125.000 Jahren - oder so ähnlich.

Einige Konferenzen bleiben in Erinnerung, etwa COP 24 in Katowice. Nicht nur eine Bergmannskapelle verunsicherte die damals nur 20.000 versammelten Emissions-Veganer, es wurde auch ein Stern geboren. Eine kindliche Aktivistin aus Schweden wurde zum Star, eher weniger auf der Konferenz, wo nur wenige ihrer Rede lauschten. Aus deutschen und westlichen Medien schlug ihr die pure Bewunderung entgegen. Es hieß von Seiten ihrer promotenden Mutter, sie könne CO₂ mit bloßem Auge sehen. Sehen kann sie allerdings nicht den Terror der Hamas. "I want you panic", sagte sie später vor der UN-Vollversammlung. Dafür sorgen eher die von ihr offenbar tolerierten Islamisten.

Viel Beachtung fand COP 21 in Paris 2015, wo erstmals verbindlich "Klimaziele" (gemeint sind Emissionsziele) für die einzelnen Länder vereinbart wurden. Es entstand ein 2- beziehungsweise 1,5-Grad-Ziel, was den Einsatz fossiler Brennstoffe nur bis 2040 zulassen würde. Heute fordert selbst Mojib Latif (der seinerzeit das Ausbleiben des Schnees in Mitteleuropa vorhersagte) eine Abkehr vom 1,5-Grad Ziel, da es unrealistisch sei. Aber gerade dieses war der propagandistische Anker für die deutschen regierungsbegleitenden Medien und für die Verfehlung dieses Ziels wurde die Apokalypse versprochen. Deutschland müsse die 1,5-Grad-Marke erfüllen, um jeden Preis, gerade so, als stünde dies im Pariser Vertrag und es hinge nur an uns, ob dieses globale Ziel erreicht wird.

Völlige Abwesenheit ökonomischen Denkens

Nun sagen selbst prominente Klimawissenschaftler und auch der neue Chef des IPCC, Jim Skea, mehr als 1,5 Grad Erwärmung würden nicht den Weltuntergang bedeuten, wenn man sich darauf einstellt. Das macht die schöne deutsche Medienarbeit mit drohenden Kippunkten und Untergangsvisionen kaputt. Galt doch auch der Hinweis als unumstößlich, wir würden bei Nichterreichen gegen einen völkerrechtlich bindenden Vertrag verstoßen. Der Pariser Vertrag, der erstmals sogenannte Budgets festlegte und für die EU-Staaten keine länderspezifischen Werte vorgab, sondern ein EU-Ziel, enthält eine Ansammlung von Selbstverpflichtungen, aber keine Sanktionsmechanismen.

Viele Entwicklungsländer betonten, daß sie gewillt seien, Emissionen zu senken - soweit es nicht der Bekämpfung der Armut und der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehe. Das unterscheidet uns von ihnen, wir wollen Emissionen senken, koste es, was es wolle. Deutsche Klimapolitik zeichnet sich durch die völlige Abwesenheit einer Klimaökonomie aus, einer Beachtung von CO₂-Vermeidungskosten und jeglichen Monitorings.

Was wurde mit den bisherigen mehreren hundert Milliarden Euro Energiewendegeld erreicht? Wir haben die höchsten Strompreise und sind Vizeeuropameister hinsichtlich der spezifischen Emissionen bei der Stromerzeugung. Erfolgreich waren wir also nicht, "Vorreiter" sowieso nicht.

Wüste, Sand und Öl

Schon im Vorfeld von COP 28 in Dubai wurde medial der Boden bereitet. Viele Medien verkündigten den Bau der weltweit größten PV-Anlage in Dubai. Die Information, daß im Februar der dritte Block des Kernkraftwerks Barakah in den Emiraten seinen kommerziellen Betrieb aufnahm, blieb hingegen in der Firewall (Brandmauer) des ehemaligen deutschen Qualitätsjournalismus hängen. Kritisiert wurde präventiv, daß mit Ahmed al-Jaber der Chef eines Ölkonzerns den Vorsitz der Konferenz innehatte, was im Verlauf der Veranstaltung tatsächlich einen neuen Drive gab.

Zunächst organisierte man gute Stimmung, indem die Emirate und Deutschland jeweils 100 Millionen Dollar in einen Fonds zum Ausgleich klimabedingter Schäden einzahlten und damit "andere Länder unter Druck setzten", wie es hieß. Das ist wohl auch ein Grund, warum für den "klimabedingten" Schaden im Ahrtal wenig Geld verfügbar war. Auch eine Staatshaushaltskrise verhindert offensichtlich nicht, international Geld zu verschenken. Bereits in Katowice 2018 hatte die Bundesregierung präventiv Geld in den Ring geworfen.

EU-Länder, die über billigen Atomstrom verfügen, sind die Gewinner der derzeitigen Energiekrise.

Im Vorfeld starteten 22 Staaten, davon 13 aus Europa, eine Initiative zur Verdreifachung der Kernkraft-Kapazitäten bis 2050 an. Der Chef der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) Rafael Mariano Grossi und Belgiens Premier Alexander De Croo laden für den März 2024 zum ersten "Welt-Nuklear-Gipfel" nach Brüssel ein. Deutschland sitzt dabei nicht mal am Katzentisch. Die hiesige Berichterstattung vermeidet die Erwähnung der Kernenergie, da vom Kanzler zum toten Pferd erklärt. Nun stellt sich in Dubai heraus, daß der Gaul ganz schön trabt, nur nicht bei uns. Das sorgt international für Verwunderung mit Trend zur Belustigung.

Svenja Schulze im Wahn

Nachdem die Meldung durch war, fand das Thema Kernenergie in den deutschen Medien in bewährter Weise nicht mehr statt. Auch über unsere Stromimporte, die zu einem erheblichen Teil französischer Kernkraft entstammen, wird nicht berichtet. Vielleicht kann auch niemand hinreichend überzeugend erklären, warum deutscher Atomstrom die Netze verstopfte, französischer das hingegen nicht tut.

Der Gastgeber der Konferenz Sultan Ahmed Al Jaber brachte insofern einen neuen Blick in die Klimapolitik, indem er ausführte, daß man aus fossilen Emissionen aussteigen müsse, nicht aber aus fossilen Energieträgern. Das löste Empörung unter deutschen Politikern wie Medienschaffenden aus, denn damit ist das Mantra "Wir brauchen mehr Erneuerbare" als indoktrinierte einzige Lösung nicht mehr haltbar. Entwicklungshilfe-Ministerin Schulze (SPD) sprach vom "letzten Aufbäumen der fossilen Industrie". Sie ignoriert, daß immer noch 80 Prozent des globalen Primärenergieaufkommens aus fossilen Quellen stammen (Wind und Sonne: 2,5 Prozent).

Anstelle jede Möglichkeit der Emissionssenkung zu begrüßen, kämpft die Bundesregierung gegen andere auch vom IPCC empfohlene Maßnahmen an, hier die CCS/CCU-Technologie (Abscheidung und Speicherung bzw. Abscheidung und Nutzung von CO₂).

Es geht nicht ums Klima

Damit ist die Maske gefallen. Der Hintergrund deutscher Klimapolitik ist das Ziel, den Ausbau der "Erneuerbaren" zu maximieren und die Wünsche des klimaindustriellen Komplexes umzusetzen. Nicht der Klimawandel soll bekämpft werden, sondern der "Klimaschutz" dient

als Vorwand, alle anderen Technologien neben den "Erneuerbaren" zu verhindern oder zu beschränken, damit Branche und Lobby der Wind- und Sonnenprofiteure zufrieden gestellt werden.

Da eine Versorgungssicherheit damit nicht hergestellt werden kann, wird Verzicht vermittelt. Deutsches Schrumpfen als Vorbild für den Klimaschutz wird international aber nicht goutiert. Dabei hätten wir in der Tradition deutscher Ingenieurskunst Möglichkeiten gehabt, durch Technologieexport zur Verringerung globaler Emissionen beizutragen.

Deutsche Kerntechnik war in den 80er Jahren weltweit führend. Deutsche Kohletechnologie mit 700-Grad-Auslegung, Trockenbraunkohle, Plasma-Zündbrennern, magnetgelagerten Großaggregaten und CO₂-Abscheidung, dies alles hätte exportiert werden können und uns international eine Spitzenstellung gebracht. Es wurde politisch verhindert, abgewürgt und unterbunden. Wind- und PV-Anlagen werden wir hingegen kaum exportieren, das können andere preiswerter.

Feministische Klimawelt-Innenpolitik

Noch während der Konferenz beschloß Deutschland eine Klimaaußenpolitik. Die Bekämpfung der Klimakrise sei eine "zentrale Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts" heißt es dort. Immerhin findet sich im Dokument die Formulierung vom Ausstieg aus "den fossilen Energien ohne CO₂-Abscheidung", was auf eine Annäherung an den Kurs des Scheichs hindeuten könnte.

Die "Klimaaußenpolitik" ist die Fortsetzung deutschen Größenwahns mit anderen Mitteln. Andere Länder haben Außenministerien, um ihre Interessen in der Welt zu vertreten. Nicht so Deutschland, wo man Außenpolitik als "Weltinnenpolitik" versteht und vor allem feministisch ganze Menschheitsaufgaben lösen will. Vielleicht sollte man zunächst an die deutschen Geiseln in der Hand der Hamas denken und jegliche umstrittenen Zahlungen in den Gaza-Streifen von ihrer Freilassung abhängig machen. Besser wäre, an alle Geiseln zu denken.

Im Mittelpunkt sollte stehen, Beiträge zum Frieden zu leisten, anstelle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu veranstalten, die wie in Afghanistan und Mali als Flop enden. Deutschland will die globale Energiewende beschleunigen, liefert aber selbst das beste Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Der Klimawandel wird zum gefährlichsten Problem stilisiert, dabei wäre er unser geringstes Problem, wenn der Krieg um die Ukraine eskaliert und wir reingezogen werden.

Ära der Klimapanik endet

Spätestens zu COP 29 wird es wieder 5 vor 12 sein. Aus dem Pariser Vertrag ging die Aufgabe an die Unterzeichnerländer, ihre Zahlen zu konkretisieren und innerhalb eines Jahres nachzureichen. Das tat nur ein kleiner Teil von ihnen. Auch bis zum nächsten Gipfel werden die Emissionen, der CO₂-Gehalt der Luft und vermutlich auch die Temperatur steigen. So lange die Weltbevölkerung wächst, werden auch die Emissionen steigen. Man kann von niemandem verlangen, in Armut zu verbleiben oder steigenden Wohlstand abzulehnen. Außer von den Deutschen, denn wir sind ein reiches Land und können das Niveau senken - sagt man.

Mit der offensiven Behandlung der Kernkraft und der CCS-Technologie gibt es doch eine entscheidende Neuigkeit von COP 28. Die Hegemonie des globalen Westens in der Klimadiskussion bezüglich der Überwertung der "Erneuerbaren" in Einklang mit eindimensionaler Klimapanik geht zu Ende.

COP 28 kann der Kipppunkt der globalen Klimapolitik sein. Der globale Südosten setzt mit zunehmendem Gewicht andere Prioritäten. Man weiß auch, die Rolle deutscher Moralischer einzuschätzen. Die Generaldirektorin der WHO formulierte schon vor einiger Zeit:

"Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen. Sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag."

Dennoch wird Deutschland als Geldquelle gebraucht. Neben der Vermeidung von Emissionen

sollte künftig die Anpassung an den Klimawandel im Vordergrund stehen. Auch vegane Lastenradfahrende werden den Klimawandel nicht aufhalten. Dabei bietet sich Zusammenarbeit an, je nach Leistungsfähigkeit der Staaten. Vorschlag: Die Holländer erhöhen die Deiche, die Deutschen senken den Meeresspiegel ab. Wir schaffen das. Dann wird vermutlich COP 52 ein voller Erfolg.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Dezember 2023:

>>**Asozial: Ampel haut die CO2-Steuer hoch**

Von *Sven Reuth*

Bibbern und Frieren im Pleite-Staat: Die Ampel löst ihre Haushaltskrise auf dem Rücken der Bürger. Benzin und Heizen werden wegen der außerplanmäßigen Erhöhung der CO2-Steuer teurer. Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO2" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.

Selbst die aktuelle Haushaltskrise wird zum rigiden Ausbau der Öko-Diktatur genutzt. Wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) heute gemeinsam mit Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Wirtschaftsminister Robert Habeck verkündete, wird das milliarden schwere Haushaltsloch über eine außerplanmäßige Erhöhung der CO2-Steuer gestopft. Tanken und Heizen werden damit schon zum Jahreswechsel teurer. Die CO2-Steuer steigt zum 1. Januar 2024 nicht wie bisher geplant auf 40 Euro pro Tonne - sondern auf 45 Euro. 2025 steht dann gleich die nächste kräftige Erhöhung auf 55 Euro an.

Politik gegen die Einkommensschwachen

Damit richtet sich die heute von Kanzler Scholz verkündete Lösung der Haushaltskrise wieder einmal gegen Wählerschichten, die früher einmal das Kernklientel der SPD bildeten, nämlich abhängig Beschäftigte, die zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen, oder Mieter, die nicht so ohne weiteres ihre Stromkosten senken können.

Das alles interessiert die heutige SPD-Führung bekanntermaßen nicht einmal mehr die Bohne, diese hat sich nämlich schon längst dem ökokommunistischen Kurs der Grünen unterworfen. Gleiches gilt für die FDP unter Christian Lindner, die ihren Wählern eigentlich versprochen hatte, daß sie keinerlei Steuererhöhungen mittragen werde.

Die SPD scheint regelrecht stolz darauf zu sein, daß ihre Politik zur Verarmung des Volkes führt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dirk Wiese erklärte stolz in der Sendung Welt Talk:

"Das wird definitiv zu Auswirkungen an den Tankstellen führen."

Das "Klimageld", mit dem die geschröpften Bürger laut Aussagen von Grünen- und SPD-Politikern ursprünglich eine Kompensation erhalten sollten, läßt natürlich bis heute auf sich warten. Eine dreiste Wahlkampfplüge mehr, was sich die Wähler hoffentlich merken werden. Auch ein Klimageld ändert aber am bestehenden Grundproblem einer Besteuerung des privaten Ausstoßes von Kohlendioxid nichts, nämlich der sozialen Ungerechtigkeit, die die Einführung und permanente massive Erhöhung einer derartigen Abgabe mit sich bringt.

Frieren und Bibbern im Links-Staat

So sind Arbeitnehmer, die zu ihrem Arbeitsplatz pendeln müssen, die großen Verlierer der permanent erhöhten CO2-Steuer. Schlecht sieht es auch für Mieter aus, die in Häusern mit einer Ölheizung wohnen - und es sind eben nicht gerade die Betuchten, die in den älteren Häusern wohnen. Glück haben diejenigen, die sich eine Abmeldung ihres PKWs leisten können und in Häusern mit Wärmepumpen leben, was aber nur für eine kleine Minderheit gilt.

Wieder einmal nimmt die SPD-geführte Bundesregierung die einkommensschwächeren Schichten ins Visier, die jetzt schon einen großen Teil ihres Einkommens für Mobilität und

das Heizen ausgeben müssen. Die Phantasie der etablierten Politiker bei der Ausgestaltung der kommenden Ökodiktatur scheint geradezu grenzenlos zu sein. Klar ist derzeit vor allem eines: Es wird mit voller Wucht auf die kleinen Leute eingepöbeln werden, die jetzt schon Probleme dabei haben, jeden Monat über die Runden zu kommen.

Plastik- und Kerosinsteuer

Weiter will die Ampel eine Kerosinsteuer auf innerdeutsche Flüge sowie eine Plastiksteuer erheben. Die Kerosinsteuer dürfte - was die CO₂-Bilanz betrifft - wirkungslos verpuffen, da der gesamte europäische Flugverkehr ohnehin schon dem Emissionshandel unterliegt. Es läßt natürlich tief blicken, daß die Ampel-Versager nicht einmal auf die Idee gekommen sind, Einsparungen am Bürgergeld, das in Wahrheit ein leistungsloses Migranten-Grundeinkommen ist, vorzunehmen. Die Deutschen sollten sich schnellstmöglich die Italiener zum Vorbild nehmen, die Anfang der 90er Jahre die etablierten Parteien komplett abgewählt haben.

Jetzt ist es höchste Zeit, mit einem der größten Schwindel-Narrative aufzuräumen: dem von dem "Klimakiller" Kohlendioxid. In seinem Werk "Freispruch für CO₂" zeigt Meteorologe Wolfgang Thüne mit einer klaren naturwissenschaftlichen Beweisführung, warum das nicht stimmt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 13. Dezember 2023 (x1.345/...):

>>Ampel schließt Haushaltsloch mit Abgaben-Erhöhung - Tanken und Heizen wird deutlich teurer

Die Bundesregierung hat am Mittwochmittag verkündet, wie das Haushaltsloch geschlossen werden soll. Neben viel Verschleierung bleibt vor allem: Der CO₂-Preis steigt erheblich, die Schuldenbremse soll ausgesetzt werden. Gleichzeitig ist das nächste Haushaltsloch schon programmiert.

Die Ampel-Spitzen aus Scholz, Habeck und Lindner hat am Mittwochmittag bekannt gegeben, wie man das Haushaltsloch für das Jahr 2024 schließen will, das durch das Bundesverfassungsgerichts-Urteil zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) vor vier Wochen entstanden ist. Die Lösung ist eine Mischung aus geringfügigen Einsparungen, weiterem Aussetzen der Schuldenbremse und Abgaben-Erhöhung für die Bürger.

Mittel von 45 Milliarden Euro sollen über die nächsten Jahre im Klima- und Transformationsfonds eingespart werden - allerdings sollen wesentliche Teile dabei lediglich aus dem Fonds in den regulären Haushalt umgeschichtet werden. Wie viel also faktisch eingespart wird, bleibt unklar. Habeck sprach von Einsparungen einiger Förderungen der Solarindustrie.

Versteckt als "Rückkehr zum CO₂-Pfad der Großen Koalition" wird das Loch aber auch durch wesentliche Zusatzbelastung der Bürger geschlossen - damit ist nämlich die Erhöhung des CO₂-Preises etwa für Benzin und Heizen gemeint. Eigentlich wollte die Ampel den CO₂-Preis lediglich um 5 Euro pro Tonne CO₂ im Jahr 2024 erhöhen. Der GroKo-Plan sah eine Erhöhung für 2024 von 30 auf 45 Euro vor - das wäre eine Erhöhung um 15 Euro.

Eigentlich hatte die Ampel hier weniger als die Große Koalition veranschlagt - weil die Belastungen für Klimaschutzmaßnahmen aber andere Stelle ganz wesentlich erhöht wurden. Nach dem ursprünglichen Plan der Ampel rechnete man bereits mit Mehreinnahmen von über 10 Milliarden für das Jahr 2024 - es geht also um Mehrbelastungen für die Bürger im relevanten Milliardenbereich.

Eine Einsparung bei Bürgergeld und Sozialleistungen gibt es nicht - auch wenn die Ausgaben hier zuletzt immer mehr aus dem Ruder liefen. Zusätzlich stellt Deutschland acht Milliarden für die Ukraine-Hilfe zur Verfügung, Scholz kündigte aber bereits an, diese bei Bedarf zu erhöhen. Diese Erhöhung scheint allerdings nahezu programmiert - einerseits durch deutliche Verschlechterung der Lage an der Front, andererseits durch eine sich abzeichnende drastische Reduzierung der Hilfe aus den USA. Das wäre das nächste Haushaltsloch.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 15. Dezember 2023:

>>**Habeck träumt: Gewinnverzicht der Plastikhersteller**

Von *Karel Meissner*

Robert Habecks Wirtschaftsministerium hat eine Spitzen-Idee: Hersteller sollen die neue Steuer für Plastikverpackung nicht an Endverbraucher weitergeben - sondern stattdessen auf Gewinn verzichten... Klimaterror findet nicht nur auf der Straße statt. Er sitzt in der Regierung.

Wirtschaftsminister Robert Habeck könnte als Erfinder der dadaistischen Ökonomie in die Geschichtsbücher eingehen. Bereits seine revolutionäre Forderung, "daß bestimmte Bereiche erstmal aufhören zu produzieren" ohne deshalb in Insolvenz zu gehen, war von einer Parodie nicht unterscheidbar.

Jetzt löste Habecks Ministerium ein weiteres Wirtschaftsproblem - in ähnlicher Form. Die Frage lautet: Wie läßt es sich verhindern, daß Betriebe die erhöhten Steuern für 2024 an den Endverbraucher weitergeben? Das hätte nämlich zur Folge, daß Waren sich weiter verteuerten und für viele Menschen unbezahlbar würden. Ein Problem, das beispielsweise aus der geplanten Steuer für Plastik-Verpackungen resultiert.

Habecks Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz präsentierte vorgestern auf X einen großartigen Lösungsvorschlag: "Oder die Plastikhersteller verringern ihre Gewinne und gleichen so die neue Abgabe aus. Steuern oder Abgaben werden nicht zwingend 1:1 weitergegeben."

Ein Menschenbild wie aus dem Märchenbuch: Die Hersteller verzichten wegen erhöhter Abgaben (zur Stopfung des Ampel-Haushaltslochs) freiwillig auf Gewinn. Altruismus zum Wohl der Regierung.

Eine X-Userin antwortete: "Ja, das ist sehr realistisch. Ungefähr genauso realistisch, wie die Annahme, daß wir Spediteure nun die bis zu 80 % erhöhte Maut auf unsere eigene Kappe nehmen und nicht an den Endverbraucher weitergeben."

Aber der Märchenonkel besitzt nicht nur ein naives Menschenbild, sondern läßt auch die Frage offen, wie eine Wirtschaft sich bei Kürzung der Gewinne aus ihrer Krise erholen soll. So fragt eine Userin: "Kurze Frage, wer zahlt dann die höheren Löhne von welchem Geld? Oder hören die auf zu produzieren wenn kein Geld mehr für Rohstoffe und neue Maschinen da ist?" Genau, einfach mal aufhören zu produzieren. Man muß deshalb ja nicht gleich in Insolvenz gehen.

Lassen Sie sich nicht mehr länger auf den Arm nehmen und steigen Sie aus der Klimalügen-Gesellschaft aus!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 15. Dezember 2023 (x1.344/...): >>**Plastiksteuer, CO2-Abgabe, teure Energie: Wir zahlen nicht mehr für Euer Versagen!**

Mit großem Bohei haben Kanzler Scholz und seine Minister Habeck und Lindner jetzt einen "Kompromiß" zum Stopfen ihrer selbstverschuldeten Haushaltslöcher vorgestellt: Die Bürger sollen für das Versagen der Ampel bezahlen, und zwar in Form einer neuen Plastiksteuer sowie noch mehr Abgaben auf Kraft- und Heizstoffe. Von wegen "zähe Verhandlungen": Wenn es darum geht, den Bürgern den letzten Euro abzupressen, sind sich SPD, FDP und Grüne immer ganz schnell einig. Wir haben mit dem AfD-Bundessprecher und Fraktionschef Tino Chrupalla darüber gesprochen, warum das Gebaren der Ampelregierung nicht nur unmoralisch, sondern auch noch verfassungswidrig ist.

Und: Einmal hat das Bundesverfassungsgericht der desolaten Haushaltsplanung der Scholztruppe in Berlin den Riegel vorgeschoben, in anderen Punkten wurde die Regierung aber wiederholt in ihrem Treiben bestätigt. Man denke nur an die grundgesetzwidrigen Freiheitsbeschränkungen der Corona-Jahre, für die Ex-Kanzlerin Merkel Rückendeckung aus Karlsruhe

erhielt. Mit unserem stellvertretenden Bundessprecher und Rechtsexperten Stephan Brandner erörtern wir, warum die Dritte Gewalt in Deutschland längst nicht so unabhängig agiert, wie es die Demokratie eigentlich gebietet.

Außerdem: Mit dem Winter steigt auch der Strom- und Wärmebedarf in den Haushalten. Man könnte ganz leicht den Bedarf für die Bürger decken, indem die Kernkraftwerke wieder ans Netz gebracht werden - doch das wird aus ideologischen Gründen von den Ampelparteien verhindert. In anderen Europäischen Ländern sieht das anders aus: Dort wird die Kernenergie-Nutzung sogar ausgebaut - und Strom nach Deutschland verkauft. ...<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27690"](http://www.klagemauer.tv/27690) berichtete am 15. Dezember 2023 ([x1.343/...](#)): >>**Weltklimakonferenz: Klimawahn mit Fakten widerlegt - Interview mit Prof. Dr. Kutschera**

Sehen Sie anlässlich der 28. Weltklimakonferenz in Dubai ein Interview mit Prof. Dr. Kutschera. Erfahren Sie von einem Evolutionsbiologen Fakten über CO und die Erderwärmung und entscheiden Sie selbst, ob es einen Grund für die derzeitige Klimahysterie gibt.

In einem Gespräch zwischen Kla.TV und dem Evolutionsbiologen Prof. Dr. Ulrich Kutschera, der in Deutschland und in den USA als aktiver Forscher, Buchautor und Musiker arbeitet, wurde das Thema "Corona-Wahn" diskutiert. Heute wollen wir das aktuelle Thema "Weltklimakonferenz und Kohlendioxid-Phobie - Erderwärmung oder globale Abkühlung" besprechen.

Kla.TV: Herr Professor Kutschera, Ihr aktuelles Buch trägt den Titel: "Der Corona-Wahn. Von der Virus-Angst zurück zur Klima-Hysterie". Was haben Coronaviren mit dem Klima zu tun?

Prof. Kutschera: Ja, das wird man sich fragen. Da muß ich halt ein weiteres Mal auf meine eigene wissenschaftliche Tätigkeit zurückkommen. Wir hatten ja schon dargelegt, daß ich mich seit 45 Jahren mit Sexualbiologie, Evolution von Egel und (deren) Verwandten beschäftige. Da im Zusammenhang auch wieder mit Krankheitsübertragung durch medizinische Blutegel. Dann wieder in dem Zusammenhang mit Bakterien. Und dort dann wieder Bakterien, die auf Pflanzen wachsen. Ich bin also der stolze Entdecker und Beschreiber von zwei Methylobacterium-Arten (langsam wachsende, aerobe, (meist) oxidasepositive, gramnegative Bakterien). Das habe ich schon mal gezeigt.

Das sind also Spezies, die wir in meinem Labor entdeckt und beschrieben haben. Und wenn sie mit Pflanzen arbeiten, wir arbeiten also mit Tieren, Bakterien, Schleimpilzen, Myxomyzeten (echte oder plasmodiale Schleimpilze bezeichnet) und mit Pflanzen. Wenn sie mit Pflanzen arbeiten, sind sie natürlich sofort bei der Photosynthese. Zu dem Thema Photosynthese, vor allem CO- Kreislauf. Dann aber auch wieder die Zellatmung bei Pflanzen. Stichwort Metabolic Scaling, also die Theorie, daß die Körpermasse von Tieren und Pflanzen mit der Stoffwechselaktivität korreliert.

Das sind alles Gebiete, zu denen ich viele, viele Publikationen beigetragen habe, also hunderte von Publikationen sind es inzwischen. Und wenn man eben eine Sache eigenhändig erforscht und auch die Methoden kennt, dann maßt man sich halt an, wie ich es jetzt halt tue, auch darüber zu reden und auch mal Kritik zu üben. Denn es sollte natürlich schon alles vor einem entsprechenden Hintergrund sein.

Ich möchte vielleicht, wenn irgendwelche Kritiker dasitzen, auf Folgendes hinweisen. Das ist auch schon wieder länger her, 2007. Da hatte ich ein ganz, ganz spektakuläres Erstautor-Klimawandel-Paper. Da ging es um das Aussterben einer ganz, ganz, ganz seltenen Egelart, die wir auch erforscht haben im Zusammenhang mit der real stattfindenden geringen Erwärmung nach dem Ende der kleinen Eiszeit. Ich habe es selber original dazu publiziert.

Und das ist relativ neu hier. Ich war also erst kürzlich eingeladen auf einer großen Klimakonferenz und hab da über den Zusammenhang zwischen globaler Photosynthese und Kohlen-

stoff, also CO-Kreislauf, referiert. Also auch ein Gebiet, auf dem ich auch durch Originalforschungsarbeiten qualifiziert bin. Was hat das mit Corona zu tun? Ja gut, intellektuell natürlich, ganz klar. Der Begriff Wahn, nach Carl Jaspers, als Fehlbeurteilung der Realität.

Ich habe hinter mir jetzt ein schönes Bild. (Totenkopf) Das wurde also während der Pest-Pandemie, die es wirklich gab, verteilt. Also das ist praktisch so ein Totenkopf. Vorsicht, wenn ihr euch mit Pest-Mikroben infiziert, dann kann es tödlich ausgehen. Und wenn man eben jetzt eine Corona-Viren-Pandemie ohne Übersterblichkeit weltweit verbreitet, sogar in den großen Fachzeitschriften als Pandemie bezeichnet, dann muß ich das einfach mit der Klimawandel-Hysterie letztlich in einen Topf werfen. Und das ist im Grunde dann die Erklärung, was es miteinander zu tun hat.

Kla.TV: Auf dem Buchcover ist unter der Corona-Teufelsfratze mit Testkit, Ekemaske und Spritze, so ein langer Farbstreifen mit Jahreszahlen abgebildet. Sommertemperaturen Europa, Rot-Blau, warm-kalt. Bitte erläutern Sie uns das doch ganz kurz.

Prof. Kutschera: Ja gut, Sie wissen alle, daß in der sogenannten Klimawandel-Szene - leider auch bei Wikipedia (hab ich heute nochmal überprüft) - immer nur die real meßbare geringe Zunahme der mittleren Erdtemperatur seit 1850, also im Grunde Beginn der industriellen Revolution, dargestellt ist.

Und es wurde in der Tat um etwa 1 Grad Celsius wärmer. Das ist aber überhaupt nicht verwunderlich, denn die sogenannte kleine Eiszeit, da hatten wir ja 1 Grad Celsius kälter verglichen mit dem Referenzwert von 1960. Es wird aber völlig ignoriert, daß es zuvor, ich habe es bis zum Jahr 800 dargestellt, immer wieder Warm- und Kaltzeiten gab und da war der CO-Level bei 280 ppm, werden wir noch vertiefend besprechen, gefährlich niedrig, bezogen auf die Photosynthese der Pflanzen.

Also eigentlich widerlegt das auf dem Farbcover dargestellte Bild, daß es also im Jahr 900 zum Beispiel eine Warmzeit gab, die war etwas wärmer als heute. CO- Level war gering, die menschliche Population war minimal, es gab keine Fabriken. Das widerlegt eigentlich schon die ganze, ich sage jetzt mal die Klimahysterie, ich kann es nicht anders ausdrücken.

Kla.TV: In dem Buchtext gehen Sie auf die Klimaschutzorganisationen, wie "Fridays for Future" ein, mit negativen Kommentaren. Ist Klimaschutz nicht irgendwie doch was Wichtiges und Gutes?

Prof. Kutschera: Also ich muß dazu sagen, ich bin seit meiner frühen Jugend ein aktiver Umweltschützer. Wir haben zum Beispiel im Zusammenhang mit der geringfügigen Erderwärmung ja diese Cover Story (zeigt die Zeitschrift "Naturwissenschaften") gehabt. Das ging durch die ganze wissenschaftliche Welt damals, 2007. Und dieses Würmchen, was wir da abgebildet haben, das ist also eine extrem seltene Egelart. Ich habe ja 15 Arten entdeckt und beschrieben, gerade vor ein paar Wochen wieder eine wichtige kalifornische Spezies in den Druck gebracht und ich bin also der Letzte, der nicht Umweltschutz ernst nehmen würde, sehr ernst nehmen würde.

Die Biodiversitätsforschung, die ich selber betreibe, auf dem Level der PCR-generierten Sequenzen. Diese Forschung, die ich da betreibe, ist natürlich nur möglich, wenn es Biodiversität gibt. Und wenn wir die Umwelt verdrecken und versauen, wie es ja passiert ist, zum Beispiel im Zusammenhang mit diesen Sachen hier, das halte ich mal in die Kamera (Masken...), der größte Umweltskandal seit dem Zweiten Weltkrieg war der Corona-Wahn. Wenn wir eben die Umwelt versauen, dann gibt es keine Biodiversitätsforschung mehr.

Nun, jetzt kommen wir auf den Begriff Klima. Klima ist definiert als ein statistischer Wert, der das durchschnittliche Wetter der letzten 30 Jahre erfaßt. Klimafaktoren sind zum Beispiel natürlich die durchschnittliche Temperatur, also Durchschnittstemperatur, aber natürlich auch Luftfeuchtigkeit, Windgeschwindigkeit und andere Parameter. Das heißt, Klima ist eine statistische Größe. Und statistische Größen, die sich auf die Vergangenheit beziehen, kann man

weder retten, noch schützen. Das ist einfach nur "Balla Balla", so was, ja. Das ist so, wie wenn ich eine "nebenwirkungsfreie" Impfung an Kinder gebe.

Die Kinder sind viel gefährdeter durch Autounfälle oder durch Grippeviren - und die Nebenwirkungen verschweig. Das kann man einfach nicht hinnehmen, so was. Also Klima, der Begriff ist besetzt, denn der hat übrigens Alexander von Humboldt schon so definiert. Ich kann die Umwelt schützen und natürlich damit auch mögliche negative klimatische Veränderungen beeinflussen. Gar keine Frage! Aber das ganze Klimagehabe kann ich nur als pseudoreligiösen Kult ansehen. So sehr ich aber Umweltschutz und damit auch einen möglichen Schutz zukünftiger klimatischer Veränderungen befürworte. Das ist meine klare Antwort.

Kla.TV: Sie betonen, daß bei "Fridays for Future" und anderen Klimaschützern die Photosynthese der Pflanzen ignoriert und das Kohlendioxid als Schadstoff vorgeführt wird. Bitte erläutern Sie das mal.

Prof. Kutschera: Das ist halt einer der Gründe, warum kein vernünftiger Mensch, schon gar nicht, wenn er ein PhD Level Scientis (Wissenschaftler mit höchstem Doktorgrad) ist, das ernst nehmen kann. Also, wie gesagt, Umweltschutz absolut wichtig. Das Klima im Sinne zum Beispiel von Zunahme der Erdtemperatur, natürlich wird es wärmer, nach der letzten kleinen Eiszeit. Natürlich wollen wir nicht irgendwie, daß sich das negativ auf die Biosphäre auswirkt. Will ich auch nicht. Ich bin ein Naturschützer. Das Problem ist eben, daß der Begriff Photosynthese in dieser Gedankenwelt, die letztendlich nach Carl Jaspers wieder als Fehlbeurteilung der Realität zu bewerten ist.

Also als "Wahn" im Sinne von Jaspers, 1922, da hat er es definiert. Das ist natürlich auch wieder irgendwo, ... da stimmt irgendwas nicht. Also ich möchte mal kurz erläutern, wie man Photosynthese mißt. Die Geräte habe ich in Kalifornien stehen, die habe ich nicht hier. Bin im Moment in Deutschland. Also, wir haben hier zum Beispiel eine Erle. Da sehen Sie das erste ganz Wichtige. Jede Pflanze, jeder Mensch, auch die Bakterien, werden natürlich von Schadorganismen attackiert. Bakterien werden klein gehalten durch Viren, das sind Bakteriophagen (verschiedene Gruppen von Viren, die auf Bakterien als Wirtszellen spezialisiert sind).

Und gerade bei Erlen kann man also pilzliche und auch zum Teil durch Schadinsekten verursachte Krankheitssymptome sehen. Geht noch weiter, Erlen sind derzeit über eine Phytophthora-Infektion sogar bedroht. Was ist Phytophthora? Das ist der Erreger der Kartoffelfäule, das ist aber kein Pilz, das sind spezielle Mikroben, die ursprünglich mal aus dem Ozean gestammt haben. Das haben wir über molekulare Gensequenzen herausgekriegt. Also alle Lebewesen sind von Viren, Bakterien, Mikroben, Schadorganismen wie Insekten bedroht. Es gehört einfach dazu. Wenn wir jetzt ein knackiges, frisches Blatt nehmen. Die Photosynthese mißt man mit der sogenannten Blattkammer-Technik.

Das sind also Blattkammern. Ich erläutere das mal. Dann wird eine definierte Lichtintensität draufgegeben. Und dann wird Kohlendioxid - jetzt machen wir das Licht an - Kohlendioxid wird durch die Blattkammer, also Luft wird durch die Blattkammer gejagt, sag ich mal, ein bestimmter CO - Level wird hier rein gegeben und in der Atemluft gemessen. Und die Differenz ist im Licht die CO - Absorption bezogen auf die Blattfläche, bezogen auf die Lichtintensität, die messen wir wieder als Photonenfluß (Photonen sind Lichtteilchen).

Im Dunkeln, also wenn wir das jetzt ganz abdunkeln würden, ganz dunkel hier, da atmen die Pflanzen, da geben die Pflanzen Kohlendioxid ab. Im Licht nehmen die Pflanzen über Diffusionsprozesse Kohlendioxid auf, über die Stomata. Photosynthese ist äußerst komplex. Es entstehen als Produkte Saccharose, Rohrzucker, der wird abtransportiert und Stärke und viele, viele andere Kohlenhydrate. Das ist die Primär- oder Ur-Nahrung. Und dieses CO-Absorptionsvermögen, diese oxygene Photosynthese gleichzeitig auch sauerstofffrei, das existiert in dieser irren Welt nicht.

Das Wort kommt nirgends vor. Ich kann Ihnen sagen, ich habe hier zum Beispiel (man kann

sich manchmal ja noch totlachen) die Leute faseln - das war jetzt im "Handelsblatt" - von einer CO-freien Luft. Wenn sie das CO der Luft, die Luft CO-frei machen, sind wir alle tot. Weil die Pflanzen nicht mehr assimilieren können, weil es keine Primärnahrung mehr gibt, weil die Tiere nichts mehr zu fressen haben und die Menschen nichts mehr zu essen haben. Also das ist eine Ideologie. Ich frage mich wirklich, was ist denn da los in den Köpfen? Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht erklären.

Kla.TV: Sie haben ja auch Stanford-Forschungsarbeiten zur globalen Begrünung publiziert. Ist das CO denn somit ein Segen für die Menschheit?

Prof. Kutschera: Also, das ist eine ganz, ganz interessante, spannende Frage. Ein paar Informationen noch, schauen Sie. Was sind Treibhausgase? Treibhausgase sind Moleküle in der Luft, die aus drei Atomen bestimmen. Wie HO, also Wasserdampf, den geben ja die Blätter über die Stomata ab, also HO, oder auch CO-Kohlendioxid. Die absorbieren Infrarotlicht. So kann man ja auch die Photosynthese messen, indem man mit Infrarot-Gasanalytoren letztlich die CO-Absorption bestimmt. Also Photosynthese-Messung im Sinne von Blattkammer-Technik, die ich in den USA verwende, funktioniert über Detektieren von Kohlendioxid über die Infrarot-Absorption.

Also ist Wasserdampf und Kohlendioxid (es gibt natürlich noch andere, wie zum Beispiel Ozon) natürlich ein Treibhausgas. Und der Treibhauseffekt, das heißt eine geringfügige Erwärmung durch diese Infrarot-Absorption, den gibt es natürlich. Ich bin also kein Klimaleugner, Klima ändert sich. Ich bin auch kein Corona-Leugner - Corona würde nicht existieren - hab die in dem Buch ja abgebildet und bin natürlich auch niemand, der zum Beispiel die Bedeutung der Treibhausgase leugnen würde. Es kommt aber der entscheidende Punkt. Wir hatten bis zu etwa 1850 grob gemessen 280 ppm CO, das sind 0,028 Volumenprozent. Also mini, mini, mini, wenig, ein Spurengas.

Das CO hat inzwischen zugenommen auf etwa 420 Parts per Million ppm, das sind etwa 0,042 CO. Also Volumenprozent CO. Die Ausatemluft enthält 100mal mehr Kohlendioxid. Deshalb, wenn Sie Pflanzen anhauchen, mit Pflanzen sprechen, wenn ich die Pflanze anhauche, dann assimiliert die besser. Man kann also Pflanzen düngen, indem man sie mit CO begast. So funktioniert die gesamte Gewächshauskultur. Man muß das Kohlendioxid also nicht als Teufel in die Erde pumpen, sondern man kann damit Pflanzenerträge schaffen.

Wir haben eine Forschungsarbeit hier in meinem Bereich, wo auch der Herr Enes dabei ganz entscheidend mitgearbeitet hat, das war publiziert. Wir konnten zeigen, daß die Ausatemluft des Menschen die Pflanzen an die Decke schießen läßt. Pflanzen haben Kohlendioxid-Hunger, sie brauchen CO und der Level von 280 ppm, der war gefährlich niedrig, weil Pflanzen nämlich bei 150 ppm in die Knie gehen. Das sind harte Fakten, die können Sie nachlesen. Ich habe neben dem Corona-Buch auch ein 700 Seiten Lehrbuch "Physiologie der Pflanzen" publiziert, da haben Sie das alles sehr, sehr, sehr ausführlich drin, allerdings eher für Fachleute.

Kla.TV: Stichwort Dekarbonisierung beziehungsweise Kohlendioxid reduzierte Luft, auch Klimaneutralität genannt: Wie bewerten Sie das?

Prof. Kutschera: Wie überall, schauen Sie: Plus-Minus. Im Moment haben wir eine Situation, global, wo das CO ansteigt, aber ein positiver Effekt, die Globale Begrünung "Global Greening" stattfindet. In Stanford haben wir eine Forschungsarbeit publiziert, bin ich Erstautor in dem Fall sogar, da konnten wir zeigen, daß von 1850 bis 2020 die Netto-Primärproduktion über Photosynthese weltweit um 30 % angestiegen ist. Wir haben also eine globale Zunahme der Photosynthese, eine globale Begrünung, das kommt Menschen in Indien und China massiv zugute.

In diesen Ländern haben wir zum Teil Ertragssteigerungen in den letzten 30 Jahren etwa, die 20 bis 30 % betragen. Globale Begrünung. Jetzt müssen Sie sich aber überlegen, irgendwann mal ist natürlich die Photosynthese gesättigt. So daß wir also kurzfristig - wieder CO Dün-

gung - einen positiven Effekt haben, langfristig aber dann schon gucken müssen, daß wir die CO Emissionen reduzieren. Das ist die Situation. So bewerte ich die Situation.

Kla.TV: In Ihrem Buch auf Seite 49, da gibt es eine Grafik, die eine globale Abkühlung für die nächsten Jahre zeigt. Das steht natürlich im Widerspruch irgendwo zur Erderhitzungsthese in den Medien.

Prof. Kutschera: Ja, also die Situation stellt sich wie folgt dar: Die Frage lautet ja - jetzt gehen wir zu "Fridays for Future" und diese ganzen anderen, die da mitmachen - zurück. Die Frage lautet: Inwieweit ist der Anstieg im CO-Level, der gemessen ist und real stattfindet, von 280 auf 420, geht vielleicht runter auf 500, dann weiter. Inwieweit ist das Kohlendioxid als Treibhausgas wie der Wasserdampf aber eben weniger bedeutsam, inwieweit ist das kausal, also ursächlich verantwortlich für die geringe Erwärmung um etwa 1° C seit 1900? Das ist die Frage.

Und ich beantworte die Frage, jetzt wie folgt: Kohlendioxid ist ein Treibhausgas, keine Frage, wie Wasserdampf. Kohlendioxid erzeugt auch in ... geringem Maße Zunahme an Erderwärmung. Es sprechen aber viele, viele sehr gute Fakten dafür, daß der CO-Effekt auf die Temperatur-Zunahme schon lange gesättigt ist. Wir wissen ja gar nicht, es ist genug da, mehr bringt nicht mehr. Und dann kommt dazu, daß es keine durchgehende Korrelation, also zeitlichen Zusammenhang zwischen CO-Level und durchschnittlicher Erdtemperatur gibt. Den gibt es nicht, Sie können es ja auf dem Buchcover sehen.

Im Jahr 1000 war es wärmer als jetzt, CO war viel geringer. In den 60er, 70er Jahren hatten wir eine globale Abkühlung, führt mich jetzt zum Thema, globale Abkühlung. Ich habe das noch erlebt als Kind. CO ging hoch, CO geht hoch, CO geht runter. Deshalb zeigen ja auch diese Klimahysteriker, diese Klimawahnsinnigen immer nur ihre Farbskala ab 1850. Was vorher war, das darf nicht sein, darf nicht sein. Also es gibt keine durchgehend positive Korrelation zwischen CO-Level und der geringen Erwärmung der Erdatmosphäre.

Jetzt zur Abkühlung. Wir hatten in den 60er Jahren dieses Phänomen ... und jetzt gibt es eben sehr gute Studien zur Oberflächenwassertemperatur im Nordatlantik. Schauen Sie: Schon das Wort Weltklima ist verrückt, es gibt kein Weltklima, es gibt Klimazonen, es gibt kein Weltklima. Wenn es Weltklima gäbe, würden die Deutschen nicht an Weihnachten, wenn es kalt ist, in die Südsee fliegen wegen des anderen Klimas.

Und wenn Klimaschützer an Weihnachten das kalte Klima in Europa verlassen, um irgendwo anders sich zu erholen unter Erhöhung des CO-Levels, dann zeigt es einfach, wie verrückt das Ganze ist. Okay? (Sie) verlassen die Klimazone hier, gehen in eine wärmere Klimazone, reden aber von dem Weltklima, wo sollte das stecken? Das ist einfach verrückt. So sehe ich das.

Jetzt zur Abkühlung, um das jetzt ganz kurz abzuschließen. Wir hatten also (in den) 60er Jahren diese Abkühlung und jetzt zeigen eben diese Oberflächen-Wassermeßwerte - die sind sehr solide und gut -, daß es in diesem geringen Erwärmungstrend jetzt wieder eine Abkühlung gibt. Das heißt, die nächsten 20 Jahre werden mit Abkühlung verbunden sein, merkt man ja schon, diese kalten Winter, die wir in letzter Zeit hatten.

Also zum Beispiel im Frühjahr habe ich beim Suchen von Ringelwürmern riesige Probleme gehabt, ich habe nichts gefunden, weil es zu kalt war. Ich kann das als Biologe alles bestätigen. Das Oberflächenwasser hat sich jetzt von 16,0 Grad Celsius im Jahr 1900 auf 16,4 Grad Celsius 2020 erwärmt. Und wenn jetzt jemand von der Erdhitze spricht, dann würde ich die Person mal fragen: "Beweisen Sie doch mal, daß Sie mit 16,4 Grad kaltem Wasser Kaffee kochen können. Wenn Sie mit 16,4 Grad kaltem Wasser kochen, das ist die Hitze - die Hitze!, wenn Sie damit Kaffee kochen, haben Sie mich überzeugt. Okay?"

Kla.TV: Was halten Sie denn vom Weltklimarat IPCC (= Intergovernmental Panel on Climate Change - Zwischenstaatlicher Ausschuß für Klimaänderungen)? Ist diese Organisation neutral oder eher wie die WHO politisch gefärbt?

Prof. Kutschera: Da muß ich auf meine Stanford-Erfahrungen zurückgehen. Wir hatten also diese Globale Begrünung mit Kollegen von anderen kalifornischen Unis erforscht und wollten das bei "Nature" publizieren. Das hat zwei Jahre nicht funktioniert. Warum? Weil die Gutachter gesagt haben, das waren IPCC-Kollegen (die Gutachter), die haben gesagt: "Ja, hey, wenn diese Typen da in Stanford beweisen können, daß die Netto-Primärproduktion, also die Photosynthese global zugenommen hat, ist ja was Gutes. ..."

Das darf nicht sein. Das widerspricht dem Märchen vom menschengemachten Klimawandel und von dem bösen, bösen, schädlichen CO. Das hat zwei Jahre lang gedauert. Wir spielen ja den Klimawandelskeptikern in die Hände, wenn wir so was rausfinden. Da können Sie mal sehen, wie verrückt das ging. Das ist ähnlich analog dem Corona-Wahn, wo die Nebenwirkungen bis heute unter den Tisch gekehrt werden. Wo bis zum heutigen Tag die betrogenen, leidenden Menschen allein gelassen werden. Das ist genau das Gleiche. Und ich sage Ihnen noch was: Ich habe vor längerer Zeit mal gehört, daß ein Mädchen, ein zwölfjähriges Mädchen, kommt nach Hause, fängt an zu weinen, fragt die Mutter: "Was ist denn los?".

Da sagt sie: "Ja, unser Sozialkundelehrer hat uns erzählt, daß wir alle demnächst am Klimawandel sterben und verdursten werden." Ich meine, das ist doch völlig irre, so was. Das darf doch nicht sein, so was. Also der IPCC ist wie die WHO eine politische Organisation. Da wird ein Dogma des menschengemachten CO-vermittelten Klimawandels propagiert.

Man pickt sich die Studien raus, die passen. Schon allein das Bild, was ich auf dem Corona-Buch habe, das gibt es nicht. Das gibt es natürlich in der Literatur. Also das heißt, Temperaturänderungen vor 1850, die werden geleugnet. Die Korrelationen, die nicht passen, werden geleugnet. Und so wird eben da dieses Narrativ aufrechterhalten, wobei natürlich CO ein Treibhausgas ist, ganz klar.

Und wobei natürlich langfristig irgendwann mal wir schon über tolle Solartechnologie, vielleicht auch jetzt neue Atomkraftwerke, die eben weniger anfällig sind, eine Reduktion der anthropogenen Emissionen herbeiführen sollten. Weil natürlich langfristig die Photosynthese irgendwann gesättigt sein wird. Und dann wird es mit Sicherheit Effekte auf die Biosphäre geben, die wir nicht wollen. Aber im Moment, die nächsten 20 Jahre, haben wir noch schön Zeit. Da haben wir noch einen Düngungseffekt. Die Pflanzen danken es uns, indem sie mehr Photosynthese betreiben, dickere Kartoffeln produzieren.

Und in Indien und in China gibt es arme Menschen, die haben nichts zu essen. Die profitieren vom anthropogenen CO, weil dort die Flächenerträge um bis zu 20, bis auch lokal 35 Prozent gestiegen sind. Und all das, was ich Ihnen erzähle, können Sie in dem Buch nachlesen mit Quelle. Wird geleugnet, unter den Tisch gekehrt. So wie diese Impfschäden, die es bis heute nicht offiziell gibt. Das sind immer nur so Nebensachen. So ab und zu mal einer von 5.000 und so. Genau das Gleiche. Deshalb paßt der Corona-Wahn zur Klimawandel-Hysterie, meiner Meinung nach.

Kla.TV: Sie haben die Erklärung "There is no climate emergency" mit unterzeichnet - als deutscher Professor und US-Forscher. Gibt es keinen Klimanotstand, keine Kipp-Punkte?

Prof. Kutschera: Ja, das war vor einigen Jahren. Da hatte ich gerade das dicke Buch da für Ihre Pflanzen fertig. Da habe ich ein E-Mail bekommen von Kollegen. "There is no Climate Crisis", hat es geheißen damals. Das war also ein Zusammenschluß, inzwischen sind wir schon bald 1.000 Kollegen, von qualifizierten Biologen, Chemikern, vor allem Biologen, Chemiker, Physiker, darunter Superstars, wie der MIT (= Massachusetts Institute of Technology) - Professor Richard Lindzen zum Beispiel, einer der klügsten Menschen, die ich kenne.

Wir haben also damals, damals Fritz Vahrenholt (= deutscher Politiker, Chemiker, Buchautor, Manager), hier in Deutschland, haben die Fakten evaluiert und sind zur Schlußfolgerung gekommen: Ein Klimanotstand kann nicht postuliert werden. Es gibt Probleme, es gibt vor allem Umweltprobleme. Wir müssen auch ganz, ganz langfristig auf Solarenergie und vielleicht

auch Atomkraft, neue Generationen von Atomkraft zurück gehen, aber diese ganze - ich sage jetzt mal - Hysterie, die geschürt wird, vor allem die Angst, die man den Kindern vor allem macht, die ganze "Fridays for Future-Ideologie", das ist nicht haltbar, wenn man objektiv die Fakten evaluiert.

Also ich vertrete die These, ich bin ein Klimawandel-Realist, Realist. Den Klimawandel, im Wesentlichen gemessen als Temperaturzunahme, gibt es wirklich: Der ist im Wesentlichen natürlichen Ursprungs. Da müssen Sie bedenken: Natürlich den Effekt der wechselnden Sonnenaktivitäten, wird ignoriert vom IPCC oder kleingeredet. Da müssen Sie bedenken: Die Temperaturmessung, da können Sie sich doch totlachen. ...

Schauen Sie, wenn Sie außerhalb der Stadt wohnen, gehen Sie morgens in Ihr Auto, gucken Sie aufs Thermometer, dann fahren Sie in die Innenstadt, gucken Sie aufs Thermometer, dann werden Sie feststellen: "Huch, ein Grad wärmer." Der "Wärmeinsel-Effekt", jedes Lieschen Müller und Hänschen Meier kennt den "Wärmeinsel-Effekt", wenn man außerhalb der Stadt mißt und eine halbe Stunde später in der Stadt mißt und wenn er zurückfährt, haben Sie eine Temperaturdifferenz, die kann man messen, von einem Grad oder mehr.

Und dieser "Wärmeinsel-Effekt", der steckt wahrscheinlich hinter diesen übertriebenen postulierten Erderwärmungsdaten. Man hat also die Meßstationen gebaut, dann wurde das verstädtert, verstädtert, verstädtert. Jetzt sind die ehemals außerhalb liegenden Meßstationen in einer Wärmeinsel in der Stadt irgendwo.

Und wie gesagt, vor allem auch den Effekt, den die wechselnde Sonnenaktivität hat. Wenn man das alles berücksichtigt, dann verschwindet eben diese CO-Hypothese des anthropogenen Klimawandels, für die ja auch die Wirtschaft ruiniert werden soll, das wird ja alles ruiniert werden, dann verschwindet es eben in nichts. Ohne daß ich jetzt sagen würde, daß Kohlendioxid kein Treibhausgas ist, aber der Effekt wird maßlos übertrieben.

Kla.TV: Am 12. Dezember jetzt 2023 ging die 28. Weltklimakonferenz in Dubai zu Ende, wo wieder vom Erreichen des 1,5-Grad-Ziels und vom Klimaschutz durch Reduktion von CO-Emissionen geredet wurde, auch die Begriffe Energiewende, Klimakollaps, Erderhitzung sind immer wieder genannt. Ihr Kommentar als aktiver Evolutions- und Photosynthese-Forscher?

Prof. Kutschera: Ja gut, das ist halt Corona-Hysterie auf Klima übertragen. Also, schon der Begriff, schauen Sie, das 1,5-Grad-Ziel, das liest man ja überall, das war bei dem letzten IPPC-Meeting nur eine politische Fiktion. Es war nie gedacht - gibt es auch Quellen dazu, kann man ja alles mit Quellen belegen - es war nie gedacht, daß das real, indem man am Kohlendioxid, ... es gibt also (die Annahme:)

"Die Erde hat eine ganz große Schraube, das ist CO, und wenn man das CO hochdreht, wird es immer wärmer, immer wärmer, immer wärmer. Wenn man die Schraube runterdreht, dann hört es auf".

Das ist völlig naiv, das glauben die, das ist also so wie das Bild hier (Bild von Globus mit Thermometer im Mund). Die Erde hat Fieber! Jetzt tun sie doch mal mit 16,4 Grad kaltem Wasser Kaffee kochen, ich weiß nicht, wie das gehen soll. Nein, also, das hat leider politische Parolen vermischt mit durchaus zum Teil korrekten Dingen, es ist nicht alles falsch, was da steht.

Diese Vermischung aus Fake und Phantasie und rausgepickten Fakten ... - CO ist ja ein Treibhausgas, stimmt ja auch. Aber eben der Anstieg korreliert nicht mit der Temperaturzunahme, das ist das Problem. Dann kommt also ein Gebräu raus, mein Kommentar lautet einfach: Da wird wohl wieder Hysterie geschürt, Halbwahrheiten werden wieder kombiniert, denken Sie an das Wort Kipppunkt.

Gucken Sie sich die Skala auf dem Buchcover nochmal an, die Kipppunkte hat es ja dann früher schon mal gegeben, was war denn im Jahr 1.000? Da war es doch plötzlich ganz warm, da ist auch nichts gekippt, was soll denn da kippen? Da kippt nichts, das ist einfach ein Symbol,

man möchte den Leuten einfach Angst machen. Also ich bin halt ein Vertreter des Klimawandel-Realismus. Leute, lebt sparsam, lebt nachhaltig, fährt weniger Auto, fährt ein Fahrrad, dann bleibt ihr gesund, dann boostert ihr euer Immunsystem, ernährt euch gesund. Und dann haben wir doch schon die allermeisten Probleme gelöst. Ich bin also für Umweltschutz, aber gegen diese Klimahysterie.

Kla.TV: Herr Kutschera, jetzt hätte ich doch noch eben eine Frage, vielleicht können wir sie noch mit einbauen. Wo sehen Sie für sowohl Corona-Angstmache und auch Klimahysterie die wahren Treiber?

Prof. Kutschera: Also die wahren Treiber hinter der Corona-Hysterie oder dem Klimawandel waren - das können Sie austauschen, Hysterie und Wahn können Sie austauschen. Nein, also die wahren Treiber: Also ich bewerte das so, das sind letztlich knallharte finanzielle Interessen. Also irgendwelche, also Bill Gates zum Beispiel wurde ja immer reicher. Irgendwelche Firmen, Pharmaindustrie, superreiche Leute wie Bill Gates machen da einfach einen Riesengewinn. Das haben Sie ja bei dieser Impffreiheit gesehen und für Umweltschutz interessieren die sich einen Dreck, das ist denen komplett egal.

Und die Gesundheit interessiert sowieso keinen, Hauptsache sie sind gesund. Also es sind irgendwelche finanziellen Interessen. Mir tun einfach die Leute leid, vor allem die Kinder, die halt damit traktiert werden. Und ich betreibe meine durchaus aggressive, das ist ja auch meine Art, durchaus aggressiv, provokativ, ironische Aufklärungsagenda. Die betreibe ich halt vor allem auch, weil ich die Kinder vor diesem Irrsinn schützen will. Die Kinder sind unsere Zukunft und es ist überhaupt in keinster Weise so, daß irgendwie der Erdhitzetod kommt oder daß wir alle verdursten. Stellen Sie sich mal vor, im Februar, März hat der "Spiegel", das Intelligenzblatt der deutschen Lehrer, verkündet: - auf der Titelseite - "Es kommt eine Dürre". Da wurde also von Wassermangel im Herbst fantasiert.

Wir haben im Moment zu viel Wasser, die Bäche sind komplett überlaufen und also von Dürre und Wassermangel kann man überhaupt nicht reden. Wir haben ganz normale, im Moment ganz normale Dezember- oder November-Temperaturen von 0 Grad von 1 Grad, ich kann da nichts erkennen, was da irgendwie auf einen Kollaps hindeutet. Es sind also finanzielle Interessen. Und da muß sich einfach die Bevölkerung mal irgendwann von Leuten wie Ihnen und mir, von Kla.TV und vielen anderen, Herr Bhakdi gehört dazu, viele, viele andere mehr - die müssen sich einfach mal von Leuten, die ihre Birnen noch irgendwie klar haben, überzeugen lassen, anders geht es nicht. Also Aufklärungsarbeit ist da ganz, ganz wichtig.

Kla.TV: Ja, vielen Dank.

Prof. Kutschera: Also ich bedanke mich auch vielmals, daß Sie das mir ermöglicht haben, ich meine, ich bin ja auch froh, daß ich da mein Wissen irgendwie weiterbringen kann, dafür macht man es ja auch irgendwo.

Kla.TV: Vielen Dank, Professor Kutschera, wir bedanken uns nochmal für dieses Gespräch und Ihnen alles Gute. Vielen Dank.

Ulrich Kutschera (2023): Der Corona-Wahn - Von der Virus-Angst zurück zur Klimahysterie, 2. Auflage, Tredition-Verlag

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Dezember 2023:

>>Grüne: Anzeige gegen Traktor-Demo von Bauern

Von S. Hofer

Panik auf der grünen Titanic: Ein Traktorzug von 30 Bauern fuhr vor das Haus niedersächsische Agrarministerin, um gegen die Steuerhöhe zu protestieren. Die Ministerin will Anzeige erstatten. Grüne Destruktivität findet nicht nur bei den Klima-Klebern: Sie sitzt an der Regierung.

Wenn Linksextreme vor dem Haus eines Oppositionspolitikers demonstrieren, es besprühen, ihn anpöbeln, bedrohen und zusammenschlagen - alles kein Problem. "Mach doch nicht auf

Opferrolle!" - verspotten die Kriecher-Medien den Attackierten.

Aber wehe, es passiert umgekehrt. Selbst in harmlosester Form. Wehe, ein Traktorenzug von 30 Bauern, fährt friedlich vor das Haus der niedersächsische Agrarministerin Miriam Staudte (natürlich Grüne), um 15 Minuten lang gegen die Streichung von Steuervorteilen für Agrardiesel und gegen den Wegfall der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Zugmaschinen zu protestieren - ja, dann gerät die grüne Hipster-Aristokratie in Panik.

Dann droht Agrarministerin Staudte um staatlichen Beistand gegen die frechen Untertanen, die um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen: "Eine solche Aktion vor meinem Privathaus ist völlig inakzeptabel. Ich werde Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstatten, der Staatsschutz ist eingeschaltet."

Dabei möchte sie trotzdem als gute Demokratin gelten: "Es ist selbstverständlich legitim zu demonstrieren, auch mit Traktoren, aber nicht vor Privathäusern. Das bewerte ich als Versuch der Einschüchterung."

Klar, am liebsten wäre ihr wohl gewesen: Die Demo hätte am Wochenende vor ihrem Büro stattgefunden, während sie zu Hause ihren Luxus-Lifestyle gefrönt hätte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Dezember 2023: >>**Ampel-Verarsche komplett: Nach E-Auto-Käufern sind jetzt auch Hausbesitzer die Gelackmeierten!**

Es ist nicht mehr und nicht weniger als das Eingeständnis, daß der Energiewende-Irrsinn auf ganzer Linie gescheitert ist: Erst kassierte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") in einer Nacht- und Nebelaktion von gleich auf jetzt die staatliche Förderung beim Kauf von E-Autos ein, dann stoppte er heimlich still und leise praktisch die komplette Förderung für die energetische Sanierung von Häusern!

Während die Propaganda-Kapelle auf der Ampel-Titanic unverdrossen weiterspielt, sinkt die sogenannte Energiewende in den Fluten des de facto Staatsbankrotts schneller, als Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) seine Haushaltslöcher zählen kann.

Unter Hausbesitzern, Vermietern und Mietern wächst die Unsicherheit, wofür es überhaupt noch staatliche Förderung gibt. Kredite für Bauen und Wohnen wurden gestoppt, ebenso Zuschüsse für die Energieberatung.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle - kurz BAFA - bewilligt mit sofortiger Wirkung keine Anträge mehr zu verschiedenen Förderprogrammen, wie die Behörde mitteilte. Zuvor hatte bereits die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Stopp für einzelne Förderdarlehen verhängt. Hausbesitzer hängen jetzt mit ihren Planungen in der Luft, müssen fürchten, daß sie womöglich auf den Kosten komplett sitzen bleiben und in die Insolvenz gehen. Die Förderbank KfW nimmt für vier Wohn- und Bau-Förderprogramme keine Anträge mehr an.

Insgesamt sind neun Förderprogramme des Bundes bis auf weiteres ausgesetzt worden. Dazu gehört laut Medienberichten etwa die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW), die einen Anreiz für den Neubau von Wärmenetzen mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien liefern sollte. Außerdem auf Eis gelegt wurden u.a. die sogenannte Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz, das sogenannte Aufbauprogramm Wärmepumpe (BAW), die Förderung von stationären Kälte- und Klimaanlageanlagen sowie die Unterstützung bei Projekten zur Stromerzeugung aus Windenergie an Land.

Auch die sogenannte Energieberatung, ein zentrales Element bei Habecks Wärmepumpen-Murks, findet einstweilen nicht statt. "Energieberater" sollten schon mal einen Antrag auf "Bürgergeld" stellen! Hausbesitzer, die im guten Glauben auf die Ampel-Zusagen mit teuren Sanierungen angefangen haben, sollten sich darauf einstellen, daß sie demnächst pleite sein könnten oder vor halbfertigen Bauruinen stehen, in denen es durchs Dach regnet.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 19. Dezember 2023 (x1.344/...): >>>**Habecks Heiz-Wahnsinn kostet 30 Milliarden - nur für eine Stadt!**

Kurz vor dem Jahresende treten die wahren Dimensionen des Heizungs-Wahnsinns von Klimaminister Robert Habeck und seines Grünen-Clans offen zutage. Denn die erste deutsche Großstadt kann die Kosten im Rahmen ihrer Wärmeplanung nun schon ziemlich genau beziffern. In Leipzig würde die Umrüstung der Wärmeinfrastruktur bis in die Wohngebäude hinein unterm Strich 30 Milliarden Euro kosten. Umgerechnet auf die Leipziger Haushalte ergeben sich daraus Mehrkosten von bis zu 70.000 Euro! Weder Eigentümer noch Mieter könnten das schultern.

Viele Bundesbürger scheinen sich darüber überhaupt noch nicht im Klaren zu sein: Die Umstellung auf erneuerbare Energien - und die Strafzahlungen im fünfstelligen Bereich, falls man es nicht leisten kann - bedeuten, daß Eigentümer ihre Objekte verkaufen oder sich bis über beide Ohren verschulden müssen. Und daß Mieter mit Erhöhungen von 200 Euro und mehr pro Monat rechnen sollten. Wie in allen anderen Bereichen läuft es auf das Ende unseres Wohlstandes und auf Enteignungen hinaus. Und das nicht irgendwann, sondern ab dem kommenden Jahr!

Während die Ampelparteien genau das wollen und die scheinoppositionelle CDU/CSU nichts dagegen unternimmt, kann und wird allein die AfD das "Gebäudeenergiegesetz" rückgängig machen - und damit die sozialistischen Auswüchse der Ampelpolitik stoppen. Das Heizungs-gesetz - ersonnen von Habecks geschäftem Staatssekretär Patrick Graichen, der wegen Vetternwirtschafts-Vorwürfen gehen mußte - läuft jeglicher Vernunft zuwider. Es ist ein rein ideologisches Instrument, um jedes Wohneigentum platt zu machen. Deutschland muß sich besinnen, Deutschland muß sich dagegen wehren - und mit der AfD an der Regierung diesen Wahnsinn beenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. Dezember 2023: >>>**Nach der Weltklima-Party in Dubai: Immer mehr Menschen durchschauen den Klimaschwindel!**

Weltweit widersprechen immer mehr renommierte Wissenschaftler der Klima-Hysterie. Für die kürzlich zu Ende gegangene Weltklima-Party in Dubai war das allerdings kein Thema. Doch immer mehr Menschen durchschauen das Milliarden-Geschäft mit dem Klimaschwindel. Die Zeit der nicht hinterfragten und unwidersprochenen Narrative scheint endgültig vorbei zu sein - nicht zuletzt vor dem Hintergrund massiver Wohlstandsverluste vor allem in Deutschland als Folge des ökosozialistischen Klima-Wahns!

Zum Abschied lächelte der Sultan noch einmal gönnerhaft. Traurig nahm die rund 250 Köpfe zählende deutsche Mammut-Delegation der Klimaheuchler mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") an der Spitze Abschied von ihren klimatisierten Luxus-Unterkünften im Wüsten-Manhattan an der Golfküste. Außer Spesen nix gewesen? ...

Das Klima-Narrativ wackelt

Deutschland bibbert. Es ist, kaum zu glauben, Winter! Das vor allem von den Vereinten Nationen (UN) und hierzulande von "grünen" Ideologen sowie öffentlich-rechtlichen Berufshysterikern geschürte Narrativ von der angeblich menschengemachten Erderwärmung bekommt mit jeder klirrend kalten Nacht weitere Risse. Erst kürzlich haben zwei angesehene US-Klimaforscher den Klimaschwindel noch einmal eindrucksvoll entlarvt.

Cliff Mass, Professor für Atmosphärenwissenschaften an der University of Washington, sieht in den Panikmeldungen über den weltweit je gemessenen heißesten Juli 2023 laut der Zeitung "The Australian" eine "Übertreibung" und einen regelrechten "Hype um extreme Wetterbedingungen und Hitzewellen". Besonders erinnerte er daran, daß sich die Erde derzeit am Ende einer Kaltzeit befinde, die als "Kleine Eiszeit" bekannt ist. Die zentrale Phase dieser Kurzzeit-Epoche dauerte etwa von 1600 bis 1850.

Davor habe es in der Erdgeschichte immer wieder Warmphasen gegeben, wie etwa vor 1.000 Jahren während der mittelalterlichen Warmzeit, betonte Mass. In dieser Phase soll die durchschnittliche Erdtemperatur deutlich wärmer gewesen sein als heute.

Auf seiner Website faßte Mass Ende Juli zusammen, daß dieser Monat "keine extreme Hitze" hatte. Als Beleg führte er die Meßwerte von fünf Stationen in den USA auf. Die hohen Temperaturen im Juli seien dort eher durchschnittlich und weit unter den bisherigen Rekordwerten gewesen.

Viel heiße Luft um "heißesten Juli"

Ebenso widersprach John Christy, Professor für Atmosphärenwissenschaften an der University of Alabama, den angeblich neuen Höchstwerten. Diese seien nur "heiße Luft". Er betonte gegenüber der australischen Zeitung, daß er in diesem Sommer keine neuen Rekorde für die höchsten Temperaturen aller Zeiten an Langzeitwetterstationen gesehen habe. Seiner Ansicht nach halte weiterhin das Jahr 1936 den Rekord für die meisten Stationen mit den höchsten jemals gemessenen Temperaturen.

Verzerrte Meß-Ergebnisse

Generell sei es zudem aufgrund der zunehmenden Anzahl von Wetterstationen weltweit schwierig, historische Daten zu vergleichen. Einige Stationen sammeln laut Christy erst seit einigen Jahren Daten. Überdies habe die Urbanisierung dazu geführt, daß bestehende Wetterstationen aufgrund der höheren Temperaturen in Städten automatisch höhere Temperaturen aufzeichnen.

Eine in 2023 veröffentlichte Studie mit dem Titel "Corrupted Climate Stations: The Official US Surface Temperature Record Remains Fatally Flawed" kommt zu dem Ergebnis, daß etwa 96 Prozent der US-Temperaturstationen, die zur Messung des sogenannten Klimawandels verwendet werden, nicht den Anforderungen der "National Oceanic and Atmospheric Administration" (NOAA) entsprechen. Diese sehen Plazierungen vor, die keine verzerrten bzw. das Ergebnis in der Summe verfälschenden Messungen ermöglichen!

Um genaue Temperatur-Meßwerte auf der Grundlage der von der NOAA veröffentlichten Standards zu erstellen, sollten sich Thermometer an natürlichen, "unberührten" Orten wie Feldern, Wäldern oder Hügelkuppen befinden, heißt es in der Studie. Die Untersuchungen des Meteorologen Anthony Watts haben jedoch ergeben, daß mehr als 90 Prozent der Messungen an ungeeigneten Orten erfolgen.

96 Prozent der Thermometer befinden sich demnach auf Parkplätzen, auf Gebäuden, an Backsteinmauern oder in anderen künstlichen Umgebungen. Die in diesem Umfeld verwendeten Baumaterialien wie Ziegel und Asphalt würden künstlich Wärme speichern, was zu einer "Erwärmungsverzerrung" in den gesammelten Daten insgesamt führe. In der freien Natur aufgestellte Thermometer würden hingegen niedrigere Durchschnittstemperaturen registrieren.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 21. Dezember 2023: >>>**Die Zeichen stehen auf Sturm: Landwirte rufen zum "Generalstreik" gegen die Abriß-Ampel auf!**

"Die Ampel geht aus." Unter diesem Motto haben Bauernvertreter zum ersten Generalstreik seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland aufgerufen. Handwerker, Fleischer, Bäcker und Spediteure sollen sich dem für den 8. Januar geplanten Ausstand der Landwirte anschließen.

ES REICHT! Immer mehr Menschen, vor allem Mittelstand und Gewerbetreibende, haben auf gut Deutsch die Schnauze voll von der Anti-Deutschland-Ampel.

Sie wollen die ideologisch motivierte, von "Grünen" und SPD mit Duldung der FDP forcierte Wohlstandsvernichtung hierzulande nicht mehr widerstandslos hinnehmen. Die Bauernverbände haben für den 8. Januar offen zum "Generalstreik" aufgerufen - es wäre der erste politisch motivierte Streik in der Geschichte der Bundesrepublik (rechtlich problematisch). Denn: Der Protest soll sich nicht nur gegen einzelne Maßnahmen der Bundesregierung richten, sondern "gegen die Ampel an sich".

Konkrete Pläne gebe es zwar noch nicht, zitierte das "Bayreuther Tagblatt" Peter Schollbach aus dem Vorstand des Vereins "Landwirtschaft verbindet Deutschland". Aber die Wut bei den Bauern sei so groß, daß man selbst eine Friedensruhe über Weihnachten nicht garantieren könne. Im neuen Jahr passiere dann etwas, was in jedem Fall "im Sinne des Wortes Generalstreik" sei, so Schollbach.

Ein weiteres Vorstandsmitglied des Vereins "Landwirtschaft verbindet Deutschland" äußerte sich auf Anfrage ähnlich. "Das ist richtig", sagte Thomas Antony auf die Frage nach einem bevorstehenden Generalstreik. "Wenn die angesagten Kürzungen bis zum 8. Januar nicht zurückgenommen werden, schlagen wir ganz furchtbar auf. Wie es aussieht, kommen wir dann wieder nach Berlin - und bleiben dieses Mal auch da."

Telefon steht nicht still

Am Generalstreik würden sich auch Organisationen aus dem Transportbereich, Handwerkervereinigungen und Vertreter anderer Berufe beteiligen, hieß es.

Zu Ärzten, die mit der Politik von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) unzufrieden seien, bestünden ebenfalls Kontakte. Es gebe bereits feste Zusagen, der Protest werde "deutschlandweit" stattfinden.

Landwirt Antony: "Bei uns klingelt ständig das Telefon, weil kleinere bis größere Vereinigungen auch noch mitmachen wollen." Sie alle seien der Meinung, daß es nicht sein könne, "daß das arbeitende Volk immer zahlen soll und die Regierung das Geld mit beiden Händen rauschmeißt."

Auf Facebook bekannte zum Beispiel der Chef einer Firma aus Sachsen-Anhalt, er werde am 8. Januar "das Werkzeug ruhen lassen" und mit seinen Mitarbeitern zum Streik nach Berlin fahren. Er würde sich freuen, "wenn sich noch viele Handwerksbetriebe anschließen würden."

Als "Addnfahrer" ("Addn" sagt man im Tölzer Land zur Egge) hat Thomas Willibald in den vergangenen zwei Jahren einen raketenhaften Aufstieg in den sozialen Medien hingelegt.

Der aus Gaißach bei Bad Tölz (Oberbayern) stammende gelernte Schmied unterstützt in diesem viral gehenden Clip den Aufruf zum "Generalstreik". Sein das Herz zerreißender Appell an alle Patrioten: Steht auf Leute, bringen wir dieses kaputte Land wieder zum Lachen!<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/23 - 01/24" berichtete am 22. Dezember 2023 (x1.387/...): >>Ampel verteuert Agrardiesel und besteuert landwirtschaftliche

Fahrzeuge

Angriff auf unsere Bauern

Jörg Fischer

Die Ampel-Koalition hat endlich ihre erste vernünftige Entscheidung getroffen: Der unter Angela Merkel eingeführte "Umweltbonus" wurde am 17. Dezember abgeschafft. Autokäufer können seitdem nicht mehr 4.500 Euro abfassen, wenn sie sich für ein E-Mobil mit bis zu 40.000 Euro Nettokaufpreis entscheiden. Von Juni 2020 bis Ende 2022 gab es sogar 9.000 Euro "Innovationsprämie". Seit 2016 wurden so etwa zehn Milliarden Euro Steuergeld verschwendet, um 2,1 Millionen deutsche oder importierte E-Autos in der Zulassungsstatistik ausweisen zu können.

Doch die Pläne zur Lösung der selbstverschuldeten Haushaltsmisere der Bundesregierung haben auch dramatische Folgen:

Um 900 Millionen Euro Mehreinnahmen für angeblich unverzichtbare Klimaprojekte zu erzielen, sollen land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge besteuert und Agrardiesel um 21,48 Cent pro Liter verteuert werden - und das zusätzlich zu den steigenden Gas-, Heizöl- und Kraftstoffpreisen durch die jährlich angehobene "CO2-Bepreisung".

Die deutschen Bauern protestieren daher zu Recht gegen die Zusatzbelastungen. Für grünlaktierte Ökonomen ist das aber nur die überfällige Abschaffung einer Subvention. Doch das stimmt nicht. Die EU-Agrarbeihilfen sind Subventionen, für die die Steuerzahler seit Jahr-

zehnten aufkommen müssen, um die europäische Ernährungssicherheit zu gewährleisten sowie die Landwirtschaft im Binnenmarkt und angesichts des globalen Agrarhandels rentabel zu machen. Der bürokratisch verbilligte Agrardiesel und auch das angebliche "Dieselprivileg" für alle an der Tankstelle ist keine Subvention, sondern lediglich ein willkürlicher Preisunterschied.

Der wurde ab 1989 schrittweise von Schwarz-Gelb eingeführt, um die Staatseinnahmen zu steigern, indem die Mineralölsteuer für Benzin spürbar stärker anstieg als die für Diesel. Unbesteuert ist der teurer als Benzin, aber in vielen Ländern dennoch billiger als in Deutschland. In Kanada kostet der Liter derzeit umgerechnet 1,19 Euro, in Australien 1,10 Euro, in China, Japan und den USA 98 Cent und in Rußland 66 Cent. Selbst in der EU, wo eine Mindestbesteuerung gilt, gibt es in sechs Ländern Diesel unter 1,50 Euro. In Frankreich ist der Diesel zwar sieben Cent teurer als bei uns - aber nicht für Landwirte: Dafür verzichtet der Staat jährlich auf 1,4 Milliarden Euro Steuereinnahmen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/23 - 01/24" berichtete am 22. Dezember 2023 (x1.387/...): >>Wenn das alte Telefon qualmt

Selbst kleine Lithium-Ionen-Akkus können große Brände auslösen / Entsorger fordern Akku- und Batteriepfand

Paul Leonhard

Flugpassagiere kennen diesen Sicherheitshinweis: "Wenn Ihr Handy zu qualmen anfängt, informieren Sie umgehend einen Flugbegleiter." Denn ausgerechnet Samsungs neues Premiummodell Galaxy Note 7 machte vor sieben Jahren weltweit Schlagzeilen, weil dessen zu fest verbauter Lithium-Ionen-Akku mit einer Kapazität von 3.500 Milliamperestunden (mAh) zu Überhitzungen und Explosionen neigte.

Die US-Luftfahrtbehörde FAA untersagte daher die Note-7-Mitnahme. Laptops und Tablets, die ein Mehrfaches an Akku-Kapazität haben, dürfen nicht ins Aufgabepäck, denn die grobe Handhabung der Reisekoffer ist ein Sicherheitsrisiko für die druck- und temperaturempfindlichen Akkus.

Auch die Tiefentladung des Akkus kann eine Selbstentzündung verursachen, weil sie die Lithium-Ionen-Zellen schädigt. Apple verlangt von iPhone-Nutzern, die Geräte nur im Temperaturbereich von null bis 35 Grad Celsius (° C) zu nutzen. Ungenutzt sind zwischen -20 und 45 °C erlaubt. Außerhalb dieses Bereiches drohen Kettenreaktionen, Brand und Explosion. Und all das gilt auch für die kleinen Energiespeicher in leuchtenden Kinderschuh und Luftballons, "singenden" Grußkarten, elektrischen Zahnbürsten, Fernbedienungen oder E-Zigaretten, die leichtfertig entsorgt werden.

Tägliche Brände in Abfalltonen, Müllwagen und Sortieranlagen

Das ist keine Panikmache, wie die Aufklärungskampagne "Brennpunkt Batterie" des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE) zeigt. Die Verbraucher sollen sensibilisiert werden, Batterien und Akkus richtig zu entsorgen. Ziel ist es, viele Abfallbehälter mit roten Warntafeln auszustatten, um Fehlwürfe zu stoppen und auf die richtige Entsorgung von Batterien hinzuweisen. Versandhändler kennzeichnen ihre Pakete mit großer Akkufracht schon länger mit Warnstickern.

Bisher landen Akkus oder Geräte, mit denen sie fest verbunden sind, häufig im Gelben Sack oder in der Papiertonne. Auch eine einheitliche Kennzeichnung ist bisher nicht vorgeschrieben, obwohl diese von Entsorgungsverbänden seit längerem gefordert wird.

"In der Vergangenheit hatten wir schon drei bis vier Brände in Müllfahrzeugen, die zum Glück alle relativ glimpflich ausgegangen sind", erklärte Holger Kachel vom Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis im MDR. Die Sachschäden, die falsch entsorgte Batterien und Akkus verursachen, seien für die Mitarbeiter der Entsorgungswirtschaft potentiell lebensgefährlich, so der BDE. Bundesweit gebe es täglich bis zu 30 Brände in Recycling- und

Sortieranlagen, auf Betriebshöfen oder in Müllfahrzeugen - und das trotz hoher Investitionen in die Branderkennung und -bekämpfung.

Gefährlich wird es, wenn sich die Pole der Akkus berühren. Dann können sich diese selbst entzünden. Deswegen sollten die beiden Pole vor der Entsorgung abgeklebt werden und die Akkus oder kaputten Kinderspielzeuge im Handel oder bei Wertstoffhöfen abgegeben werden. Speziell die Brände in Dresden und Duisburg sowie weitere Brandfälle in Entsorgungsunternehmen führten im Juli zu einer Krisensitzung der vier Recyclingverbände BDE, BDSV, BVSE und VDM in Bergkamen, um eine gemeinsame Position zur anstehenden Novellierung des Elektrogerätegesetzes zu finden und Politik und Hersteller mit Blick auf die "unzähligen Brände zum Handeln zu zwingen".

Grundsätzlich können brennende Lithium-Ionen-Akkus kleinerer Geräte mit viel Wasser selbst gelöscht werden. Sicherer ist es aber, die Feuerwehr zu rufen. Nicht nur weil giftige Gase austreten, sondern auch weil das verwendete Löschwasser mit dem Alkalimetall Lithium reagiert, wie manche noch aus dem Chemieunterricht wissen.

Erschwerend kommt dazu, daß Akkus und Batterien auch nach längerer Zeit wieder Feuer fangen können. "In diesem Sommer verging kaum eine Woche ohne mehrere Großbrände bei Entsorgern, zumeist verursacht durch beschädigte Batterien", klagt BDE-Präsident Peter Kurth. "Ohne zusätzliche Präventionsmaßnahmen, die bereits in der Vorkette der Anlagen ansetzen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis solche Brände nicht nur Sachschäden verursachen", warnen die vier Verbände.

Ihr Fünf-Punkte-Maßnahmekatalog sieht eine verpflichtende Annahme von Elektroaltgeräten durch Fachpersonal und eine zielgerichtete Sortierung von batteriehaltigen und batteriefreien Altgeräten vor.

Gleichzeitig sollen die Übergabestellen durch eine "Erklärung der Batteriefreiheit" bestätigen, daß die mit Elektroaltgeräten der Sammelgruppen 2 (Bildschirmgeräte), 4 (Großgeräte) und 5 (Kleingeräte) befüllten Behälter frei von Batterien und batteriehaltigen Altgeräten sind. Gefordert wird weiterhin die Einführung einer Sammelgruppe für batteriehaltige Altgeräte. So könne die Brandgefahr durch Fehlwürfe deutlich reduziert werden. Auch vereinfache eine separate Sammelgruppe die logistische Handhabung durch die Entsorgungsträger und reduziere den Infrastrukturaufwand für die Erfassung von Elektroaltgeräten.

Die kommunale Erfassungsleistung sei durch die Hersteller zu finanzieren, empfehlen die Recyclingverbände: Um den organisatorischen Mehraufwand bei den Kommunen auszugleichen und dem Fachkräfte bzw. Personalmangel entgegenzutreten, werde die Schaffung eines finanziellen Anreizes durch die entsorgungspflichtigen Hersteller und Inverkehrbringer empfohlen, der Kommunen immer dann zur Verfügung gestellt wird, wenn diese nachweislich sicherstellen, daß keine batteriehaltigen Elektroaltgeräte in falsche Kanäle gelangen und die erfaßten Elektroaltgeräte nach den Vorgaben des ElektroG korrekt erfaßt wurden.

Nur: Es geht um jährlich über 850.000 Tonnen Elektroaltgeräte. Und die wenigsten davon sind noch "Made in EU" oder gar "Made in Germany".

Wiederverwertung leistet wichtigen Beitrag zur Rohstoffversorgung

"Der Trend ist eindeutig: Es kommen immer mehr Konsumgüter wie Unterhaltungselektronik, Werkzeug, Kleidung oder Möbel in den Handel, die mit Lithium-Ionen-Akkus bestückt sind, das bedeutet aber auch, daß die Brandgefahr immer weiter zunehmen wird", sagt BVSE-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock. "Es kann aber nicht sein, daß die Unternehmen, die diese Akkus in die Welt setzen, damit Geld verdienen und die Entsorgungsunternehmen die Brandrisiken schultern müssen." Privathaushalten würde es häufig an klaren Informationen fehlen, wie Altbatterien und Altgeräte entsorgt werden müssen.

Harsche Kritik gibt es daher an der deutschen Politik. "Es ist unverständlich, daß für eines der drängendsten Probleme der Recyclingwirtschaft kaum politische Impulse zu vernehmen sind",

heißt es von den Recyclingverbänden. Die derzeitige Situation widerspreche den Anforderungen der groß verkündeten Kreislaufwirtschaft. Die mangelhafte Sorgfalt steht auch im Widerspruch zu den Zielen des Critical Raw Materials Act der EU, der nicht nur die Rückgewinnung von Gold und Kupfer zum Inhalt hat. Wiederverwertung leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Rohstoffversorgung.

Da aber Aufklärung, rote Aufkleber und die verschärfte EU-Batterieverordnung sicher nicht alle Konsumenten erreichen und überzeugen werden, verlangt das Positionspapier auch ein Pfand für Akkus und Batterien. BDE-Chef Kurth schweben, je nach Größe, bis zu 50 Euro vor. Da die Bundesregierung das Positionspapier aber kaum beachtet hat, kam es im Oktober zu ersten Protesten der kommunalen und privaten Abfallentsorger im Berliner Regierungsviertel. Mit einem Lkw-Korso machten diese auf die Gefahr von Batteriebränden aufmerksam. Unterwegs waren beim "Protest der Müllwagen" natürlich nur Diesel-Lkws.

Kampagne der Entsorgungsbetriebe: www.bde.de/themen/brennpunkt-batterie<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 52/23 - 01/24" berichtete am 22. Dezember 2023 (x1.387/...): >>Wende beim Wolf

Ludger Bisping

Der Plan war ambitioniert: Das Bundeszentrum für Weidetiere und Wolf (BZWW) sollte alle Betroffenen an einen Tisch bringen und Wege der Koexistenz von Mensch, Nutztier und Beutegreifern ausloten.

Doch nun ist das Projekt gescheitert. Acht Verbände sind unter Protest aus dem Bündnis ausgestiegen: der Bauernverband, die Reiterliche Vereinigung, die Rinder- und Schweinehalter, die Schäfer und Ziegenzüchter, der Jagdverband und Jagdgenossenschaftsverein. Jäger und Tierhalter beklagen, daß sich Lösungsansätze stets in neuen Herdenschutzauflagen erschöpft hätten und eine Wolfsregulierung immer nur abgeblockt worden sei.

Sie nannten die Vorschläge von Umweltministerin Steffi Lemke "vollkommen unzureichend", warfen der Grünen-Politikerin vor, "Realitäten nicht anzuerkennen" und erklärten das erst 2021 gegründete BZWW wegen seiner einseitigen Ausrichtung für "entbehrlich".

Der bisher vorgeschriebene DNA-Nachweis vor dem genehmigungspflichtigen Abschluß soll entfallen.

Die Aufkündigung des Gremiums war nicht der einzige Protest. Bei der Umweltministerkonferenz in Münster demonstrierten Landjugendvertreter für die Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht. Die Internetseite Schermbeck-online.de zeigt eine aktuelle Karte mit Nutztierrißen durch Wölfe in Westfalen. Die Willkommenskultur für den Prädator ist völlig außer Kontrolle geraten. In den Nord- und Ostbundesländern ist es noch schlimmer.

Doch die grün dominierte Ministerrunde einigte sich nur auf einige Lockerungen im Wolfschutz. So sollen "verhaltensauffällige" Grauhunde nun leichter erlegt werden dürfen. Ein Isegrim gilt als verhaltensauffällig, wenn er effektive Herdenschutzmaßnahmen überwindet und Weidetiere reißt.

Dann soll für 21 Tage im Umkreis von einem Kilometer eine Abschlußgenehmigung unbürokratisch erteilt werden. Der bisher vorgeschriebene DNA-Nachweis soll entfallen. Mit diesem Wegfall der individualisierten Bestätigungspflicht fällt eine große Hürde zum praxistauglichen Bestandsmanagement. Landesminister und Bund streben zügig eine einheitliche Regelung an, die schon zur nächsten Weidesaison im kommenden Frühjahr in Kraft sein soll.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 2. Januar 2024 (x1.352/...):

>>**Das Versagen bei der Flut**

Deutschland steht unter Wasser. Während der Kanzler in die Flutgebiete fährt und betroffen guckt, andere dem Klimawandel die Schuld geben, deuten die Füllstände der Harz-Talsperren daraufhin, daß die Überflutungen teilweise auf Mißmanagement zurückzuführen sind.

Willi Weißfuß

Eine Recherche

Hochwasser sind ein verheerendes, aber leider kein seltenes Ereignis. So kam es im Dezember in vielen Gebieten Deutschlands aufgrund von anhaltenden Regenfällen zu Hochwassern und Überschwemmungen, die teilweise noch anhalten. Gerade Grünen-Politiker und Klimaaktivisten sehen als einzigen Grund für das Hochwasser durch Klimawandel ausgelösten Regen und suchen die Schuld bei den deutschen Kohlekraftwerken und Verbrennerautos.

Dabei deutet einiges darauf hin, daß auch menschliches Versagen diesmal eine entscheidende Rolle spielte. Denn sowohl die hohen Regenmengen im Jahr 2023 als auch die Pegelstände in den Flüssen und Talsperren sind länger bekannt gewesen. Beides wurde anscheinend ignoriert.

Regenjahr statt Dürrejahr

Ein Blick auf die offiziellen Wetterdaten des Deutschen Wetterdienstes zeigt, daß das Hochwasser mit Ansage kam. Denn 2023 war entgegen aller Behauptungen, die noch im Sommer aufgestellt wurden, kein Dürrejahr. Im Gegenteil: 2023 fielen 954 Liter Regen pro Quadratmeter. Damit lag die Niederschlagsmenge insgesamt 160 Liter pro Quadratmeter höher als in der Vergleichsperiode 1991-2020. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte fiel besonders viel Regen.

Allein im Oktober und November fielen zusammen 226 Liter pro Quadratmeter, im Dezember kamen weitere 114 Liter pro Quadratmeter hinzu. Dies zeigt, daß das Hochwasser nicht überraschend kam, sondern man spätestens Ende November hätte reagieren müssen, um durch ein gezieltes Wassermanagement in den Flüssen dem Hochwasser ein paar Wochen später zuvorzukommen.

Denn Flüsse sind in Deutschland hochreguliert und werden permanent überwacht. Mithilfe von Staustufen beziehungsweise Talsperren kann der Wasserpegel der Flüsse sehr gut reguliert werden. Nötig ist dies vor allem, um den Schiffsverkehr sicherzustellen und die Energie der Flüsse für die Wasserkraft nutzbar zu machen, aber auch zur Hochwasserregulierung. Apollo News hat Daten von Talsperren in Deutschland ausgewertet und teilweise ein problematisches Talsperren-Management festgestellt.

Überlauf mit Ansage

Exemplarisch für Mißmanagement stehen die Harz-Talsperren. Die insgesamt sechs Talsperren haben ein maximales Stauvolumen von 182 Millionen Kubikmetern und einen sich jährlich wiederholenden Füllstand-Zyklus. Um den März herum erreichen die Talsperren ihren höchsten Füllstand, mit rund 150 Millionen Kubikmetern.

Im dann kommenden Sommer geben die Talsperren mehr Wasser ab, als sie aufnehmen und reduzieren ihren Füllstand auf 80 bis 60 Millionen Kubikmeter, um dann in den Wintermonaten wieder auf rund 150 Millionen Kubikmeter angestaut zu werden. In den letzten Jahren gab es von diesem Zyklus nur zwei Jahre die abwichen, 2021 wo der maximale Füllstand bei rund 120 Millionen Kubikmetern und der niedrigste Füllstand bei rund 100 Millionen Kubikmetern lag und 2023, dem Hochwasserjahr.

Daten: Deutscher Wetterdienst

Mitte April 2023 erreichten die Harztalsperren mit rund 150 Millionen Kubikmetern ihren Höchststand im Frühjahr. Bis dahin war alles soweit normal. Doch anstatt die Talsperren wie sonst üblich über den Sommer hinweg kontrolliert abzulassen, wurde in den Talsperren vergleichsweise wenig Wasser abgelassen. Anfang Oktober waren etwas mehr als 120 Millionen Kubikmeter in den Harz-Talsperren angestaut.

Zum Vergleich: 2022 waren es zu diesem Zeitpunkt 80 Millionen Kubikmeter - 40 Millionen Kubikmeter weniger als 2023. Anfang Dezember 2022 hatten die Harztalsperren sogar nur 60 Millionen Kubikmeter angestaut - ein Jahr später waren es 150 Millionen Kubikmeter. Ende Dezember kam es dann zum Super-GAU. Der Füllstand der Harz-Talsperren lag bei 98,5 Prozent. Einzelne Talsperren wie zum Beispiel die Okertalsperre mußten deswegen unkontrolliert

Wasser abgeben und verschärften damit das Hochwasser in Niedersachsen.

Dabei wäre es eigentlich möglich gewesen, die Talsperren durch ein gezieltes Ablassen von eingestautem Wasser zu einer echten Hilfe beim Hochwasserschutz zu machen. Um beispielsweise 45 Millionen Kubikmeter Wasser kontrolliert abzulassen, hätten die sechs Talsperren von Juni an zusammen lediglich 3 Kubikmeter pro Sekunde mehr Wasser ablassen müssen. Dies hätte für die Aller, den Fluß in denen die Flüsse der Harz-Talsperren münden, kaum Auswirkungen gehabt. Die Aller hat einen mittleren Abfluß von 114 Kubikmetern pro Sekunde.

Diese 45 Millionen Kubikmeter fehlen jetzt bei der Bekämpfung des Hochwassers und überschwemmen unter anderem Verden, den Ort, wo Olaf Scholz Betroffenheit zeigte und wo die Aller für Überschwemmungen sorgt. Eine Aufarbeitung des Wassermanagements bei den Talsperren wird dringend nötig sein - es gibt viele Fragen zu beantworten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Januar 2024: >>**Klima-Lügen enttarnt: Es wird kälter am Mount Everest**

Von *Sven Reuth*

Nature zählt zu den renommiertesten Wissenschaftsmagazinen der Welt. Nun wurden dort die sensationellen Ergebnisse einer Studie zu den Himalaya-Gletschern sowie zum langfristigen Temperaturtrend am Mount Everest veröffentlicht. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und nur eine weitere Lüge neben den Lügen, die wir in unserem großen Faktencheck in COMPACT-Spezial "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" entlarven.

Der Himalaya, das höchste Gebirge der Welt, gilt wegen seiner riesigen Gletscher als "dritter Pol" und zweifellos haben die klimatischen Verhältnisse dort einen relevanten Einfluß auf das Weltklima. Deshalb wird der Name des Gebirges oft genannt, wenn Klima-Apokalyptiker jeder Couleur ihre düsteren Vorhersagen verbreiten.

Die große IPCC-Lüge

Rund um das angebliche Abschmelzen der Himalaya-Gletscher flog aber auch die erste faustdicke Lüge der Klima-Apokalyptiker auf. Der den Vereinten Nationen unterstellte Weltklimarat IPCC behauptete 2007 in einem offiziellen Bericht, daß die Himalaya-Gletscher bis 2035 vollständig abschmelzen würden. Das wäre natürlich eine riesige Katastrophe, da die Gletscher des Himalaya große asiatische Flüsse wie den Ganges, den Brahmaputra und den Indus speisen und damit das Trinkwasser für eine halbe Milliarde Menschen liefern.

Doch schon 2009 mußte der IPCC zugeben, daß die Behauptung der schmelzenden Himalaya-Gletscher, die Millionen von Menschen insbesondere in Asien in Angst und Schrecken versetzte, wissenschaftlich komplett unhaltbar war. Sie beruhte auf einer einzigen nicht näher belegten Aussage des international kaum bekannten indischen Wissenschaftlers Syed Hasnain, die dieser in einem kurzen Telefon-Interview getätigt hatte. Mehr noch: Hasnain selbst gab später zu, daß seine Aussage "reine Spekulation" gewesen wäre.

"Kahle Felsen" statt Himalaya-Gletscher?

Der Skandal führte zu einer schweren Erschütterung der Glaubwürdigkeit der IPCC-Aussagen. Die Panikmache rund um die angeblich schmelzenden Himalaya-Gletscher will aber nicht enden. So findet sich in dem Eintrag zum Stichwort "Himalaya" in der deutschsprachigen Version von Wikipedia die Aussage des deutschen Klimatologen Philippus Wester, wonach sich das gesamte Himalaya-Gebirge in weniger als 100 Jahren in "kahle Felsen" verwandeln würde.

In der Dezemberausgabe des Fachmagazins Nature, einer der weltweit renommiertesten naturwissenschaftlichen Zeitschriften, finden sich nun die Ergebnisse eines internationalen Forschungsteams zu den klimatischen Verhältnissen im höchsten Gebirge der Welt, die man nur als sensationell bezeichnen kann. Laut den Daten der letzten 30 Jahre einer Wetterstation unterhalb des Gipfels des Mount Everest ist es dort in den vergangenen Jahrzehnten nicht

wärmer, sondern kälter (!) geworden. Die Gletscherschmelze verlaufe außerdem wesentlich langsamer als angenommen.

Wachsende Gletscher im Pamir

Im Pamir-Gebirge, dem zweithöchsten Gebirge der Welt, wo sich mit dem Fedtschenko-Gletscher der größte Gletscher der Welt außerhalb der Polregionen befindet, wachsen viele Gletscher sogar (!). Nicht der einzige Fall, in dem wissenschaftliche Langzeituntersuchungen eindeutig beweisen, daß es in einigen Regionen der Welt offenbar nicht zu einer Erderwärmung, sondern einer Erdabkühlung kommt: Der Ostpazifik kühlt sich auf dem Gebiet einer riesigen Meereszunge, die sich über Tausende von Kilometern vor der südamerikanischen Küste ebenfalls seit Jahrzehnten ab.

Solche wissenschaftlichen Fakten finden in den etablierten Medien aber praktisch keine Erwähnung, stattdessen wird das Märchen einer weltweit gleichmäßigen und angeblich galoppierenden Erderwärmung verbreitet, was wiederum die Deindustrialisierungs- und Enteignungskampagnen von Parteien wie den Grünen befeuert.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. Januar 2024: >>**Motorenpapst Fritz Indra: "E-Mobilität wird scheitern!" - Lang lebe der Verbrenner!**

Der renommierte Motorenentwickler Prof. Fritz Indra sieht sich durch den massiven Einbruch der Zulassungszahlen bei E-Autos, den Job-Kahlschlag im Strome-Werk Zwickau von VW und durch die horrenden steigenden Strompreise bestätigt: "Die E-Mobilität wird scheitern!" Der "Motorenpapst" aus Österreich sagt eine Renaissance des Verbrenners voraus.

Prof. Fritz Indra ist seit jeher einer der schärfsten Kritiker der Elektromobilität. Der Diplomingenieur verantwortete u.a. die Motorenkonstruktion bei Audi und war Chefentwickler im Motorenbau bei "General Motors".

In einem Interview mit "Focus online" läßt Indra kein gutes Haar am aktuellen Zustand und der Zukunft von Batterie-Autos. Den seit dem 18. Dezember gestrichenen Umweltbonus in Deutschland kommentiert der 83-Jährige wie folgt: "Das ist ein ganz starkes Zeichen - und zwar dafür, daß die E-Mobilität zu scheitern beginnt!"

Je weniger E-Autos, desto besser für die Umwelt!

Indra begrüßt das Ende der milliarden schweren Subventionen auf Steuerzahlerkosten. Er argumentiert, daß jede Technologie am Anfang gefördert werden sollte, aber "wenn man erkennt, daß die Förderung nichts bringt und die Technologie bei den Kunden nicht ankommt, dann sollte man sie möglichst bald beenden." Der "Motoren-Guru" stellt auch die ökologischen Vorteile von E-Autos in Frage: "Je weniger E-Autos den Verbrenner ersetzen, desto besser für die Umwelt."

Indra kritisiert: "Die Autoindustrie präsentiert sich gerade als guter Samariter, doch in Wahrheit übernimmt sie die Förderquote, damit die E-Autos nicht auf Halde stehenbleiben."

Trotz der bisherigen Förderungen und der Propaganda der E-Auto-Lobby ist sich Indra sicher, daß E-Autos nicht die versprochene Nachhaltigkeit bieten können. "Ein E-Auto mit Lithium-Ionen-Akku ist jedem klassisch angetriebenen Auto unterlegen", betont der Österreicher und unterstreicht: "Das E-Auto in der heutigen Form ist für die allermeisten Kunden einfach nicht gut genug, um den Verbrenner breitflächig und nachhaltig abzulösen."

Verbrenner-Aus ab 2035 ist falsches Signal

Indra fordert eine Neubewertung der EU-Politik, insbesondere des Verbrenner-Verbots ab 2035: "Das gefährlichste Signal geht immer noch von dem Verbrenner-Verbot ab 2035 aus, das die EU-Kommission unter Frau von der Leyen und Herrn Timmermans beschlossen hat ... Mit jedem Tag, an dem dieses Verbot nicht gekippt wird, vergrößert sich unser Nachteil gegenüber den asiatischen Herstellern."

Indra wie auch andere Branchenexperten verweisen darauf, daß Elektroautos nach wie vor eine kostspielige Anschaffung darstellen. Derzeit sind in Deutschland nur drei Modelle unter

30.000 Euro erhältlich - der Dacia Spring Electric, Renault Twingo E-Tech sowie Fiat 500e. Die Entscheidung für eines dieser Modelle geht allerdings oft mit Abstrichen einher: geringe Reichweite, wenig Komfort, begrenzter Platz und im schlimmsten Fall auch Sicherheitskompromisse.

Zum Erreichen der sogenannten Klimaziele sollten bis 2030 mindestens 15 Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren. Aktuell trägt jedoch nur eine wohlhabendere Bevölkerungsgruppe zur "automobilen Energiewende" bei. Denn: Laut dem "Center of Automotive Management" (CAM) zahlten Käufer von Elektroautos zuletzt durchschnittlich 52.700 Euro und damit 4.000 Euro mehr als im Vergleich zum Vorjahr.

Stefan Bratzel, Gründer und Direktor des Forschungsinstituts CAM, sagt mit Blick auf die hohen Anschaffungskosten und in deren Folge auch die erhöhten Finanzierungs- und Leasingkosten von Stromern im Vergleich zu Verbrennern: "Dies wirkt sich hemmend auf die Kaufentscheidung aus."

Hinzu kommt zunehmend Kritik daran, daß Stromer in Wirklichkeit "Kohleautos", sind - mit hin Dreckschleudern für die Umwelt. Der Grund: Seit dem aberwitzigen Atom-Ausstieg und dem Sanktions-Irrsinn gegenüber Rußland (Gas) müssen immer mehr Kohlekraftwerke ans Netz.

Stromer sind ein Ladenhüter

Zusätzlich haben die aktuelle wirtschaftliche Lage und hohe Zinsen zu einer allgemeinen Zurückhaltung vor allem beim Kauf von Elektroautos geführt. Um den Verkauf anzukurbeln, gewähren viele Hersteller und Händler hohe Rabatte. Im Klartext: E-Autos sind ein Ladenhüter! Laut Hochrechnungen von Branchen-Kennern dürften 2024 in Deutschland rund 200.000 vollelektrische Neuwagen weniger verkauft werden.

Eine Erfolgs-Story sieht anders aus!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Habeck spinnt Gold aus CO2: Besteuerung von Luft beenden!**

Mit der Besteuerung von Luft verdient sich der Bund eine goldene Nase: 13,2 Milliarden Euro wurden im vergangenen Jahr aus dem Handel mit CO2-Emissions-Rechten vor allem von Industriebetrieben und Energieerzeugern eingenommen. Im Schnitt 80 Euro zahlten diese an der "Emissionsbörse" in Leipzig, um dafür jeweils eine Tonne Kohlendioxid rauspusten zu dürfen.

Vor solchen Betrugsmaschen hätte man früher bei "Vorsicht, Falle!" gewarnt - heute wird so etwas gefeiert, denn die Zeche zahlt natürlich der Verbraucher. Weil die Preise weiter steigen. Die Einnahmen kommen auch nicht den Bürgern zugute, sondern werden in den "Klima- und Transformationsfonds" gesteckt - mit dem dann tote Pferde wie die Elektromobilität weitergeritten werden.

Das allseits beschworene Ziel der Klimarettung ist ganz offensichtlich nur vorgeschoben - denn selbst wenn man davon ausgeht, daß das vom Menschen verursachte CO2 irgendeinen Effekt auf das Klima hätte (was die Ökoideologen einfach nur behaupten), dann wäre der deutsche Anteil daran minimal. Dafür aber wird der Wohlstand einer ganzen Nation gezielt vernichtet.

Denn nicht nur für die Industrie wird die Luft besteuert: Mit der CO2-Abgabe, die in diesem Jahr sprunghaft erhöht wurde, zahlt auch jeder Bürger an der Tankstelle oder mit der Heizkostenabrechnung für etwas, das man weder sehen noch fühlen oder riechen kann. Luft eben. Davon ist genug vorhanden - allerdings wird sie für die Ampelregierung immer dünner. Denn auch ohne "Nepper, Schlepper, Bauernfänger" kommen die Bürger dem Betrug auf die Schliche.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 5. Januar 2024: >>Wut-Bauern fangen Habeck ab - Fähre blockiert - Minister haut ab!

Der Druck im Deutschland-Kessel steigt und nähert sich dem Siedepunkt: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") wurde nach einem Urlaubsaufenthalt auf der Nordsee-Hallig Hooge am Fähranleger Schlüttsiel (Schleswig-Holstein) von etwa 100 aufgebrachten Bauern abgefangen. Es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei. Die Fähre mit Habeck an Bord mußte wieder ablegen. Der Bauernverband hält an seinem Aufruf zu einem "Generalstreik" fest.

Nachdem über die sozialen Medien durchgesickert war, daß der Minister an Bord sei, versuchten die Bauern offenbar auf die Fähre zu gelangen. Die Polizei konnte einen Sturm des Schiffes verhindern, mußte nach eigenen Angaben Pfefferspray einsetzen.

Die wütenden Bauern hatten zuvor ein Gesprächsangebot von Habeck mit nur einigen ihrer Vertreter abgelehnt und bestanden darauf, daß sich der Ökosozialist der Menge stelle. Dessen Bodyguards rieten aus Sicherheitsgründen davon ab, an Land zu gehen.

Nach Angaben der Polizei mußte Habeck wieder zur Hallig Hooge zurückkehren. Die Polizei war mit etwa 30 Beamten im Einsatz. Die Personalien der Demonstranten wurden aufgenommen. Sie müssen mit Anzeigen rechnen.

Die Fähre legte dann in der Nacht mit Habeck an Bord ungehindert in Schlüttsiel an. Außer dem Minister waren nur Personenschützer an Bord. Habecks Kommentar um kurz vor zwei Uhr war: "Bin privat hier."

Das System reagiert "erschüttert"

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bezeichnete den Vorfall auf dem Kurznachrichtendienst X als "beschämend". Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") äußerte sich ebenfalls auf X zu dem Vorfall: "Dort, wo Worte durch Gepöbel und Argumente durch Gewalt ersetzt werden, ist eine demokratische Grenze überschritten." Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) postete, Gewalt und Nötigung seien verachtenswert.

Trotz der von der Bundesregierung teilweise zurückgenommenen Kürzungen bei den Agrar-Subventionen hält der Deutsche Bauernverband an seinem Aufruf zu einem "Generalstreik" am Montag (8. Januar) und einer "Aktionswoche" fest. Die Maßnahmen seien unzureichend. Unterdessen laufen die Vorbereitungen für den politischen Ausstand bundesweit weiter. Der Deutschland-Kurier berichtet fortlaufend.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. Januar 2024: >>Jetzt geht's los: Die Stunde der Erhebung

Von *Sven Eggers*

Der 8. Januar wirft seine Schatten voraus! Überall im Bundesgebiet finden sich Ortsschilder, verziert mit Schuhen und Stiefeln. Der Protest kann kommen.

Der große Protest, die große Erhebung, rückt immer näher. Am Montag werden im ganzen Bundesgebiet riesige Protestaktionen stattfinden. Keine Frage: Die Bauernproteste werden vom Volk mitgetragen. Die Proteststimmung ist schon jetzt im ganzen Land greifbar: Habeck wird in Nordfriesland nicht an Land gelassen, Traktoren-Demos in Gera, Hammelburg, Garmisch-Partenkirchen und anderswo sowie verdrehte Orts- und Stadtschilder überall! Es tut sich was!

Ungezählte Ortsschilder sind zudem mit Protestparolen und mit Schuhen versehen. Das erinnert auf faszinierende Weise an die Bundschuh-Bewegung und an Bauernaufstände früherer Tage. Vor genau 500 Jahren standen die Bauern gegen Wucher, für soziale Gerechtigkeit, gegen fremde Einflüsse und Knechtung durch römisches Recht und für ein starkes und einiges Reich auf. Es galt damals zudem, die deutsche Art zu erhalten.

Diese Forderungen haben kein Ablaufdatum. Sie klingen ganz und gar nicht nach einer längst vergangenen Zeit, sondern sie verbinden die Menschen auch heute.

Faszinierende Tradition

Der Bundschuh, eigentlich ein Lederstück, das mit Riemen um den Knöchel befestigt war, wurde als Schuhwerk früher von den Germanen und bis ins 16. Jahrhundert hinein von den Bauern getragen. Schon seit dem 13. Jahrhundert gilt der Bundschuh als Symbol des Volkes gegen die Obrigkeit, als Zeichen des kleinen Mannes gegen Ausbeuter. Schon im 15. Jahrhundert gab es in Deutschland Erhebungen unter dem Feldzeichen des Bundschuhs. Im Bauernkrieg von 500 Jahren zogen die Aufständischen unter der Bundschuh-Fahne in den Kampf.

Nicht nur bei Traditionalisten lassen also die geschmückten Ortsschilder die Herzen höher schlagen. Vielmehr kündeten die Schuhe, die Schilder und die Plakate von einer ganz besonderen Stunde. Mögen wir diese Stunde am Montag nutzen. Man sieht sich auf der Straße! Wir sind das Volk!

Die Proteststimmung rund um den 8. Januar hat eine famose Dynamik angenommen. Und: Sie geht vom Volk aus, denn Massenmedien schweigen eisern. Und trotzdem weiß mittlerweile jeder um die Bedeutung des 8. Januar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. Januar 2024: >>**Wagenknecht solidarisiert sich mit Bauernprotest**

Von *Karel Meissner*

Nach längerem Schweigen kehrt Sahra Wagenknecht ins Rampenlicht zurück: Sie solidarisiert sich mit dem Bauernaufstand, bezeichnet Habecks Reaktion als "weinerlich" und attackiert grüne Klimapolitik. ...

In den letzten Wochen war es still um Sahra Wagenknecht. Nach dem medialen Großereignis der Parteigründung wirkte ihr Schweigen fast unheimlich, zumal seit Wochen ein klassisch linkes Thema die Schlagzeilen beherrscht: Der Aufstand der Bauern.

Antifa und Linksrüne erwiesen sich erneut als Bonzendienner, indem sie die Traktordemos als "rechts" und die Protestierenden als "Kartoffel-Mob" denunzierten. Den Gipfel der Hetzparade stürmte die Berichterstattung über die Bauern im nordfriesischen Schlüttsiel. Dort hatten sie eine Anlegestelle blockiert, an der eine Fähre mit Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) anlegen sollte. Die Demonstranten forderten ein Gespräch mit Habeck über die jüngsten, gegen sie gerichteten Steuermaßnahmen der Bundesregierung.

Doch Habeck stellte sich den wütenden Menschen nicht, die Fähre drehte zurück ins Meer. Anschließend heulten der Vizekanzler, seine Ampelkollegen und die Medien im Chor: Das war Nötigung! Die Demonstranten hätten das Schiff stürmen wollen, und ähnlichen Blödsinn. Bundespräsident und Hartz IV-Architekt Frank-Walter Steinmeier (dem man wenig Verständnis für Unterschichten zuschreiben kann) spielte den Geschockten und Habeck inszenierte sich zudem als Demokratieschützer:

"Was mir Gedanken, ja Sorgen macht, ist, daß sich die Stimmung im Land so sehr aufheizt." Heute meldete sich endlich Sahra Wagenknecht zu Wort - und ergriff Partei für ihre Zielgruppe:

"Die Ampel macht Bauern zu Melkkühen ihrer verfehlten Politik. Ich unterstütze die Proteste und fordere die Bundesregierung auf, die geplanten Streichungen komplett zurückzunehmen. Daß sich Habeck jetzt als Opfer der Proteste inszeniert, ist peinlich.

Statt sich weinerlich über Proteste zu beschweren, müßte die Bundesregierung jedem dankbar sein, der heute noch Landwirtschaft in Deutschland betreibt. Wir brauchen die Abschaffung des unsinnigen CO2-Preises, die Rücknahme aller Agrarkürzungen und ein großes Entlastungsprogramm für die Landwirtschaft gegen das Höfesterben."

Jeder Euro "Mehrbelastung für Landwirte in Deutschland ist einer zu viel." Wagenknecht kritisiert die verfehlte Klimapolitik als Grund dieser Kürzungen: Es sei absurd, wenn man das Herausreißen funktionsfähiger Heizungen mit Abermilliarden subventioniere, "und dafür

unter anderem diejenigen, die für unsere Lebensmittel sorgen, zur Kasse gebeten werden" Treffer. Versenkt: Präziser kann man Konflikt und Ursache kaum beschreiben. Wie man zu Wagenknecht auch stehen mag: Sie ist und bleibt eine wichtige Stimme der Opposition. ...<< Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. Januar 2024:

>>**Sachsen: Landrat cancelt Demokratie wegen Bauerndemos**

Von *Sven Reuth*

Beim Establishment herrscht kurz vor dem Protesttag am Montag nackte Panik. Im Erzgebirge verkündet Landrat Rico Anton (CDU) nun breitflächig Verbote. ...

Natürlich dürfte im ohnehin demofreudigen und widerständigen Sachsen am kommenden Montag auch einer der Schwerpunkte der Proteste liegen. Im Erzgebirgskreis ist man deshalb dazu übergegangen, schon mal präventiv die demokratischen Grundrechte auszuhebeln.

Wie zu DDR-Zeiten

CDU-Landrat Rico Anton, von 2014 bis 2022 CDU-Abgeordneter im Sächsischen Landtag, hat 24 von 31 für den kommenden Montag geplante Demonstrationen verboten. Seine Begründung dafür:

"Wir wollen berechtigten Protest ermöglichen, aber Chaos und Anarchie verhindern!"

Das Landratsamt in Annaberg-Buchholz maßt sich also an, "berechtigten" von "unberechtigtem" Protest zu unterscheiden - das erinnert an längst vergangene Zeiten, die in Sachsen vor etwa 35 Jahren zu Ende gingen. Fraglich auch, ob sich die erbosten Landwirte und Spediteure noch an Anweisungen aus dem Landratsamt halten werden.

Das ist mehr als fraglich. Bereits Mitte Dezember hatten Sachsens Bauern mit Traktoren gegen die vom Bund geplanten Streichungen in der Landwirtschaft protestiert. Sie blockierten rund drei Stunden lang etwa 70 Autobahnzufahrten der A4, A13, A14, A17, A38 und A72. Weniger dürfte es am kommenden Montag im grün-weißen Freistaat wohl nicht werden.

"In der politischen Klasse geht die Angst um"

Stefan Hartung, Kreisrat der Freien Sachsen im Erzgebirgskreis, äußerte zu der Verbotsverfügung von Anton:

"In der politischen Klasse geht die Angst um! Der CDU-Parteisoldat und ins Amt des Landrats gewählte Rico Anton hat soeben eine Allgemeinverfügung erlassen, wonach die für Montag angekündigten Straßenblockaden der Landwirte, Fuhrbetriebe und anderer Bürger verboten werden sollen! Seiner Pressemitteilung ist zu entnehmen, daß er für Montag den Zusammenbruch der staatlichen (Un-)Ordnung befürchtet! Jetzt gilt es um so mehr: Zeigt am Montag überall im Landkreis Flagge! Unterstützt tagsüber den Straßenprotest und setzt am Abend deutliche Zeichen auf den Markt-Plätzen der Region!"

Eine tolle Aktion wird unterdessen aus der erzgebirgischen Bergstadt Löbnitz gemeldet. In einer gemeinsamen Erklärung haben 20 Gewerbetreibende angekündigt, am Montag die Rollläden ihrer Geschäfte unten zu lassen. Sachsen wird am 8. Januar sicherlich ein starkes Zeichen setzen - und der Rest von Deutschland auch! Die Mobilisierungsbereitschaft von Landwirten, Spediteuren, Gewerbetreibenden und politischen Akteuren scheint neue Hochpunkte zu erreichen - es gilt, den Mächtigen nun die Grenzen ihrer Destruktionspolitik aufzuzeigen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Januar 2024:

>>**"Mistgabelmob": "Spiegel" beschimpft Bauern**

Von *Sven Reuth*

Das Hamburger Nachrichtenmagazin wird grob ausfällig gegen die deutschen Bauern, weil diese sich nicht von der Ampel-Koalition abschaffen lassen wollen. ...

Bei den deutschen Linken liegen die Nerven blank. Jahrzehntlang meinte man, das politische Druckmittel des zivilen Ungehorsams alleine für sich gepachtet zu haben. Dabei durfte es ruhig auch etwas deftiger zugehen. Hunderte von verletzten Polizisten in Lützerath, am Rande

von Anti-AKW-Demos, beim G7-Gipfel in Hamburg, am 1. Mai in Berlin oder bei der Klima-Demo in Lützerath? Kein Problem. Der RAF-Terror? Über den empfand man - wie der Göttinger Mescalero - "klammheimliche Freude" oder man stilisierte ihn - wie Heinrich Böll - zum "Krieg von 6 gegen 60 Millionen".

"Motorisierter Mistgabelmob"

Wehe aber, die um ihre Existenz bangenden Landwirte machen vom Mittel des zivilen Ungehorsams Gebrauch, weil sie um ihre nackte Existenz bangen. Da dreht man insbesondere in den Redaktionsräumen des Ex-Relotius-Arbeitgebers Spiegel durch. Mit Blick auf demonstrierende Bauern schreibt hier Arno Frank, ein Journalist mit Spiegel-, Zeit- und taz-Hintergrund: "Der motorisierte Mistgabelmob ist nur schwer vom Kurs abzubringen, aber wird mitunter zum Aufstand der Geknechteten hochgejubelt. Fast scheint es, als wäre der Bauer ein 'edler Wilder' - und kein Profiteur der Agrarlobby."

Vielfach bedrängte Bauern

Pfui Teufel, kann man da nur sagen. Tatsächlich müssen die deutschen Bauern wesentlich mehr Abgaben und Lasten schultern als die Konkurrenz in allen europäischen Nachbarländern. Flächenstilllegungen, extrem strenge Düngauflagen, die von der Politik achselzuckend hingegenommene rasante Ausbreitung des Wolfs, Vernässung von wertvollen Ackerflächen, um künstliche Moore zu schaffen - tatsächlich unternimmt die Politik alles, um die Landwirtschaft in Deutschland zu vernichten.

Es geht also um weit mehr als teuren Agrardiesel. Wenn die Bauern zum Mittel des zivilen Ungehorsams greifen, dann handelt es sich also - ganz im Gegensatz zu den Klimaklebern - tatsächlich um politische Notwehr. Und die Sorgen der Bauern werden von einer riesigen Mehrheit der Bürger im ländlichen Raum geteilt, die durch immer höhere CO2-Steuern ausgeplündert und immer ärmer gemacht werden.

Der Kabarettist Vince Ebert stellte nun auf seinem Facebook-Profil treffend zu Stimmen wie der von Arno Frank fest:

"Die Protestkultur der Friedens- und Anti-Atomkraftbewegung war schon immer Teil der grünen DNA. Und sie war niemals nur friedlich. Hunderte von verletzten Polizisten, sogar Tote, bei Großdemos in Wackersdorf, Brokdorf oder der Startbahn West. Ähnliches galt für die G8-Demo in Frankfurt oder die Proteste in Lützerath.

Und trotz dieser vielen Gewalt-Eskalationen wären die Grünen niemals auf die Idee gekommen, die Art und Weise ihrer Protestkultur in Frage zu stellen. Über die letzten 40 Jahre nahm man Opfer (auf beiden Seiten) billigend in Kauf. Weil es ja einer guten Sache diene und 'gegen die da oben' ging. Jetzt sitzen die Grünen selbst 'dort oben'. Und können es nicht fassen, daß es nun eine Protestkultur gibt, die sich gegen ihre Politik richtet."

Schon in einigen Stunden werden die Bauern linken Journalisten, den Grünen und der Ampel-Regierung zeigen, wie gut sie zivilen Ungehorsam können - und unser Land positiv verändern.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Januar 2024:
>>**Bauern-Revolution in Deutschland: Hier Termine und Orte**

Von *Sven Reuth*

Die Bauern haben angekündigt, in ganz Deutschland am kommenden Montag deutlich zu machen, daß sie sich nicht zu Opfern der verfehlten Ampel-Politik machen lassen. Hier eine Übersicht ihrer geplanten Aktionen und Veranstaltungen. Da alleine für den kommenden Montag Hunderte von Aktionen geplant sind, erhebt die nachfolgende Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit. ...

Baden-Württemberg

Kundgebung im oberschwäbischen Ravensburg ab 11:00 Uhr (organisiert von den Kreisbauernverbänden Allgäu-Oberschwaben und Tettngang). Die Bauern wollen sich bei der

Oberschwabenhalle treffen und dann in die Innenstadt ziehen, wo eine Kundgebung geplant ist.

Ab 9 Uhr wird ein Traktorenkonvoi auf der B30 von Biberach zu einer Demonstration nach Laupheim (Kreis Biberach) fahren.

Schon am frühen Montagmorgen sollen Demozüge mit Traktoren auf den Bundesstraßen und an Autobahnanschlußstellen der A7 und A8 rollen. Hauptsächlich betroffen sein werden die B29 zwischen Schwäbisch Gmünd und Aalen sowie die B290 zwischen Aalen und Ellwangen. Es folgt am Mittag eine Kundgebung in der Innenstadt von Schwäbisch Gmünd.

Im Landkreis Heilbronn sind Demonstrationzüge mit mehr als 1.000 Fahrzeuge angemeldet, hat das Landratsamt mitgeteilt. Eine Großdemo mit über 200 Traktoren planen Landwirte am Mittag auch in Heilbronn.

In Bad Mergentheim ist ab 15:30 Uhr ein Protestzug durch die Kernstadt und die Stadtteile geplant.

In Karlsruhe wollen Bauern Montag vormittags mit rund 300 Traktoren und Schildern vom Meßplatz in der Oststadt durch die Stadt und über die B36 zum Messegelände in Rheinstetten fahren.

In Stuttgart sind am Montag die Bauern los,

In Stuttgart soll es am Montag zwischen 9 und 13 Uhr auf dem Cannstatter Wasen eine Kundgebung mit anschließendem Autokorso von landwirtschaftlichen Betrieben aus Stuttgart und Esslingen geben. Hier werden laut Veranstalter mindestens 150 Fahrzeuge teilnehmen. Eine zentrale Protestaktion in Stuttgart soll am Freitag stattfinden. Da plant der Landesbauernverband unter dem Motto "Keine Steuererhöhung für die Landwirtschaft" eine Kundgebung auf dem Cannstatter Wasen ab 11 Uhr. Teilnehmende mit mehr als 1.000 Fahrzeugen werden erwartet.

Der Kreisbauernverband Mannheim plant am Montag eine Fahrt mit mindestens 100 Traktoren quer durch die Mannheimer Innenstadt. Starten wollen die Landwirte gegen 15 Uhr an der SAP Arena.

Bayern

Aktionen in allen bayerischen Bezirken

Große Kundgebung ab 11 Uhr in München (Odeonsplatz und Ludwigstraße): Zentrale Auftaktveranstaltung im Rahmen der Aktionswoche.

10. Januar 2024 ab 19 Uhr in Bad Reichenhall (Festplatz): Schlepper-Sternfahrt mit Kundgebung.

10. Januar 2024 ab 9 Uhr in Hof (Freiheitshalle): Kundgebung.

12. Januar 2024 ab 11 Uhr in Nürnberg (Volksfestplatz): Zentrale Hauptveranstaltung für Nordbayern im Rahmen der Aktionswoche.

8. Januar 2024 ab 12 Uhr in Bad Griesbach (Festplatz Karpfhamer Fest): Schlepper-Sternfahrt mit Kundgebung.

8. Januar 2024 ab 11 Uhr in Regensburg (Donau Arena): Schlepper-Sternfahrt mit Kundgebung.

8. Januar 2024 ab 10 Uhr: Nördlingen (Kaiserwiese): Kundgebung.

8. Januar 2024 ab 10 Uhr in Memmingen (Marktplatz): Gespräch mit Oberbürgermeister Jan Rothenbacher.

10. Januar 2024 ab 11 Uhr: Augsburg (Plärrer): Zentrale Veranstaltung für den Regierungsbezirk Schwaben im Rahmen der Aktionswoche.

Berlin/Brandenburg

Demonstration in Potsdam vor der Staatskanzlei mit Übergabe einer Protestnote am 8. Januar um 11 Uhr 30 (organisiert vom Landesbauernverband Brandenburg).

Wie bereits am 18. Dezember wollen Landwirte aus ganz Deutschland auch am Montag

wieder nach Berlin fahren und mit ihren Traktoren die Straße des 17. Juni am Brandenburger Tor blockieren.

Am 15. Januar wird es eine Großkundgebung von Bauern, Spediteuren, LKW-Fahrern, Handwerkern und allen wütenden Bürgern in Berlin geben.

Tausende Traktoren in Bremen erwartet

Bremen

Kundgebung um 10 Uhr in der Bremer Überseestadt am Hilde-Adolf-Platz. Zuvor Sternfahrt aus den umliegenden Regionen nach Bremen. Es werden 2.000 Traktoren erwartet.

Hamburg

Mittlerweile liegen der Versammlungsbehörde für den Montag insgesamt 16 Anmeldungen für 15 Treckerkolonnen vor. Die Treckerkolonnen sollen jeweils gegen 7:30 Uhr aus Schleswig-Holstein kommend in Langenhorn, Rahlstedt und Bergedorf die Landesgrenze von Hamburg passieren. Die Abschlußkundgebung wird gegen Mittag in der Innenstadt steigen.

Hessen

Am Montag Sternfahrt in die Landeshauptstadt Wiesbaden. 12:00 Uhr: Kundgebung am Kochbrunnenplatz/Kranzplatz, danach Übergabe einer Resolution vor der Staatskanzlei.

Hanau: Am Montag von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr Traktor-Demo von der Donaustraße über den die Innenstadt bis zur August-Schärttner-Halle.

Eine weitere Protestveranstaltung ist in Limburg von 6 bis 9 Uhr mit 300 Fahrzeugen angemeldet.

In Fulda wurde außerdem für die Zeit von 05:00 Uhr bis 15:00 Uhr eine Versammlung mit Traktoren angemeldet. Diese soll am Messegelände starten und dann über den Rundkurs Westring - Karrystraße - B254 - Maberzeller Straße - Haimbacher Straße - Merkurstraße - Wegastraße und zurück zum Westring verlaufen.

Mecklenburg-Vorpommern

Am Montagmorgen wollen die Bauern drei Stunden lang alle Autobahnauffahrten in Mecklenburg-Vorpommern zeitgleich sperren.

In Rostock ist ein Fahrzeugkorso angemeldet, der um 6 Uhr im Stadthafen auf der Headgehalbinsel startet und zunächst für eine Zwischenkundgebung gegen 10.30 Uhr auf der Headgehalbinsel wieder enden wird. Der Korso soll sich den ganzen Tag über durch die Stadt bewegen.

Niedersachsen

In Cloppenburg wird eine Sternfahrt sowie eine Kundgebung mit rund 300 Treckern auf dem Marktplatz erwartet.

In Aurich in Ostfriesland ist am Montag ein Demonstrationszug durchs Stadtzentrum angemeldet. Im Zeitraum von 6 bis 18 Uhr ist eine Versammlung angekündigt.

In Emden wollen Landwirte die Stadt von drei Seiten aus mit Hunderten Treckern blockieren.

In Osnabrück haben mehrere Bauernverbände eine Kundgebung für 10 Uhr vor dem Rathaus angekündigt.

Am Montag sind in der Landeshauptstadt Hannover mehrere Kundgebungen, Schleichfahrten und Straßenblockaden geplant. Für Donnerstag ist eine Schlepper-Demo mit Kundgebung in der Stadt angekündigt.

In Braunschweig soll um 11 Uhr ein Treckerkorso in Richtung Innenstadt fahren, wo um 13 Uhr eine Kundgebung geplant ist.

Nordrhein-Westfalen

In Köln soll am Montag eine Demonstration am Eifeltor starten und soll von dort über innerstädtische Straßen, über die Severinsbrücke ins Rechtsrheinische und anschließend durch die Innenstadt zur Vogelsanger Straße ziehen.

In Leverkusen wurden für den 8. Januar etwa 100 Fahrzeuge in der Zeit von 10 bis 14 Uhr für

die Demonstration angemeldet.

In der früheren Bundeshauptstadt Bonn und dem linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis wurde für den gesamten 8. Januar ein Trecker-Konvoi angekündigt.

In Bottrop wird am Montag eine Treckerkolonne in Kirchhellen-Mitte starten und durch das Ruhrgebiet ziehen. Start soll 8 Uhr morgens am Aldi-Parkplatz sein. Dann soll es über Gladbeck und Gelsenkirchen nach Recklinghausen weitergehen.

Landwirte wollen mit ihren Traktoren außerdem von Unna nach Soest fahren.

Bauern aus Düsseldorf und umliegenden Städten planen am frühen Montagmorgen eine Sternfahrt durch die Landeshauptstadt.

Rheinland-Pfalz

Im Großraum Mainz wollen Landwirte am Montag mindestens 40 und damit so gut wie alle Autobahnauffahrten (darunter A60/61 und A63) blockieren, viele davon schon ab dem frühen Morgen. Im Anschluß wird ein Großteil der Bauern und Winzer nach Mainz auf das Messegelände in Hechtsheim fahren.

In Ludwigshafen wollen sich 500 bis 900 Traktoren und mehrere tausend Landwirte an der Ludwigshafener Eberthalle zur Kundgebung versammeln.

Saarland

In der Landeshauptstadt Saarbrücken ist am Montag für 14 Uhr eine große Kundgebung der Bauern am Schloß geplant.

Sachsen

Am Montag beginnt in der Landeshauptstadt Dresden eine zweitägige Kundgebung mit Protest-Camp. Sammelpunkt ist um 11 Uhr 30 am Schloßplatz. Um 14 Uhr ist eine Kundgebung vor der Staatskanzlei geplant. Der Telegram-Kanal der Freien Sachsen berichtet fortlaufend über diese Aktion (<https://t.me/freiesachsen>).

Im Landkreis Nordsachsen sind Traktorenkorsi sowie Kundgebungen unter anderem in Delitzsch, Torgau und Eilenburg geplant. Im Landkreis Leipzig sind in Bad Lausick und Grimma Demonstrationen geplant.

In Chemnitz ist unter dem Titel "Die Ampel ist kaputt" eine Kundgebung der Initiative "Land schafft Verbindung" an der A72 geplant sowie eine Demonstration der Bürgerinitiative "Chemnitz steht auf" im Stadtzentrum.

Sachsen-Anhalt

Zwei Trecker-Sternfahrten führen am Montag nach Magdeburg und Halle. In der Landeshauptstadt steuern bis zu 2.000 Landwirte mit 600 Traktoren und Lkw den Landtag am Domplatz an.

Einen Trecker-Korso soll es auch in Bernburg (Salzlandkreis) geben. Für 11 Uhr ist eine Kundgebung am Pep-Markt geplant.

Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein: Startpunkt der Bauernrevolution

In Schleswig-Holstein sind am Montag im ganzen Land Kolonnenfahrten geplant, so in den Kreisen Pinneberg, Segeberg und Dithmarschen.

In der Landeshauptstadt Kiel soll es am Freitag, den 12. Januar, eine große Demonstration auf dem Exerzierplatz geben.

Thüringen

Der Bauernverband plant, alle Traktoren ab 8 Uhr auf dem Juri-Gagarin-Ring in Erfurt zu versammeln. Um 11 Uhr beginnt eine Kundgebung an der Kreuzung zur Löberstraße.

Die Miteinanderstadt Gera lädt zur großen Abschlußveranstaltung am 8.1.24 ein. Mit einer großen Sternfahrt vom Bugaparkplatz und einer Kundgebung, beginnend ab 18.00, wird der Protesttag in Thüringen beendet. Laufende Informationen zu den Aktionen in Thüringen gibt es auf dem Telegram-Kanal Freies Thüringen (<https://t.me/freiesth>).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Januar 2024:

>> Bauern-Proteste: Ticker und Livestream

Von *COMPACT Redaktion*

In ganz Deutschland sind heute die Bauern mit ihren Traktoren auf der Straße, um gegen die Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der Ampel zu demonstrieren. ...

Heute heizen die Bauern der Ampel-Regierung ordentlich ein. In Berlin, München, Stuttgart, Dresden, Rostock, Köln und vielen anderen deutschen Städten tragen sie den Protest gegen das Katastrophen-Regime der Ampel auf die Straße und fordern den längst überfälligen Politikwechsel für Deutschland ein. ...

18:50 Uhr: Zu guter Letzt waren wir heute noch in Brandenburg/Havel und haben für Sie ein paar O-Töne von Teilnehmern des Bauern-Protests und Anwohnern eingeholt:

17:11 Uhr: Die Freien Sachsen beginnen, ihr Protest-Camp in Dresden aufzubauen. Sie sind gekommen, um zu bleiben! ...

16:46 Uhr: Brandenburg an der Havel noch immer komplett dicht. Einer der größten Erfolge heute!

16:00 Uhr: Dresden: Vor der Staatskanzlei von Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) rollt der Widerstand!

15:50 Uhr: Niedersachsen: Demonstrant von Auto erfaßt - Polizei leitet Verfahren ein. Nachdem ein 35 Jahre alter Teilnehmer der Bauernproteste in Niedersachsen angefahren und wohl schwer verletzt worden ist, geht die Polizei inzwischen dem Verdacht nach, daß der Fahrer vorsätzlich gehandelt habe. Das sagte ein Sprecher der Polizeidirektion Oldenburg. Es wurde ein Verfahren wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdelikts eingeleitet.

15:30 Uhr: Elon Musk drückt seine Solidarität für die Bauernproteste in Deutschland aus. Auf die Frage "Do you support the German farmers?" antwortet er mit "I do".

15:09: COMPACT-Interview mit Reinhard Jung, Sprecher der Freien Bauern:

15:00 Uhr: COMPACT-TV-Chef Paul Klemm mit einer aktuellen Lage-Einschätzung aus Berlin:

14:42 Uhr: Brandenburg: Autobahnausfahrt Finowfurt bei Berlin. COMPACT-Reporter Roy Grassmann mit einer aktuellen Lage-Einschätzung:

14:35 Uhr: Polizei-Gewerkschaftschef lobt Bauern-Proteste !! Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) mit einem ersten Resümee gegenüber der Bild-Zeitung:

"Die Proteste sind bislang diszipliniert und verantwortungsvoll. Wir haben nichts anderes erwartet, alle Versuche, unsere Landwirte zu kriminalisieren und in die rechte Ecke zu schieben, sind gescheitert. Es werden Rettungswege geplant und gesichert, die Absprachen und Zusammenarbeit mit der Polizei vor Ort funktioniert. Das alles unterscheidet diesen ordnungsgemäßen, demokratischen Protest von der kriminellen Willkür der so genannten Klimakleber."

14:21 Uhr: Eilmeldung: Polizei greift große Dresdner Demo unvermittelt an - Pfefferspray und Schlagstöcke!

14:10 Uhr: Bauernproteste Noch ein paar Impressionen von unseren Reportern aus Berlin.

13:49 Uhr: Der Konvoi aus Penig trifft in Chemnitz ein. Über 1.000 Fahrzeuge. Beeindruckend!

13:41 Uhr: Produktion bei Volkswagen in Emden gestoppt! Durch die Proteste der Bauern wurde die Werkszufahrt blockiert, die Arbeiter und Angestellten kamen nicht zum Arbeitsplatz. "Die Produktion steht heute", so eine VW-Sprecherin.

13:36 Uhr: Stuttgart: Einzug der Bauern unter Deutschlandfahnen.

13:17 Uhr: München: Der Demonstrationzug setzt sich ab Königsplatz in Bewegung.

12:15 Uhr: Chemnitz: Tierisch gute Unterstützung für unsere Bauern!

12:00 Uhr: Spalter: Verbandschef warnt vor "Rechten"

Während in ganz Deutschland die Landwirte auf die Straße gehen, fällt ihnen der Präsident des Bauernverbandes, Joachim Rukwied, in den Rücken. Mit Blick auf den Protest gegen Habeck an der Westküste sagte er der Bild am Sonntag: "Aktionen wie in Schlüttsiel schaden unseren politischen Anliegen. Wir wollen in der kommenden Woche friedlich und geordnet demonstrieren."

Außerdem warnte Rukwied: "Rechte und andere radikale Gruppierungen mit Umsturzgelüsten ... wollen wir auf unseren Demos nicht haben." Damit versucht der CDU-nahe Funktionär, die Opposition zu spalten!

11:50 Uhr: Berlin steht unter dem Zeichen der Bauernproteste!

11:36 Uhr: Aktueller Bericht unseres Reporters Roy Grassmann aus Bernau bei Berlin:

11:30 Uhr: Bodo Ramelow versucht in Erfurt zu reden. Die Reaktion der Bauernproteste ist eindeutig.

11:15 Uhr: Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes auf dem Odeonsplatz in München:

09:21 Uhr: Rund um Berlin werden Autobahnauffahrten blockiert. Auch aktuell in Blumberg.

09:10 Uhr: Trecker-Blockade in Falkensee bei Berlin. COMPACT-TV-Chef Paul Klemm ist mit seinem Team seit 5 Uhr in der Früh live dabei.

09:00 Uhr: Die Bauern sind bereits seit den frühen Morgenstunden unterwegs. Vielerorts sind die Straßen blockiert, etwa in Berlin, wo bereits gestern Nacht tausende Traktoren angekommen sind. Die Schlange reißt nicht ab, noch immer treffen Landwirte mit ihren Treckern aus der ganzen Republik ein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. Januar 2024:

>>**Generalstreik läuft super! Wie weiter?**

Von Jürgen Elsässer

Die Bauern haben schon in den ersten Stunden klar gemacht, daß sie aufs Ganze gehen wollen - und können! Jetzt hängt alles daran, den Protest zu verstetigen. Dresden ist - für erste - das große Vorbild, das Schule machen sollte.

Um 5 Uhr heute früh ging es los im ganzen Land. Die Pünktlichkeit und Disziplin der Bauern: beeindruckend. Nach nur fünf Stunden ist klar. Alle wesentlichen Ziele erreicht! Die Republik steht still. Nichts geht mehr. Die Polizei bislang passiv. Habecks Videoappell: hilflos. Er hat nichts anzubieten.

Und: es ist tatsächlich ein Generalstreik. Obwohl die Lokführer erst am Mittwoch dazukommen. Denn die Spediteure und Mittelständler ziehen aller Orten mit. Der Focus berichtet aus Göttingen:

(Zitat Focus) Unter den Protestierenden sind "mindestens 40 Prozent nicht reine Bauernfahrzeuge, sondern Gewerbetreibende." Spediteure, Heizungsbauer, Zimmerer, ein Dachdecker mit seinen sieben Fahrzeugen. "Es ist erstaunlich, wie viel Mittelstand das mitträgt", so Hübner. "Denen ist der Agrardiesel schnuppe, aber die haben wohl die gleichen Probleme wie wir." Die Landwirte wollen wieder eine vernünftige, zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik, erklärt Hübner. Das scheint sich auf die Handwerksbetriebe und Spediteure zu übertragen. (Ende Zitat Focus)

Machtwechsel ist möglich

Mit einem Schlag ist das Ungeheure geschehen: Das arbeitende Volk tritt als politisches Subjekt auf die Bühne. Zwar steht das Industrieproletariat, gezähmt von den Gewerkschaften, noch abseits. Aber in unserer modernen Welt der "lean production" ist das Transportproletariat vermutlich noch wichtiger - die Spediteure und Subunternehmer, die die Großkonzerne ausgegliedert haben und mit ausländischen Billigkonkurrenten unter Druck setzen. Dazu kommen, siehe Göttingen, weite Teile von Handwerkerschaft und Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Bauern legen München lahm, 8.1.2024

Die Volksrevolte bringt eine unerwartete Möglichkeit des Machtwechsels ins Spiel. Bisher hat sich alles auf parlamentarischen Wechsel konzentriert, dies ließ Fantasien von neuen Parteien (Wagenknecht, Maaßen) ins Kraut schießen. Die einzige Hoffnung schien die AfD zu sein, die ihrerseits - seien wir ehrlich - recht lethargisch agiert und vor allem von der Volksverachtung der anderen profitiert.

Mit den Bauern und ihren Verbündeten tritt ein neuer dynamischer Faktor auf den Plan: Bekommt die Ampel den Generalstreik nicht in den Griff, kann auch durch diesen außerparlamentarischen und überparteilichen Protest ein Regierungssturz erfolgen. Was aber kommt nach der Ampel?

Das Optimale wäre ein Runder Tisch wie in der DDR nach dem Abtritt Honeckers. Aber Vorsicht: Das ist noch Wunschdenken! Bleiben wir beim Konkreten, dem Aktuellen: Jetzt kommt es fürs Erste darauf an, daß der heutige Montag keine Eintagsfliege bleibt, sondern sich morgen und die ganze Woche fortsetzt.

Ein Beispiel, wie man das ins Werk setzen könnte, ist Dresden: Dort wird in diesen Stunden ein - legales - Protestcamp vor der Staatskanzlei aufgebaut. Nach der Protestaktion tagsüber wollen Bauern und Mittelständler heute Nacht dort bleiben - vis-a-vis vom Regierungssitz Kretschmers. Die spannende Frage: Was macht der schlaue CDU-Fuchs dann? Läßt er am Dienstag räumen - und riskiert die relativ gute Reputation, die er noch hat? Oder läßt er das Camp weiterlaufen, das dann zum sächsischen Anlaufpunkt und zum bundesweiten Vorbild werden kann? Da ist viel Musik drin.

Die Praxis entscheidet, nicht die Theorie

Der neurechte Verleger Philipp Stein hat an den Bauern herumgemäkelt, daß ihr Protest zu sehr wirtschaftlich orientiert sei. "Es gilt jetzt, die Motivation dieser Proteste zu akzeptieren, sie aber behutsam zu korrigieren und zu erweitern. Wirtschaftliche Existenzen sind wichtig - doch am Ende geht es vor allem um unser Volk!" Also die Theoretiker sollen den Bauern Nachhilfeunterricht geben und sie "korrigieren"? Das haben manche "Neurechte" schon bei den Querdenkern versucht, auch da wurde an der Bewegung herumgemäkelt.

Das Ceterum Censeo der sogenannten Metapolitik ist oft: Man will die Theorie nachbessern. Es kommt aber auf die Praxis an! Und da müssen wir als patriotische Aktivisten erstmal ein bißchen demütig sein vor dem, was heute - ohne unser Zutun! - begonnen hat. Allein schon die Aktion mit den umgedrehten Stiefeln an den Ortsschildern - das war nicht ausgedachte Metapolitik, sondern das entstand aus der Weisheit und dem Witz des Volkes.

Die Aufgabe von Medien wie COMPACT ist in dieser Situation, nicht die Bauern zu "korrigieren", sondern mit unserer explodierenden Reichweite für Vernetzung und Nachahmung zu sorgen und vor allem die besten Aktionsformen weiterzubreiten, etwa Dresden. Bauern, Transportproletariat und Mittelstand kämpfen um ihre Existenz.

Ja, das ist erstmal "nur" Klassenkampf (wenngleich nicht in der Form, den sich die Linken erträumten, weshalb sie auch beiseite stehen). Aber dieser Kampf hat das Potential, die volksfeindliche Regierung zu stürzen und für unser ganzes Volk Gutes zu bewirken - egal, was letztlich die Parolen sind, unter denen der Kampf stattfindet. Außerdem darf man darauf vertrauen, daß die Bauern ohnedies wertkonservativ und heimatverbunden sind, sonst wären sie keine Bauern - da kann erstmal nichts anbrennen.

COMPACT-TV ist der Motor der Wende

COMPACT-TV hat im Zusammenhang mit den Bauernprotesten alle Reichweitenrekorde gesprengt und bereits am Donnerstag über eine Million Zuschauer, am Freitag sogar 1,3 Millionen Zuschauer erreicht. Wir werfen alle unsere Kräfte in diesen wichtigen Kampf - wir sind die Stimme des Volkes! ...

Das alles kostet uns eine Menge Geld - und wir nehmen nichts ein, weil wir unsere Sendungen

kostenlos ausstrahlen. Wenn Sie gut und wichtig finden, was wir machen, freuen wir uns über eine Spende - damit ermöglichen Sie uns, daß wir weiter in der Offensive bleiben können.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27862" berichtete am 8. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Deutschlandweite Proteste - Unzufriedenheit und Wut nicht nur unter Bauern**

Eine neue Protestwelle der Bauern startet am 8. Januar in verschiedenen deutschen Städten. Viele andere Berufsgruppen, wie Spediteure, Lokführer, Gastronomen und Handwerker schließen sich an. Auch sie leiden unter den Maßnahmen der Ampelregierung und fürchten um ihre Existenz. Durch diese verfehlte Agrarpolitik wird nicht nur die Existenz der Bauern, sondern die der gesamten Gesellschaft gefährdet!

Im Haushalt der deutschen Bundesregierung klafft grade ein großes Loch. Milliardensummen müssen eingespart und die grüne Agenda soll gleichzeitig weitergeführt werden. Bei den Bauern geht es konkret um die Einsparung von etwa 1 Milliarde Euro durch die Streichung der Subventionen für Agrardiesel und der bisherigen Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer für Landwirtschaftsfahrzeuge. Dagegen wehrten sich die Bauern schon im Dezember und riefen zu einer Großdemonstration in Berlin auf. Mit 1.500 Traktoren blockierten sie komplett die Straße zum Brandenburger Tor.

Zu Jahresbeginn 2024 bahnt sich nun eine enorme Ausweitung dieser Protestaktionen an. Ein erster Höhepunkt ist der 8. Januar 2024, der eine Protest-Woche mit anschließender Großdemonstration am 15. Januar 2024 in Berlin einläutet.

Alfons Wolff: Bundessprecher der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN

"Der Protest geht weiter. Die Steuerpläne der Bundesregierung müssen weg und zwar ersatzlos. Laß uns dafür im neuen Jahr auf die Straße gehen mit allen gemeinsam, egal, welcher Verband und mit all den Bürgern, die sich bereits uns angeschlossen haben.

Das Scheitern der Ampelkoalition hilft uns alleine nicht weiter. Wir brauchen Perspektiven. Und selbst AfD und CDU haben dem Gesetzesvorschlag zugestimmt, was kaum zu glauben ist. Nicht nur die ungerechtfertigten Steuern sind heute unser Problem. Die Freien Bauern fordern ein grundsätzliches Umsteuern in der Agrarpolitik.

Weg mit "Green Deal" und "Farm to Fork". Weg mit den überzogenen Auflagen und der wahnsinnigen Bürokratie. Weg mit dem Preisdruck durch Importe, die nicht nach unseren Standards produziert wurden. Weg mit dem Preisdruck durch Monopole in vor- und nachgelagertem Bereich. Weg mit Gentechnik, Laborfleisch und Insektenfraß. Und vor allen Dingen auch weg mit den Wölfen aus unserer Kulturlandschaft. Wir fordern eine Neuausrichtung der Agrarpolitik."

Den Bauernprotesten schließen sich immer mehr andere Berufsgruppen, wie Spediteure, Lokführer, Gastronomen und Handwerker an. Auch sie leiden unter den Maßnahmen der Ampelregierung und fürchten um ihre Existenz.

Aus aktuellem Anlaß strahlen wir deshalb im Anschluß noch einmal die Doku "Bauernopfer" aus. Sie beleuchtet Hintergründe und Strategien dieser verfehlten Agrarpolitik, mit der nicht nur die Existenz der Bauern, sondern (die) der gesamten Gesellschaft gefährdet wird.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. Januar 2024: >>**Dem System geht die Muffe!**

Ein Wintersturm fegt durchs Land. Den Bauernprotesten könnte schon bald ein "heißer Frühling" folgen. Immer mehr Menschen hierzulande merken plötzlich: Moment mal, wir müssen uns nicht mehr alles gefallen lassen. Die Bauern zeigen, wie's geht!

"Ex-Bild-Politikchef" Einar Koch: "Die Lunte zu einem Pulverfaß brennt. Auf diesem Pulverfaß stehen groß die Buchstaben: VOLKSAUFSTAND!" Genau davor hätten die Ampel und ihre medialen Handlanger Angst.

VON EINAR KOCH*

Der Wintersturm

Ampel und System-Journaille sind im Panik-Modus. Sie fürchten, daß der Bauernaufstand nur der Anfang sein könnte; sie spüren, daß ein Wintersturm durchs Land fegt, dem schon bald ein "heißer Frühling" könnte.

Ampel und System-Journaille dämmert, daß die Lunte zu einem Pulverfaß brennt. Auf diesem Faß stehen groß die Buchstaben: VOLKSAUFSTAND!

Denn längst geht es nicht mehr nur um Steuerbefreiungen und Agrar-Diesel. Es geht um viel mehr - es geht um DEUTSCHLAND!

Genau davor haben die Ampel und ihre medialen Propaganda-Assistenten Angst:

Daß die große Mehrheit der Deutschen nicht länger bereit ist, die systematische, von Klima-Ideologie getriebene Zerstörung unseres Wohlstandes widerspruchslos hinzunehmen.

Daß immer mehr Menschen nicht länger willens sind, dieser Regierung wie die Lemminge in den kollektiven Abgrund zu folgen. Einer Regierung und einem Kanzler, die durch den Bruch ihres Amtseides ("Schaden vom deutschen Volk wenden, seinen Nutzen mehren") jede Legitimität verloren haben!

Wie groß die Angst der Regierenden ist, machen die gleichermaßen verstörenden wie verzweifelten Worte von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") deutlich: "Diese Republik ist der beste Staat, den Deutschland je hatte. Wir müssen für sie einstehen. Seien wir solidarisch, als Demokratinnen und Demokraten und in diesem Sinne patriotisch. In dieser Woche und in den nächsten, in dieser Zeit."

Das sagt ausgerechnet der Mann, der nach eigenem Bekunden mit Deutschland "noch nie etwas anzufangen" wußte und es bis heute nicht weiß! Fehlte nur noch der flehentliche Zusatz: "Ich liebe doch alle, alle Menschen ..."

Die Gegenoffensive des Systems folgt einem alten, aus Corona-Zeiten bekannten Muster: Warnungen vor einem "Kapern" der Proteste durch "Rechtsextreme"; Diffamierung einer Volksgruppe als wahlweise "Kartoffel-Mob", "Mistgabel-Mob", "Mähdrescher-Mob"; Hochstilisieren von vereinzelt grenzüberschreitenden Vorkommnissen.

Übrigens: Es wäre nicht das erste Mal, daß Provokateure des Verfassungsschutzes (Regierungsschutzes) für genau diese klammheimlich gewünschte "Entgrenzung" sorgen!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<*

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 9. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Breite Mehrheit der Deutschen unterstützt Bauern-Proteste!**

Über diese Zahlen kann man nur überrascht sein, wenn man wie die Ampel-Regierung und die CDU in einem Paralleluniversum lebt: Mit 69 Prozent der Deutschen unterstützt eine breite Mehrheit die aktuellen Bauernproteste! Nur rund ein Fünftel (22 Prozent) spricht sich laut der entsprechenden Erhebung des INSA-Instituts gegen die Proteste aus.

Damit ist klar: Die AfD wird in ihrer Politik bestätigt - schließlich sorgt nur die ideologiefreie AfD-Energiepolitik dafür, daß Landwirte ihre Energiekosten wieder stemmen können. Außerdem forderte die AfD bereits im Jahr 2022 mit einem Bundestags-Antrag, daß die Agrardiesel-Rückerstattung verdoppelt wird (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/036/2003699.pdf>).

Unsere Politik erweist sich einmal mehr als vorausschauend und weitsichtig!

Daß den Bauern eine Welle der Sympathie aus der Bevölkerung entgegenkommt, ist aus zwei Gründen kein Wunder. Erstens haben die Menschen auch jenseits des bäuerlichen Berufsstands die Nase voll von CO2-Abzocke und grüner Energiepolitik.

Und zweitens bringen die Bauern ihren Protest im Gegensatz zur "Letzten Generation" zivilisiert, demokratisch und menschlich zum Ausdruck: Für die Durchfahrt von Rettungsfahrzeu-

gen wurden die Blockaden unterbrochen. Während die Öko-Terroristen der "Letzten Generation" auf blinde Zerstörungswut und billige Parolen setzen, überzeugen die Bauern mit Argumenten und sympathischem Auftreten.

"Wir merken schon, daß alles sehr gesittet abläuft. Man ist auch mit Augenmaß dabei", sagt ein Sprecher der brandenburgischen Polizeidirektion Nord.

Solche demokratischen Proteste gegen den Ampel-Irrsinn zu unterstützen, wird uns auch weiterhin ein Herzensanliegen bleiben. Die INSA-Umfrage macht Mut und zeigt, daß sich der Wind des Zeitgeists längst gedreht hat. Wir bleiben mit euch auf der Straße, damit endlich eine Politik für steuerliche Entlastungen, für die Unterstützung unserer Landwirtschaft und für die Interessen der eigenen Bürger gemacht wird. Die Ampel wird bald ganz allein stehen!

Lesen Sie hier das vollständige AfD-Sofortprogramm für unsere Landwirtschaft: <https://www.afd.de/sofortprogramm-landwirtschaft/><<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Januar 2024: >>**Gegen die Bauern: Özdemirs Sündenregister**

Von *Sven Reuth*

Der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir spielt plötzlich das Unschuldslamm und will von den Sparbeschlüssen der Bundesregierung kalt erwischt worden sein. Doch diese Darstellung ist falsch. ...

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) wurde gestern Abend in der Weinbaugemeinde Erlenbach bei Heilbronn mit ähnlich geballter Wut empfangen wie Vizekanzler Robert Habeck einige Tage zuvor am Anlegepunkt im nordfriesischen Schlüttsiel. Der Gang zu einem von der Grünen-Landtagsfraktion ausgerichteten Bürgerdialog geriet für ihn zu einem regelrechten Spießbrutenlaufen, begleitet von schallenden "Hau ab, hau ab - Sprechchören" und einigen noch deutlich ärgeren Zwischenrufen.

Kampf gegen "klimaschädliche Subventionen": Ein grüner Fetisch

Heute setzte Özdemir als Redner in der Stadthalle von Ellwangen am Rande der dortigen traditionellen Bauernkundgebung auf dem Kalten Markt seine altbekannte Verteidigungsstrategie fort. Angeblich will der grüne Landwirtschaftsminister von den Sparbeschlüssen des Bundeskabinetts im Dezember vergangenen Jahres kalt erwischt worden sein. Eine Lüge, die an Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten ist.

Tatsächlich stand die Streichung der Agrardieselbeihilfe immer ganz oben auf der Wunschliste des grünen Landwirtschaftsministeriums, zählt diese doch zu den von den Grünen identifizierten "klimaschädlichen Subventionen", die es nach Auffassung dieser Partei gänzlich zu tilgen gilt. Auf dieser Irrsinns-Liste der "klimaschädlichen Subventionen" steht für die Grünen übrigens auch die gesamte Pendlerpauschale wie auch der gesamte soziale Wohnungsbau, da dieser mit der CO₂-intensiven Produktion von Zement verbunden ist.

Die nun zeitlich gestreckte, aber nicht aufgehobene Abschaffung der Erstattungen beim Agrardiesel, auf die sich die Ampel festgelegt hat, kostet einen durchschnittlich großen Bauernhof rund 17.000 Euro jährlich, rechnete die Prignitzer Bäuerin Ina Oestreicher in der Berliner Morgenpost vor. Da die Landwirte Jahr für Jahr vom erwirtschafteten Gewinn ihres Hofes leben müssen, bedeutet diese Regelung für viele Landwirte den Ruin.

Dänemark gegen den Düngewahn

Eine extreme Belastung stellt für viele Bauern auch die in Deutschland besonders streng ausgelegte EU-Düngemittelverordnung dar. Sie verbietet den Bauern, ihre Pflanzen in einem erforderlichen Ausmaß zu düngen. In vielen Fällen verkümmern die Nutzpflanzen. Die Unterversorgung mit Nährstoffen führt beispielsweise häufig dazu, daß der für Brotweizen nötige Eiweißgehalt des geernteten Korns nicht erreicht wird, was zur Folge hat, daß ganze Ernten als billiger Futterweizen verkauft werden müssen.

Viele Bauern erlebten in den letzten Jahren einen Schock, als sie die von den Landwirtschafts-

ministerien erstellten Düngemittelkarten unter die Nase gerieben bekamen, die größtenteils rot eingefärbt waren.

Hier werden aufgrund einer behördlich festgestellten angeblich zu hohen Nitratbelastung nochmals schärfere Düngemaßnahmen erlassen. Gerade aber Kartoffeln und anderes Gemüse benötigen schon früh im Wachstumszyklus eine hohe Stickstoffzufuhr und können unter den aktuell geltenden Bedingungen kaum noch in Deutschland angebaut werden.

Dänemark hat die EU-Düngemittelverordnung mittlerweile wieder aufgehoben. Begründung: Aufgrund der Vorgaben war es den Landwirten nicht mehr möglich, backfähigen Weizen anzubauen. Auf einen solchen Schritt wird man im EU-hörigen Deutschland sicherlich vergeblich warten.

Viele EU-Agrarminister wollen sich auch nicht an die von Brüssel verordnete Stilllegungspflicht für Ackerland halten. Die erzwungene Schaffung von Brachflächen ist in Zeiten explodierender Lebensmittelpreise ohnehin Wahnsinn, außerdem sind die Ertragsausfälle bei den Landwirten oftmals weit höher als die staatlichen Stilllegungsprämien. Dennoch hält das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Cem Özdemir weiter eisern an dieser verfehlten Politik fest.

"Wir werden weiterkämpfen"

Verantwortlich ist Özdemir auch für eine langjährige Hinhaltenaktik beim Thema der geradezu explosionsartig zunehmenden Wolfsbestände in Deutschland. Die Bestandserhaltung der Raubtiere ist längst gesichert, dennoch hat das Ministerium in Berlin sich lange beim Thema einer kontrollierten Bejagung des Wolfes in Deutschland quergestellt. Diese Haltung scheint sich nun unter dem Eindruck der massiven Proteste etwas aufzuweichen.

Nach dem heutigen Auftritt Özdemirs in Ellwangen gaben ihm die Veranstalter mit auf den Weg:

"Wir werden weiterkämpfen, bis die Forderungen der Landwirtschaft durchgesetzt sind. Richten Sie das in Berlin aus!"

Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg und es wird nicht reichen, wenn Cem Özdemir alle Verantwortung nur beim Rest des Bundeskabinetts sowie den Vorgängerregierungen abzuladen versucht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Januar 2024: >>**Protest-Ticker: Bauern besuchen Habecks Wahlkreisbüro**

Von *COMPACT Redaktion*

Der dritte Tag des Bauernprotests: Wieder strömen die Landwirte mit ihren Traktoren auf die Straßen, um gegen die Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der Ampel zu demonstrieren. 15:45 Uhr: In Hamburg fuhren etwa 750 und in Flensburg etwa 2.000 Traktoren und weitere Fahrzeuge auf. Dabei passierten die Traktorfahrer auch das Wahlkreisbüro von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Das war freilich geschlossen. Zu den Slogans gehörten "No Farmers No Food No Future".

14:30 Uhr: Auch eine Rede von Bundesagrarminister Cem Özdemir (Grüne) Ellwangen (Baden-Württemberg) kam nicht gut an. Vor der Stadthalle piff die Menge ihn regelmäßig aus.

Özdemir: "Die Kfz-Steuerbefreiung bleibt, die grüne Plakette bleibt ihnen erhalten, das haben wir immerhin schon mal erreicht" Die Zuschüsse zum Agrardiesel werden nicht schlagartig, Schlag, sondern über drei Jahre abgeschafft: "Das ist ja nicht nix, Ich habe schon auch was gemacht, ich habe schon auch was durchgesetzt."

13:20 Uhr: VIDEO: Die Rede von Ministerpräsident Michael Kretschmer in Dresden. Die Protestierenden verhalten sich ruhig, aber es hagelt Buh-Rufe!

12:50 Uhr: Aktuell halten 58 Fahrzeuge am Brandenburger Tor weiterhin die Stellung:

12:40 Uhr: Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), kündigt laut

Bild weitere Proteste an. Das Angebot der Ampel sei ein "fauler Kompromiß". aus der "Berliner Blase." Die Ampel-Politiker würden beraten von "Menschen, die noch nie gearbeitet, noch nie geschwitzt haben."

12:10 Uhr: Bauernverband spaltet Proteste! Ausgerechnet Michael Kretschmer soll heute am Dresdner Theaterplatz zu den demonstrierenden Bauern reden! Ein Widerstands-Veteran hielt dagegen ein Plakat hoch, das Kretschmer in Sträflingskleidung zeigt. Dafür wurde er vom Protest ausgeschlossen! Der Bauernverband spaltet damit den Protest.

Es geht los: 100.000 Traktoren unterwegs: Blockiert werden: 70 Autobahnauffahrten in Brandenburg und der Containerterminal in Bremerhaven. In Dresden versammeln sich ebenfalls die Protestierenden:

10:30 Uhr: Peinliche Gegenaktion der "Letzten Generation" in Leipzig: Aktivisten der "Letzten Generation" setzten sich auf einen Spielzeugtraktor. Auf Plakaten standen Sprüche wie "Wir dürfen das! Wir haben einen Traktor."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27872" berichtete am 10. Januar 2024 (x1.350/...): >>Wetter-Manipulationen: Was wir sicher wissen

Vortrag von ETH-Physiker Dr. *Philipp Zeller*

Geoengineering, Chemtrails, HAARP; wie ernst sollen wir dieses Thema überhaupt nehmen!? Dieser Frage stellte sich auch Philipp Zeller, Dr. sc. nat., Dipl. Physiker ETH. ... Er hat mehrere Jahre im Patentwesen gearbeitet, wo er so einige brisante Informationen entdeckte und diese nun ans Licht bringt.

Was wissen Sie, liebe Zuschauer über Wettermanipulationen? Wird dieses Thema in Ihrem Umfeld auch kontrovers diskutiert und gerne als Verschwörungstheorie abgetan? Der folgende Vortrag eines promovierten Naturwissenschaftlers am Sommer-WEF 2022 in Davos ist diesbezüglich sehr aufschlußreich.

Philipp Zeller studierte Physik an der ETH Zürich und hat den Dokortitel in Naturwissenschaften. Als Freizeitpilot befaßt sich Zeller schon seit über drei Jahrzehnten eingehend mit dem Wetter. Im Laufe der Zeit bemerkte er zunehmend "Auffälligkeiten am Himmel". Er begann eigene Untersuchungen durchzuführen und zu recherchieren. Insbesondere zu den Themen SRM (Management der Sonneneinstrahlung), SAI (Stratosphärische Aerosol-Injektion) und HAARP (Hochfrequenz-Aktiv-Auroral-Forschungsprojekt).

Der ehemalige Hochschuldozent Zeller hat lange im Bereich Patentierung gearbeitet. Darum kennt er sich auf diesem Gebiet sehr gut aus. Durch seine Recherchen hat er an die 1.000 Patente für Technologien zur Wettermanipulation gefunden - diese reichen bis ins Jahr 1892 zurück.

Das nachfolgende Referat möchte keine Angst schüren. Die Manipulationen des Wetters geschehen mit und ohne unser Wissen so oder so. Vielmehr soll die faktenorientierte Aufdeckung von Tatsachen einer Verleugnung dieser Vorgänge entgegenwirken und sachlich fundierte Argumente in die Hand geben. Verbreiten Sie deshalb dieses Video an unwissende, aber wahrheitssuchende Menschen.

Referat von Philipp Zeller: Sommer-WEF 2022 Geoengineering:

Ich möchte alle sehr herzlich begrüßen und Alec und allen anderen Organisatoren und auch euch ganz herzlich danken, daß ich diese Möglichkeit bekomme, hier etwas zu erzählen. Bis jetzt waren meine Vorträge immer deutlich länger als eine Stunde, das heißt, ich mußte massiv kürzen. Dann kam noch dazu, daß das Thema ja Gesundheit lautet, das heißt, ich habe auch ein bißchen über den physikalischen Tellerrand raus recherchiert, weil ich dann doch die Gesundheit ins Zentrum stellen wollte.

Und ich denke, die meisten von euch muß ich ja nicht davon überzeugen, daß das Wetter manipuliert wird und was da oben eben tatsächlich passiert. Also, was hat es mit Geoengineering und Gesundheit auf sich? Wie gesagt, ich möchte hier eine nicht abschließende

Übersicht geben über ein paar Regierungsdokumente und Gesetze, über Patente. Patente meldet man nicht einfach aus Spaß an, die kosten sehr viel Geld. Und man muß auch den Nachweis erbringen, daß sie funktionieren, sonst werden sie nicht erteilt und publizierte Forschungsarbeiten, nicht von mir selber, weil es, wie gesagt, ja auch noch den Fokus der Gesundheit zeigen soll. Wie gesagt, es ist nur eine Übersicht, ich recherchiere fast permanent weiter.

Ich habe auch nicht den Anspruch, hier einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten, im Sinne von einer wissenschaftlichen Fachkonferenz, also vom Aufbau her und so, sondern es ist, wie gesagt, eine Übersicht. Und natürlich kann ich mich auch irren, ich mache Fehler oder ich kann auch etwas zitieren, was vielleicht auf wackeligen Füßen steht, das möchte ich einfach vorausschicken. Nun, was ist denn Geoengineering überhaupt? Frau Weichert hat ja vorher Chemtrails erwähnt. Ich versuche, diesen Begriff nicht zu erwähnen, weil mit dem Begriff Chemtrail wird man immer sofort in die Ecke der Verschwörungstheoretiker gedrängt, obwohl der Begriff selber von der US Air Force in den 70er Jahren geprägt wurde. Das ist ja das Lustige daran.

Geoengineering ist sicher der neutralere Begriff und Geoengineering beinhaltet hauptsächlich Wettermanipulation, das ist eigentlich das Wichtigste, durch Ausbringung von Partikeln in die Atmosphäre, aber auch durch elektromagnetische Wellen, die man mit großer Leistung in die Atmosphäre abgibt. Dann natürlich Erdsondierung, es geht ja um das Verändern ... an der Erde, Geo, die Erde. Das heißt, man sondiert da nach Hohlräumen, nach Ölvorkommen, Gas usw. Und man kann tatsächlich, ich wollte das anfangs auch fast nicht glauben, man kann tatsächlich auch mit diesen Aktivitäten Erdbeben künstlich auslösen.

Und letztendlich kann man auch das Erdmagnetfeld, gerade mit diesen vorher erwähnten elektromagnetischen Strahlen, auch manipulieren. Wozu wird denn überhaupt Geoengineering gemacht? Das geht eigentlich auf den ganzen Kalten Krieg zurück, das begann direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Eigentlich begann es schon früher, zumindest mit dem Bestreben, das Wetter zu beeinflussen. Aber das Geoengineering im großen Stil, das begann eigentlich nach dem Zweiten Weltkrieg.

Und ich möchte hier den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Lyndon B. Johnson zitieren. Der hat 1962 an einer Konferenz gesagt, wörtlich: "Wer das Wetter kontrolliert, der kontrolliert die Welt." Und das sind die Bestrebungen dieser Supermächte, allen voran der USA. Es gibt übrigens diese Rede auf YouTube, kann man finden, kann man sich im Originalwortlaut anhören. In der Vergangenheit - das Lustige ist, es wird ja immer bestritten, daß Geoengineering überhaupt gemacht wird - aber in der Vergangenheit gab es ganz viele solcher Projekte.

Ich möchte ein paar ganz Prominente, die heute auch öffentlich zugegeben werden, erwähnen. Das Projekt Cumulus, das 1952 im Vereinigten Königreich zu einer großen Flutkatastrophe geführt hat, als man eben Wolken geimpft hat, um sie künstlich herzustellen und zum Abregnen zu bringen. Es gab eine ganz dramatische Flutkatastrophe, da gab es 34 Tote und ganz viele Häuser wurden mitgerissen usw.

Es gibt natürlich noch schlimmere Katastrophen, aber da war der Zusammenhang eben sehr unmittelbar sichtbar. Es wurde dann natürlich viele Jahre totgeschwiegen, bis es dann wirklich ans Licht kam. Dann das Projekt Stormfury, das war 1962 bis 1971. Da hat man versucht, Hurrikans eben auch mit sogenanntem Impfen, also mit Ausbringen von Partikeln, zu beeinflussen. Das macht man heute viel professioneller als damals. Damals war das eben ein Projekt, noch zur Erforschung.

Und dann ganz bekannt, das ist wahrscheinlich den meisten bekannt, das Projekt Popeye, wo man im Vietnamkrieg ganz bewußt große Niederschläge eigentlich provoziert hat, um die Versorgungswege der Vietkongs quasi zu verschlammen und zu verhindern. Und letztendlich

möchte ich auch daran erinnern, daß es über 2.000 Atombombentests gab. Also warum muß man so eine verheerende und umweltverschmutzende Bombe so und so oft wieder testen? Ich meine, wenn man sie schon bauen will, und da stelle ich sowieso schon ein Fragezeichen dahinter, dann reichen ja zwei, drei Tests, dann weiß man, wie es tut.

Und das kann man ja heute noch nachweisen, im Wasser, im Boden und in der Atmosphäre, diese ganze Radioaktivität. Es gibt dutzendweise, wenn nicht Hunderte von offiziellen Dokumenten, zum Teil waren die schon immer öffentlich zugänglich, zum Teil wurden sie später deklassiert, also vor allem in den USA, da kann man wirklich stundenlang recherchieren und downloaden. Eines davon möchte ich hier einfach kurz zeigen, das heißt schon, ein Wettermodifikations-Proposal-Vorschlag vor dem US-Kongreß. Es ist ein sehr umfangreiches Dokument mit fast 200 Seiten.

Und da drin - ich habe das extra übersetzt, das ist von 1978 - und dort drin steht, daß in den vergangenen 30 Jahren, also von 1947 bis 1978 - also ich spreche nicht von heute, die vergangenen 30 Jahre - wurden 110 Wettermanipulationsprogramme im Kongress der USA vorgebracht und auch abgesegnet. Der Kongress hat dann 1978 ein nationales, also staatenübergreifendes Forschungsprogramm initiiert und auch finanziert. Damals wurde eben bemängelt, daß es damals in den USA noch kein nationales Gesetz gab, das das alles geregelt hätte. Da mußte man sich behelfen und da wollte man etwas Entsprechendes auf den Weg bringen.

Und natürlich hatte man damals schon Angst, weil man es ja schon gemacht hat - eben zum Beispiel in Vietnam - hatte man natürlich Angst, daß der Feind dasselbe tun könnte zum einen, oder auch, daß man dann plötzlich irgendwie angeklagt würde als Nation, wenn es irgendwo ein Unwetter gibt oder eine Dürre, daß es dann heißen könnte: "Das war ein Angriff", und das wollte man natürlich verhindern. Deshalb mußte man das entsprechend gesetzlich regeln.

Und daraufhin hat man dann im 1978 - also initiiert schon 1976 - und 1978 hat man dann eine Gesetzesresolution in New York auf den Weg gebracht. Da stand die UNO dahinter, also das UN-Abkommen zum Verbot der kriegerischen Nutzung von Wettermanipulationen oder überhaupt von umweltverändernden Techniken. Und dieses Gesetz hat also auch die Schweiz ratifiziert, also ganz, ganz viele Staaten auf der Welt haben dieses Gesetz ratifiziert. Die Schweiz 1988, das heißt, das ist jetzt im Bundesgesetz übergegangen, das könnt ihr nachschauen auf der Gesetzessammlung des Bundes, das ist die Nummer 51.506.

Dieses Gesetz tönt ja eigentlich gut, und wie gesagt, das haben die USA da auf den Weg gebracht, 1976 bis 1978, eben aus Angst davor, daß die Feinde ja dasselbe machen könnten. So ein Gesetz heißt ja nicht, daß man sich daran halten muß. Es tönt sehr gut, die ersten beiden Hauptartikel tönen auch sehr gut, es geht wirklich darum, daß das verboten ist. Dann gibt es aber noch den dritten Artikel dieses Gesetzes, und in diesem dritten Artikel steht zunächst einmal, daß die Nutzung für friedliche Zwecke natürlich zulässig ist.

Es ist aber nicht definiert, was friedliche Zwecke sind. Und dann kommt noch ein zweiter Unterartikel in diesem Artikel 3 vor, und da steht, daß die Vertragsstaaten sich sogar verpflichten, das zu unterstützen: Wissensaustausch zu betätigen, sich finanziell daran zu beteiligen. Sie müssen sich nicht aktiv daran beteiligen, aber sie müssen es unterstützen und einen Beitrag leisten. Und dann kommt noch das i-Tüpfelchen dazu, dann gibt es nämlich noch eine sogenannte Absprache zu diesem Artikel 3, und da steht, daß da drin nicht die Frage behandelt, ob so eine umweltverändernde Technik die geltenden Vorschriften des Völkerrechts verletzt oder nicht.

Es erinnert mich so ein bißchen an ein Gesetz, das auf den Weg gebracht werden soll bezüglich Pandemiebekämpfungen. Das kennt ihr vielleicht auch, aber das hier haben wir als Schweizer schon 1988 ratifiziert. Das ist eigentlich erschreckend. Ich gehe jetzt wieder zurück

in die USA und zeige nochmal ein Dokument, das veröffentlicht wurde, das ein Proposal (Vorschlag) war an die U.S. Air Force für den Ausblick auf das Jahr 2025.

Das Dokument selber ist von 1996, und der Titel dieses Dokuments ist: "Weather as a Force Multiplier", also "das Wetter als Kräfteverstärker". Und der Untertitel ist: "Wir besitzen das Wetter bis ins Jahr 2025". Ein kurzer Auszug aus diesem Dokument: Auf der linken Seite quasi, wie man den Feind schädigen kann, auf der rechten, wie man sich selber und seine Partner unterstützen kann. Da nur ein paar Stichworte: Den Feind schädigen mit Regen, mit Flutwellen, die auch die Moral der Soldaten - auf der anderen Seite quasi - verschlechtern soll. Man kann aber auch eine Dürre provozieren, Wasserknappheit, bis es den Leuten so schlecht geht, daß sie sich ergeben.

Man kann Stürme provozieren, man kann die Ionosphäre - da komme ich später noch darauf zurück - so manipulieren, daß der Feind keine Funkverbindungen mehr aufnehmen kann, oder mit Radars quasi die eigenen Flugzeuge nicht mehr sieht. Man kann Nebel und Wolken entweder sich auflösen lassen, damit sich der Feind nicht verstecken kann, oder man kann sie bilden, um den Feind eben damit zu überraschen. Und man kann auch erkennen, ob der Feind selber solche Techniken einsetzt oder nicht. Und die eigenen Praktiken sind quasi genau das Gegenteil. Ja, also man schaut, wenn man selber einen großen Transport hat, daß man eben keinen Regen hat, daß die Wege trocken sind, Sturm eben nach Bedarf, die Ionosphäre ebenfalls optimieren, wenn man selber Radarsignale braucht und gute Funkverbindungen braucht, usw.

In diesem Dokument - es ist immer noch dasselbe Dokument - da steht da noch drin, so als Zusammenfassung, wenn dann erst einmal die Bedingungen gegeben sind, dann müssen wir auch in der Lage sein, Kohlenstaub - hier in diesem Dokument steht ganz klar Kohlenstaub, und zwar feinen Feinkohlestaub - in der gewünschten Region, also in der feindlichen Region, auszubringen, und zwar kontrollierbar, sicher, kosteneffektiv und zuverlässig.

Da wurden Methoden evaluiert, und es steht, daß sogar unzählige Sprühtechniken bereits studiert wurden. Das Dokument ist von 1996. Die sicherste und günstigste Methode ist eine Art Nachbrenner von Jet-Triebwerken, also quasi eine hinter dem Triebwerk angebrachte Einsprühvorrichtung, um eben diesen Kohlenstaub in den Abgasstrahl einzubringen.

Und während das Flugzeug eben durch dieses Gebiet fliegt, wird das aktiviert oder es kann auch wieder deaktiviert werden. Warum Kohlestaub? Das ist spannend. Es gibt ein weiteres Dokument, das ist unter dem Freedom of Information Act, FOIA, also eben quasi später veröffentlicht worden. Das war früher einmal ein vertrauliches, geheimes Dokument. Das stammt aus dem Philips Labor von der Leitenden Abteilung für Geophysik. Die haben natürlich die amerikanische Regierung immer beraten und auch das Militär usw. Da steht drin, wie man den Regen verstärken kann, den Regen vermindern kann, Zirruswolken verstärken kann, also quasi diese Schleierwolken, die wir ja jetzt ständig haben - die sind einfach nicht natürlich, aber wir haben sie - oder wie man Nebel vertreiben kann.

Und das Ganze - das ist jetzt quasi nur das Kapitel vier, ich habe das extra quasi rausgezogen - und zwar mit Schwarzkohle, Wettermodifikation mit Schwarzkohle steht da ganz klar drin. Das überspringe ich. Es gibt ganz, ganz viele solche Dokumente. Es ist erschreckend, was da alles für Kampfmittel erforscht und erprobt werden. Ich möchte noch kurz ein Buch zitieren, ein sehr spannendes Buch. Ich habe es im Original - antiquarisch gefunden.

Dieses Buch heißt "Unless Peace Comes", also "Es sei denn, wir finden zum Frieden", was natürlich zu hoffen ist. Das wurde editiert von einem Nigel Calder 1968, also das hat auch schon ein paar Jahre auf dem Buckel. Und dieser Nigel Calder war ein sehr einflußreicher und renommierter Wissenschaftsjournalist.

Und der hat führende Militärberater und Top-Wissenschaftler gebeten, jeweils ein Kapitel zu diesem Buch beizutragen bezüglich ihrer Arbeit, wie sie die Regierung beraten und was sie für

Forschungsarbeiten (durch)föhren. Und das verrückteste oder spannendste Kapitel aus diesem Buch, es sind 17 Kapitel, heißt "Wie wir die Umwelt zerstören". Das ist der Titel des Kapitels und dieses Kapitel wurde geschrieben von einem Professor Gordon MacDonald, der lebt mittlerweile nicht mehr, der war der Vorsteher von Geophysik und Planetenphysik an der Universität von Kalifornien in Los Angeles.

Und er war Mitglied des Beraterstabs von Präsident Lyndon Johnson, den ich ja vorher bereits zitiert habe. Auszug aus diesem Kapitel, das Kapitel ist erschreckend zu lesen und er schreibt, was da 1968 an aktueller Forschung gerade betätigt wurde. Man kann kalte Wolken durch Eiskristallbildung erzeugen, man kann warme Wolken erzeugen, indem man die bestehenden Tröpfchen künstlich vergrößert mit Partikeln.

Man kann trockene Wolken erzeugen, die nicht abregnen, das haben wir ja diese Tage sehr oft. Man kann Wolken um ein Gewitter herum gezielt vergrößern, um das Gewitter zu verändern, zu verstärken oder abzuschwächen. Man kann Metallfolien oder Metallpartikel, zu seiner Zeit waren es noch Metallfolien, abwerfen, um vermehrt Blitze zu erzeugen.

Also Blitze, die dann auch entstehen, ohne daß es wirklich regnet, ohne daß es gewittert. Auch das kennen wir zur Genüge. Man kann Wirbelstürme erzeugen, man kann Wasseroberflächen mit Polymerschichten am Verdunsten hindern, damit es keine Wolken gibt, auch wenn die Temperatur steigt. Da würde ja eigentlich mehr Wasser verdunsten. Man kann das globale Klima verändern, und dazu schreibt er, das tut es ja auch natürlicherweise, und so kann man diese Aktivitäten gut verstecken. Niemand wird merken, ob es natürlich ist oder ob jemand dahintersteckt. Das ist noch nicht alles, ich habe eine zweite Seite.

Man kann Ozonlöcher erzeugen. 1968, nur so einmal nachgerechnet. Man kann mit einem ganz tollen Trick eine atomare Detonation, einen unterirdischen Atomsprengversuch unter der antarktischen Eisschicht durchführen. Die antarktische Eisschicht ist etwa 100 Kilometer dick, das sind unglaubliche Eismengen. Dann wird dort ein Wasserfilm durch die Hitze produziert unter dieser Eisschicht und ein grosser Teil dieses Eises wird wie auf einer Rutschbahn ins Meer rutschen. Dadurch kann man eine globale Eiszeit provozieren. Das ist relativ einfach.

Man kann Küstenstreifen sprengen und die lösen dann einen Tsunami aus. Ich weiß nicht, wer 1968 schon wußte, was ein Tsunami ist. Ich weiß es erst seit 2006, obwohl ich vorher Physik studiert habe. Aber Tsunamis waren mir nicht bekannt. Man kann Erdbeben erzeugen, indem man die Wasserschicht, die etwa 10 Kilometer tief unter der Erde ist, aktiviert. Die ist ganz nahe am sogenannten Tripelpunkt. Ich will mich jetzt nicht näher auf die Aggregatzustände des Wassers einlassen, rein aus Zeitgründen.

Nahe am Tripelpunkt heißt, wo das Wasser am dichtesten ist, wo es relativ schnell in den Übergang gehen kann, in unterkühltes Wasser oder Dampfform usw. Wenn man hört, daß ein Erdbeben das Epizentrum in 10 Kilometer Tiefe hatte, dann sollte man immer hellhörig werden. Spannend ist, daß alle die großen Katastrophen, wie zum Beispiel Fukushima, da war das Epizentrum 10 Kilometer tief. Ich kann nichts dazu beweisen, aber es ist eine interessante Koinzidenz. Man kann den Jetstream umlenken. Das werde ich nachher noch kurz zeigen.

Für diejenigen, die nicht wissen, was der Jetstream ist: Das sind hohe Winde in etwa 10 Kilometern Höhe, die um die ganze Welt gehen. Man kann Tornados auslösen. Ich glaube, das hatte ich schon auf der vorherigen Seite. Und dann die Quintessenz dieses Buchkapitels von Professor MacDonald ist, daß man Instabilitäten der Erde erkennen und ausnutzen kann. Also quasi da, wo etwas immer schon auf der Kippe ist, da muß man nur wenig Energie reinsetzen, um das in die eine oder andere Richtung lenken zu können.

Und letztendlich erzählt er auch über die Gedankenkontrolle. Daß man mit elektromagnetischen Wellen Gedankenkontrolle auf die Menschheit ausüben kann. Ich glaube, auch das dringt immer mehr an die Oberfläche, daß das tatsächlich über Jahrzehnte ganz intensiv erforscht wurde. Es gibt auch da ganz viele Patente dazu. Das ist erschreckend, was da schon

alles gemacht wurde. Gerade zum Beispiel im MK-ULTRA-Programm usw. Es wird ja auch zum Guten verwendet. Man mißt das über EEG - Elektroenzephalogramme. Da mißt man, was da in welchem Zustand für Hirnströme sind.

Und dann kann man das quasi wie zurückspielen und kann die Leute da in ganz spezielle Zustände bringen. Ich gehe nicht näher darauf ein, auch wieder rein aus Zeitgründen. Es ist ein riesiges Faß, ich kann nicht alles aufmachen. 1999 hat der Europarat einen etwa 35-seitigen Bericht verfaßt. Eine Spezialkommission des Europarats. Da geht es um das sogenannte HAARP-Projekt. Mit zwei A. Das heißt "High Frequency Active Auroral Research Program". Das heißt Hochfrequenz-Aktives Aurora, also ein Nordlichter Forschungsprogramm. Das findet in Alaska statt.

Mittlerweile gibt es solche Stationen fast auf der ganzen Welt. Das sind natürlich alles "in Anführungszeichen" Forschungsstationen. Ich komme nachher darauf zu sprechen, was es da gerade ist. Da geht es um Manipulationssysteme für die Ionosphäre. Die Ionosphäre ist ein sehr hoch oben liegender Teil unserer Atmosphäre. So etwa ab 80 Kilometer und höher. Die ist ionisiert, weil wir dort ständig elektrische Ladungen haben, die vom Sonnenwind ionisiert und dann abgelenkt werden. Dort oben fließt ständig ein Strom durch dieses Plasma. Dort oben ist es elektrisch und dort kann man natürlich besonders gut etwas manipulieren.

Der Europarat oder die Kommission schreibt dazu, daß es eben ein Teil elektromagnetischer Waffen ist und eine höchst gefährliche Bedrohung der gesamten Umwelt und natürlich auch der menschlichen Gesundheit darstellt, weil das Projekt zum Ziel hat, in den höchst sensiblen energetischen Bereich der gesamten Biosphäre einzudringen. Also nicht nur in die Ionosphäre, sondern auch hier unten. Es ist eine extrem gefährliche Aktivität. Mittlerweile gibt es viele solcher Radiowellen-Sendestationen und die haben ganz bestimmt einen Einfluß auf die Gesundheit von uns allen.

Ich komme jetzt gerade zu diesem Projekt HAARP bzw. zum Grundlagen-Patent desselben. Und zwar wurde das 1987 erteilt. In diesem steht drin, der Titel ist: "Veränderung einer Region in der Atmosphäre, Ionosphäre oder Magnetosphäre". Die Magnetosphäre ist noch weiter oben als die Ionosphäre. Die Ionosphäre ist unser magnetischer Schutzgürtel, der direkt mit dem Erdmagnetfeld verbunden ist, der quasi torusförmig um die Welt gerichtet ist. Insofern kann man da, wie ich eingangs sagte, das Erdmagnetfeld manipulieren.

In dem Patent steht drin, man kann Plasma heizen. Dadurch wird es hochgedrückt und dann gibt es einen Unterdruck, wo es hochgestiegen ist. Wenn ich Luft erwärme und sie steigt hoch, habe ich unten einen Unterdruck. Das provoziert eine horizontale Bewegung, also Wind. Ich kann dann auch mit dieser elektromagnetischen Strahlung eine Rakete verwirren, umlenken oder sogar zerstören. Das ist ein Waffensystem. Das ist dieser Krieg der Sterne, der in den 90er Jahren von den USA propagiert wurde. Weiter steht in demselben Patent drin, daß man die Ozon- oder Stickstoffkonzentration verändern kann. Man kann die Kohlendioxidkonzentration verändern. Kohlenmonoxid - noch gefährlicher.

Stickoxide und andere Stoffe können konzentriert oder verdünnt werden, um Umweltflüsse zu bewerkstelligen. Dann steht auch, daß das Erdmagnetfeld verringert oder sogar ausgeschaltet werden kann. Ziel ist natürlich, Raketen umzulenken, aber nicht nur. Und was ganz verrückt ist, man kann diese plasmatischen Partikel, die weit oben in der Atmosphäre sind, so manipulieren, daß sie sich zu einer Linse formen, einer optischen Linse und dadurch kann man einen Strahl von Sonnenlicht auf einen Punkt der Erde fokussieren.

Viele von Ihnen haben vielleicht schon einmal mit einer Lupe versucht Zunder anzuzünden. Ich habe das viel in meiner Kindheit gemacht. Das kann dann im großen Stil gemacht werden. Stichwort Waldbrände oder sonstige Brände oder Hitze Probleme usw. So sieht dieser ursprüngliche Antennenwald in Alaska aus. Das sind Kreuz-Diagonal-Antennen, also typische Radioantennen. Mit diesen Antennen können Frequenzen von 30 kHz bis 300 MHz erzeugt

werden. Das sind typische Radiowellen.

Das, was ich vorher erklärt habe, sieht etwa so aus. Man drückt den oberen Teil der Atmosphäre in die Höhe der Ionosphäre. Dadurch entsteht ein Unterdruck. Dann gibt es eine Horizontalbewegung und entsprechend Windbewegung. Wenn man diese Frequenzen, die ich vorher erwähnt habe von HAARP, umrechnet auf die Wellenlänge, wenn man sich die Hertzsche Welle anschaut, dann kommt man auf Wellenlängen zwischen 10 m und 15 km. Ein Wellental, ein Wellenbauch, ist die Hälfte davon, also 5 m bis 7,5 km.

Wenn man dann solche Wolkenformationen sieht, muß man sich schon fragen, ob das stehende Wellen von einem Föhntal sind, wenn man das im Mittelland oder sogar in Süddeutschland sieht oder ob da nicht eine andere Anregung dahintersteht. Für mich sieht das ganz genau danach aus. Das ist auch aus einem Forschungsbericht von dieser HAARP-Forschung, wie man Funkwellen an der Ionosphäre auch spiegeln kann.

Weil die elektrisch leitend ist, kann man die als Spiegel benutzen und kann viel bessere Radarüberwachung und Funkverbindungen bringen. Hier auch noch ein Ausschnitt aus einer Forschungsarbeit. Hier sieht man, daß man verschiedene leitende Schichten hat. Natürlicherweise hat man nur die Ionosphäre, die leitet. Hier unten hat man noch leitende Schichten. Wie bringt man das zustande?

Indem man leitfähige Partikel weiter unten in der Atmosphäre ausbringt. Die sind sehr hilfreich, um mit diesen HAARP-Wellen gewisse Effekte zu erzielen. Jetzt komme ich auf genau diese Partikel, die man da verwendet. Ich bringe Ihnen hier noch einmal mit einem Patent. Es ist ein sehr altes Patent, das wurde 1966 erteilt. Und zwar an die US Navy, also nicht an eine private Firma, sondern an den Staat. Ich will dazu erwähnen, daß zum damaligen Zeitpunkt, nach dem amerikanischen Patentrecht, ein Patent maximal 17 Jahre aufrechterhalten werden konnte. Das kostet aber viel.

Je älter ein Patent wird, desto mehr muß man bezahlen, damit man es als Schutz aufrechterhalten kann. Es wurde also die ganzen 17 Jahre dafür bezahlt. Dieses Patent, auch wenn es so alt ist, finde ich es so relevant. Es steht als Beispiel für Dutzende, wenn nicht Hunderte von Patenten, eine metallische Mischung zur Erzeugung von hygroskopischem Rauch. Also Rauch, der Wasser anzieht, Wasserdampf anzieht.

Und da drin steht, man brauche eine metallische Mischung, und die enthält folgendes, bitte festhalten: Lithium, Natrium, Kalium, Cäsium, Rubidium, Kalzium, Magnesium, Strontium und Bariumkarbonate und auch Mischungen davon. Zusätzlich Leichtmetalle wie Aluminium, Magnesium, Zink oder Zirkon oder Mischungen davon.

Außerdem ein anorganisches Oxidationsmittel wie Nitrate, Perchlorate, von Natrium, Lithium, Kalium, Kalzium, Barium und Strontium. Und dann zusätzlich auch noch eine Polyhalogenverbindung, da komme ich nachher gleich noch darauf zu sprechen, wie Hexachlorethan oder Oktachloropropan wurde patentiert, erteilt und 17 Jahre aufrechterhalten von der US Navy. Ein weiteres solches Patent, das sagt, man kann stratosphärische Welsbachpartikel ausbringen zur Reduktion der globalen Erwärmung.

Die sind damals schon auf den Klimawandelzug aufgestiegen, 1991. Welsbach war ein Forscher, deshalb Welsbachpartikel. Das ist einer von denen, die diese Idee hatten. Ich zeige das nur, weil hier drin steht, am besten eignet sich Aluminiumoxid oder Thoriumoxid. Also Aluminium wurde ja bereits erwähnt heute als einer der häufigsten Schadstoffe in der Atmosphäre. Es gibt ganz viele Patente, auch hier wieder eines, das sagt, sandartige Partikel kann man in die obere Atmosphäre bringen. Man kann eine Boeing 737 relativ einfach umfunktionieren, um 25 Tonnen Ladung in 18.000 Meter Höhe zu bringen. Dieses Patent wurde 2018 erteilt.

Es steht dann auch noch, die Partikel bleiben etwa zwei Jahre so weit oben in der Atmosphäre. Ich zeige noch eines, ich hoffe, es ist nicht zu langweilig. Das ist ein Patent der Firma

GelTech Solutions. Da gibt es unzählige YouTube-Videos dazu. Die heißen "auf der Jagd nach Hurricanes". Die haben aus Flugzeugen gefilmt, wie sie Hurricanes entweder verstärkt oder abgeschwächt haben. Die haben etwas ganz Tolles erfunden, ein Polymer, also eine Plastikverbindung. Die wird in eine Wolke versprüht, die Wolke trocknet aus und dann fällt ein Gel vom Himmel. So kann man Regen auch verhindern.

Und dann noch mal zum Aspekt Gesundheit. Auch wieder ein relativ neues Patent wurde 2015 erteilt und zwar an irgendeine Anwaltskanzlei. Das ist meistens ein Zeichen, daß die Erfinder oder die wirklichen Besitzer unbekannt bleiben wollen. Hier steht, das ist ein fliegendes Ausbringungssystem für toxische Mücken mit Drohnen, also unbemannten Flugzeugen. Wenn man sich die Patentfiguren anschaut, sieht man vielleicht hier nicht so gut, ich habe das extra reingezoomt. Das habe nicht ich reingebracht, das ist die Patentfigur da mit dem Totenkopf in der Ladung der Drohne.

Was da wirklich gemacht wird, hört und liest man immer mehr in den Mainstream-Medien. Nur heißt es immer, es wird nicht gemacht, wir sollten, wir sollten, es wäre ja dringend nötig, wegen dem Klimawandel. Das ist ja noch der größere Betrug als Corona, aber dieses Faß kann ich aus Zeitgründen auch nicht aufmachen. Auf jeden Fall gibt es ein sehr interessantes Buch von Professor David Keith. Ich empfehle es nicht zu kaufen, aber wenn es jemand interessiert, kann ich Auszüge davon zur Verfügung stellen. Ich habe es, "A Case for Climate Engineering", also wir müssen Climate Engineering machen.

In meinen Augen ist er zurzeit der forschende Führer für Geoengineering, der natürlich auch immer sagt, es wird nicht gemacht. Wir wissen genau, wie es geht, aber es wird nicht gemacht. Das sind alles Verschwörungstheoretiker, behauptet er. Er beschreibt im Detail, daß er Mikropartikel aus 5 Nanometer Aluminiumoxid, 30 Nanometer metallischem, also reinem Aluminium und dann noch 15 Nanometer Bariumtitanat, so wie ein Sandwich zusammenbringen will, weil die optimal das Sonnenlicht zurück ins Weltall reflektieren würden.

Dann gibt es noch ein weiteres Buch, davon haben Sie vielleicht schon gehört, wie wir die Klimakatastrophe verhindern von einem gewissen Bill Gates. Das empfehle ich erst recht nicht zu kaufen. Es steht einfach drin, daß das ein super lohnendes Investment sei. Mehr dazu sage ich nicht. Ich komme jetzt auf die Auswirkungen auf die Gesundheit, weil das ja das zentrale Thema ist. Also, Flugasche. Ich hatte ja vorher Dokumente gezeigt, wo von Kohlestaub die Rede war. Flugasche als Risikofaktor für Lungenkrebs.

Das ist ein Reviewartikel, also ein Artikel, der viele Forschungsarbeiten zusammenfaßt. Er erschien im "Journal of Advances in Medicine and Medical Research". Da wurde nachgewiesen, daß in der Luft und im Regenwasser Aluminiumsilikate, Eisenoxid, Magnetit, Radionuklide, also radioaktive Nuklide, sogar Alphastrahler, das sind die gefährlichsten, wenn man sie einatmet, Silizium, reines Silizium ist nicht gesund, Arsen, auch bekannt als Gift, Cadmium und Chrom vorhanden sind, so daß die ganz klar Lungenkrebs vermehrt auslösen können oder vermehrt durch oxidativen Zellstreß, durch Zytotoxizität, also Zellgiftigkeit und durch Genotoxizität, so daß sie auch das Genom verändern.

Interessant ist Asbest, das ist allen bekannt als sehr giftiger Stoff. Das ist ein faseriges Silikat, das ebenfalls viel Eisenoxid in sog. bioverfügbarer Form enthält. Da weiß man ja, was das für gravierende Lungenkrebsfälle angerichtet hat. Weiter eine Reviewstudie von 2019, auch aus dem "Journal of Advances in Medicine and Medical Research", Belastung durch Eisenoxid-Nanopartikel führt zu Herzerkrankungen, auch da wieder oxidativer Streß entsteht. In diesem Artikel steht, daß eine Belastung durch Eisenoxid auch zu Herzerkrankungen führen kann.

Die Autoren dieser Studie, das ist ein gewisser Marvin Herndon, der sich sehr intensiv mit dieser Thematik befaßt, mit Kollegen zusammen, der schreibt auch in diesem Artikel, es sei unerlässlich das Geoengineering durch Ausbringung von Aerosolen, ganz besonders von Flugasche, von ganz feinem Aschestaub zu beenden, um nicht die ganze Biosphäre zu

zerstören. Übrigens kurz, dies ist eines der wenigen Bilder, die nicht von mir selber sind, das ist von Lilian Anselmetti von Aufrecht Bern. Herzlichen Dank fürs zur Verfügung stellen. Ich finde, es sind unglaubliche Wolkenbilder, die sie im Raum Bern gesehen hat.

Eine weitere Studie von 2017 besagt, daß die Verunreinigung der Biosphäre durch Quecksilber massiv zunimmt und daß das auch eine Konsequenz der Klimamanipulation sein müsse. Das ist im "Journal of Geography, Environment and Earth Science International" herausgekommen. Es war eine Studie, nicht eine Review. Da wurde mit Massenspektrometrie Regenwasser und Schnee gemessen. Da wurde eine extrem hohe Quecksilberbelastung von 2 Mikrogramm pro Gramm gemessen. Obwohl durch die RoHS-Gesetze Blei und Quecksilber stark vermindert wurden in den letzten 20 Jahren, nimmt diese Belastung zu.

Auch das hat gesundheitliche Risiken, neurologischer, kardiovaskulärer, urogenitaler Art. Unfruchtbarkeit kann es auslösen, das Immunsystem betreffen und auch die DNA schädigen. Eine weitere Studie, die ich erwähnen möchte, von "Advances in Social Sciences Research Journal", sind die Mammutbäume, die Sequoias in Kalifornien, diese Redwood-Wälder. Die sind zum Teil über 3.000 Jahre alt. Sie haben ein viel wärmeres Klima erlebt, als wir es heute behaupten oder tatsächlich haben. Sie haben unglaubliche Trockenzeiten erlebt, Naßzeiten, Kältezeiten. Sie leben immer noch und jetzt sterben sie alle ab.

Eine nähere Untersuchung derselben zeigt, daß die künstliche Dürre über Jahrzehnte, in Kalifornien über Jahrzehnte durch Geoengineering, verursacht wird. Die toxischen Nanopartikel bringen ganz eindeutig die Bäume zum Sterben. Vor allem die Aluminiumanteile in diesen Nanopartikeln bringen die Bäume dazu, die Stomata, also diese Spaltöffnungen in den Nadeln oder Blättern, zu schließen. Dann haben sie den Feuchtigkeitsaustausch nicht mehr und können auch kein CO₂ mehr aufnehmen.

CO₂ ist übrigens das Lebensgas schlechthin. Es gäbe keine grünen Pflanzen ohne CO₂. Es gibt sogar eine relativ neue Studie von der NASA, die besagt, daß in den letzten 15 Jahren die Erde grüner geworden ist. Sie schreiben, wahrscheinlich wegen des erhöhten CO₂. Was ist denn böse daran? Aber das ist nur ein Nebensatz. Ein ganz wichtiger Faktor ist das Ozonloch, das immer größer wird. Man hört nichts mehr davon. Die FCKWs wurden schon in den 80er Jahren verboten. Jetzt kann man uns mit nichts mehr drangsalieren. Also sagt man nicht, daß das Ozonloch immer größer wird.

Wir wissen ja jetzt, wie es vergrößert werden kann. Das hat die US-Regierung in den vielen Dokumenten schon selber zugegeben. Dieses Ozonloch führt dazu, daß wir UVB und UVC auf der Erdoberfläche messen können. Auch in der Mainstream-Wissenschaft wird zugegeben, daß wir viel höhere UVB- und UVC-Anteile haben. Das ist das gefährliche UV, ab 100 Nanometer Wellenlänge bis etwa 400 Nanometer Wellenlänge. Das ist das richtig gefährliche UV. Das hatten wir früher auf der Erdoberfläche gar nicht. Das kommt durch das Ozonloch auf uns runter.

Das ist natürlich für uns Menschen genauso gefährlich wie für diese Sequoias. Ich überspringe jetzt die nächsten Studien, weil es immer ins Gleiche hineingeht. Was das alles auslöst. Katastrophales Bienensterben, Insektensterben, die ganzen Algenprobleme. Diese giftigen Algenblüten, die eigentlich zustande kommen, weil das Plankton stirbt. Durch diese ganzen Nanopartikelbelastungen und auch das Ozonloch. Die Vogelpopulationen gehen zurück, auch indirekt, weil die Insekten verschwinden und genauso die Fledermäuse.

Das sind alles Studien, die ich gelesen habe. Die wirklich erschreckend sind, was das alles für Auswirkungen hat auf die ganze Umwelt, also nicht nur auf unsere Gesundheit. Was ein wichtiger Treiber dieser ganzen Partikelauströße sein könnte. Ich kann bis heute nicht sagen, ob nur Flugzeuge, wie im Patent beschrieben umgebaut werden, um nur zu sprühen. B-77 mit 25 Tonnen Tanks. Oder sprüht auch jeder Passagierjet? Ich bin mir nicht sicher. Ich vermute, aber das ist nur eine Vermutung, es wird beides gemacht, parallel.

Der aktuelle NATO-Treibstoff Jet Propulsive 8, JP8, hat eine unglaublich große Zahl an gefährlichen Additiven. Die NATO gibt ihren Mitgliedstaaten nicht bekannt, was das alles für Additive sind. Die sorgen für Frostschutz, für Explosionsschutz, für gute Lagerhaltung, für Temperaturbeständigkeit.

Man kann es in arktischen Regionen genauso betreiben wie in der Wüste. Man kann auch einen Campingkocher damit betreiben, ein Schiff oder ein Flugzeug. Das braucht Additive ohne Ende. Da gibt es eine sehr gute Untersuchung von einer Marion Hahn. Die findet man auch im Internet. Die wurde selber krank, weil sie in der Nähe einer Air Force Base gelebt hat. Sie kann ziemlich gut zeigen, daß sie das auf den JP8 zurückführen muß. Hier sieht man, daß ich Dutzende von militärischen Forschungsdokumenten der US Air Force gefunden habe.

Hier ein Beispiel einer Forschungsarbeit. Ich glaube, es ist aus den 90er oder 00er Jahren. Auf jeden Fall wurde hier innerhalb der US Air Force der Treibstoff untersucht. In diesem JP8 wurden Aluminium, Barium, Beryll, Blei, Kadmium, Chrom, Kobalt, Eisen, Kupfer, Molybdän, Natrium, Nickel, Strontium, Titanium, Vanadium, Zink und Zinn nachgewiesen. Und dann natürlich auch noch die Oxide all dieser Metalle und zusätzlich noch polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe wie zum Beispiel Naphthalene und alkyl-substituiertes Naphthalin, alles unglaublich gesunde Zusatzstoffe.

Und wenn man jetzt schaut, dieser NATO-Treibstoff, der ist ja militärisch. Da gibt es ein Pipeline-System in Europa und dieses Bild ist von Wikipedia. Alles was ich hier geschrieben habe ist von Wikipedia. Ich zitiere sonst Wikipedia nicht, weil das meiste stimmt ja sowieso nicht. Aber hier ist dieses Bild aus den 70er Jahren. Das haben sie interessanterweise nicht aktualisiert. Und hier sieht man dieses Pipeline-System durch ganz Europa. Hier ist die Schweiz noch nicht dabei.

Aber im Artikel von Wikipedia steht dann, daß bereits im Jahr 2009 90 % der transportierten Kraftstoffe an zivile Abnehmer verkauft wurden - von diesem Flugtreibstoff. Und zu den größten zivilen Abnehmern gehören die Flughäfen Frankfurt, Köln, Bonn, Zürich und München. NATO-Treibstoff für zivile Airliner. 2016 wurden in Europa 12 Millionen Kubikmeter an zivile Abnehmer verkauft. Ich habe vorhin gesagt, auch der Mainstream bringt immer mehr Artikel zu diesem Thema und sagt dann aber, ja, das kann nicht sein.

Ein anderer Artikel, der vor zwei Wochen im Mainstream unglaublich die Runde gemacht hat. Überall, auch bei SRF, Watson, auch im englischen Sprachraum usw. Regenwasser hat nirgends auf der Erde mehr Trinkwasserqualität, wurde da gesagt. Sogar in der Antarktis oder im Hochland des Tibets ist er noch 14-fach höher, als die amerikanische Umweltbehörde den Grenzwert festgesetzt hat.

Und vor allem geht es um sogenannte PFAS und PFOA. Das sind poly- und perfluorierte Kohlenwasserstoffe, also fluoridhaltige Kohlenwasserstoffe. Die eben in - und dann steht natürlich im Mainstream drin - die in Make-up, Shampoos, Verpackungen und Putzmitteln drin sind. Also wir sind jetzt wieder schuld. Aber gerade diese Studie der Air Force hat gesagt, daß da eben fluorierte Verbindungen drin sind und zwar im großen Stil.

Also das Schlimmste an diesen fluorierten Verbindungen kommt von oben. Das ist die Originalstudie, die da im Mainstream zitiert wurde. Ich suche dann immer nach den Originalstudien. Ich will lesen was die Forscher da gemacht haben. Interessant ist auch, daß der Tagesanzeiger da einen Forscher aus Dänemark zitiert hat. Dabei ist mit Martin Scheringer sogar einer von der ETH dabei. Dann könnte ich ihn vielleicht mal kontaktieren und fragen, ob sie da auch atmosphärische Anteile berücksichtigt hätten.

Ich habe dann ein bißchen weiter recherchiert und bin auf ein Buch gestoßen. Das heißt "Forever Chemicals", also Chemikalien die sich nicht abbauen, die sehr lange im Erdkreislauf drin bleiben. Da geht es vor allem um diese PFOA und PFAS, also diese perfluorierten und polyfluorierten Kohlenwasserstoffe. Da steht drin, daß man eigentlich nur vier davon kennt

und untersucht hat, wie gefährlich und giftig die sind. Und auch wirklich nur diese vier so richtig gut nachweisen kann. Es gibt aber allein 6.500 gelistete und wahrscheinlich gibt es über 10.000 von diesen Stoffen. Ich sehe schon, Alex steht da, darum überspringe ich jetzt den Rest.

Ich hätte noch ganz kurz darauf eingehen wollen, daß nichtionisierende Strahlung, elektromagnetische Felder eben auch genetische Brüche einfach indirekter Natur zur Folge haben können. Aber ich weiß, da kommt ja noch ein anderer Redner, deshalb kann ich das mit gutem Gewissen überspringen.

Daß eben nicht nur die versprühten Stoffe da oben ein Gesundheitsrisiko darstellen, sondern eben auch diese ganzen Radio- und Mikrowellen, die da auf uns runterprasseln. Und ich spreche jetzt nur mal von diesen Wettermanipulationssachen. Ich lasse jetzt 5G und selbst 4G, 3G usw. mal ganz außen vor. ... Und damit bin ich fertig. Ich habe ein paar Sachen übersprungen. Ich hoffe, ich habe nicht allzu viel überzogen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.<<

[Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Januar 2024: >>](#)

Warum man Bauern in die Pleite treibt - Teil 1

Bauernproteste sind bei weitem kein deutsches Phänomen, in den letzten Jahren gab es beispielsweise massive Bauernproteste in den Niederlanden. ...

_ von *Thomas Röper*

Der Grund dafür ist ein Plan der niederländischen Regierung, bis zu 3.000 Höfe zu schließen. Die niederländische Regierung bietet ihnen zwar über 100 Prozent des Wertes ihres Besitzes an, dafür müssen sie aber ein Berufsverbot in allen Ländern der EU akzeptieren. De facto ist das eine mit Geld versüßte Zwangsenteignung, gegen die die niederländischen Landwirte seit Jahren protestieren, denn wer sich weigert, der soll zwangsenteignet werden.

Das gewollte Höfesterben

Als Vorwand wird mal wieder der Kampf gegen den angeblich menschengemachten Klimawandel genannt. Bauernhöfe seien Produzenten von klimaschädlichen Abgasen und von Stickstoff, heißt es. Auch in Belgien haben die Bauern immer wieder gegen für sie existenzgefährdende Regelungen protestiert, die oft von der EU vorgegeben werden.

Auch in Belgien gibt es ein Höfesterben, in den letzten 13 Jahren ist die Zahl der Höfe um 14 Prozent zurückgegangen. In den Niederlanden ist die Zahl der Höfe von 2010 bis 2020 bereits um etwa ein Drittel zurückgegangen, was ein ähnlich starkes Höfesterben ist wie in Deutschland.

Man könnte die Liste der Länder, in denen eine Politik umgesetzt wird, die auf eine zielgerichtete Reduzierung der Bauernhöfe abzielt, lange fortsetzen. Die Methoden und die von den jeweiligen Regierungen vorgeschobenen Begründungen sind unterschiedlich, aber sie haben alle das gleiche Ergebnis: In westlichen Ländern sterben die kleinen Bauernhöfe und deren Land wird meist von den großen Lebensmittel- und Agrarkonzernen aufgekauft. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Bedingungen für die kleinen Betriebe Schritt für Schritt verschlechtert, um sie zum Verkauf ihres Landes zu drängen.

Weg vom Fleisch, hin zu Insekten?

Die Kürzungen, gegen die die deutschen Bauern derzeit protestieren, fügen sich dabei in das Gesamtbild ein, das man in fast allen Ländern des kollektiven Westens beobachten kann. Und auch die deutsche Regierung, namentlich Bundesumweltminister Özdemir, arbeitet daran, die Zahl der von Bauern gehaltenen Nutztiere zu verringern, was ebenfalls in den meisten westlichen Ländern das Ziel ist. Die niederländische Regierung will die Zahl der gehaltenen Nutztiere gar um bis zu 50 Prozent reduzieren.

Das Phänomen kann man auch in den USA beobachten, wo das Höfesterben allerdings bisher langsamer abläuft. Im Jahr 2000 gab es in den USA 2,167 Millionen Farmen. 2022 lag die

Zahl der Farmen schon bei nur noch 2,003 Millionen. Das ist zwar ein langsames Höfesterben als in Europa, aber es ist der gleiche Trend.

Auch die WHO fühlt sich inzwischen berufen, über das Thema zu sprechen und natürlich ist der Vorwand wieder der Klimawandel. Die Nahrungsmittelproduktion trägt laut WHO-Chef Tedros Ghebreyesus zu über 30 Prozent der Treibhausgasemissionen bei und ist für fast ein Drittel der weltweiten Krankheitslast verantwortlich. Daher müsse die Nahrung weltweit umgestellt werden. Die Welt müsse weg vom Fleischverzehr und hin zu mehr pflanzlicher Nahrung. Außerdem wirbt die WHO für Insekten als Lebensmittel und für im Labor gezüchtetes Fleisch.

"Nachhaltige Entwicklung": Ein Täuschungsmanöver

Auf dem jüngsten Klimagipfel COP28 veröffentlichte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) Ernährungsempfehlungen für die Länder der ersten Welt, um die CO2-Emissionen zu senken. Die Botschaft an die wohlhabenden Länder lautete wieder, weniger Fleisch zu essen.

Mit gutem Beispiel mochten die versammelten Teilnehmer des Klimagipfels aber dann doch nicht vorangehen, denn auf der Speisekarte des COP28-Gipfels fand sich eine reiche Auswahl von Gerichten wie "saftige Fleischscheiben", "saftiges Rindfleisch", Wagyu-Burger, afrikanisches Straßen-BBQ, Philly-Cheesesteaks und anderer Fleischgerichte. Geröstete Insekten, Mehlwurmsuppe oder ähnliches suchte man hingegen vergeblich. Offenbar gelten die Ernährungsempfehlungen nur für das Fußvolk, nicht jedoch für die politische Elite.

Das ändert aber nichts daran, daß diese "Ernährungsumstellung" von den westlichen Ländern vorangetrieben wird. Es sei nur daran erinnert, daß die EU immer mehr Insekten als Beimischung für Nahrungsmittel zuläßt.

Über die sogenannten "nachhaltige Entwicklungsziele" der UNO (Sustainable Development Goal, SDG) habe ich schon öfter geschrieben. Die SDG werden auch Agenda 2030 genannt, weil sie Ziele definieren, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Die dort genannten Ziele, zum Beispiel den weltweiten Hunger abschaffen, klingen alle sehr positiv. Wer jedoch in die Programme zur Umsetzung der SDG schaut, der versteht, daß das keineswegs positive Programme sind.

"Philantropen" als Strippenzieher im Hintergrund

Ich habe im August beispielsweise über die C40-Städte berichtet, ein Programm, das ebenfalls ein Teil der Umsetzung der SDG ist. Eine Auswahl der Ziele, die die C40 bis 2030 erreichen wollen, sind folgende verbindliche Regeln für die Bewohner der C40-Städte: Null Kilogramm Fleischkonsum, Null Kilogramm Milchprodukte, maximal drei neue Kleidungsstücke pro Person und Jahr, Null private Fahrzeuge im Besitz, ein Kurzstreckenflug (weniger als 1500 Kilometer) alle drei Jahre pro Person. Das ist kein Scherz, wie Sie hier mit allen Quellen nachlesen können.

Die Agenda 2030 umfaßt praktisch alle Lebensbereiche und die Umsetzung der Agenda wird massiv gefördert. Lobbyiert werden die Ziele von den Stiftungen der sogenannten "Philantropen", also der westlichen Oligarchen, die mit ihrem Reichtum die Politik der westlichen Staaten bestimmen.

Diese Oligarchen haben dabei konkrete Ziele, unter anderem die Kontrolle über den Agrar- und Lebensmittelsektor zu bekommen. Damit würden sie den Staaten die Kontrolle über die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln abnehmen. Und genau das erleben wir gerade in der EU, denn wenn die Höfe sterben und deren Land an die Agrarkonzerne geht, bekommen wenige Konzerne die Kontrolle über die Lebensmittelmittelproduktion. Die EU-Staaten begeben sich auf einem weiteren Gebiet in die Abhängigkeit einiger weniger Superreicher.

Die Rolle von Bill Gates

Eben diese superreichen Globalisten kaufen seit Jahren weltweit Ackerland und nutzen ihren

Einfluß auf die Politik, um die Regelungen für Landwirte so unerfüllbar und kostspielig wie möglich zu gestalten, damit kleine und mittlere Betriebe früher oder später pleite gehen, oder sogar vom Staat gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben, siehe Niederlande. Das ist genau das, was wir in der EU gerade beobachten. Und auch die aktuellen Streichungen der Steuererleichterungen für deutsche Landwirte fügen sich als weiterer, wenn auch nicht so offensichtlicher, Schritt in das Bild.

Die Bill and Melinda Gates Foundation (BMGF) beeinflusst die deutsche Agrarpolitik über von ihr kontrollierte Projekte. Das System nennt sich öffentlich-private Partnerschaft (public-private partnership, kurz ppp) und funktioniert immer nach dem gleichen Muster.

Die Stiftung eines westlichen Oligarchen, von den Medien liebevoll "Philanthrop" genannt, schiebt ein Projekt an, finanziert es mit einigen Millionen, danach sind die westlichen Regierungen davon ganz begeistert und steuern ein Vielfaches (oft sogar das hundertfache) an Steuergeldern bei.

Diese Gelder kontrolliert damit der Oligarch, der das Projekt aus der Taufe gehoben hat. Zur Umsetzung solcher Projekte muß immer irgend etwas gekauft werden (Impfstoffe, Medikamente, Saatgut, etc.) und natürlich werden diese Dinge dann bei Firmen gekauft, an denen der Oligarch beteiligt ist oder die ihm ganz gehören. Mit einem relativ kleinen finanziellen Einsatz lenkt der Oligarch also ein Vielfaches an Steuergeldern in seine eigene Tasche.

Auflösung familiärer Bindungen

Aufgrund dieses eigentlich sehr einfachen Geschäftsmodells werden die sogenannten "Philanthropen" immer reicher, während sie angeblich ihr Geld mit vollen Händen verschenken, um die Welt zu retten. Daß die sogenannte Philanthropie in Wahrheit nichts weiter als ein Geschäftsmodell ist, habe ich in meinem Buch "Inside Corona" ausführlich und mit vielen konkreten Beispielen aufgezeigt.

Um beim Beispiel Bill Gates zu bleiben: Die deutsche Bundesregierung finanziert 31 Projekte und Programme, an denen die Gates-Stiftung beteiligt ist. Bei 24 der Projekte ist die Gates-Stiftung der einzige Partner. Das wurde im Sommer 2023 durch eine kleine Anfrage der Fraktion der Linken zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und privaten Stiftungen bekannt. Insgesamt überweist der deutsche Steuerzahler dafür 3,8 Milliarden Euro an die Stiftung von Bill Gates, wobei 3,35 Milliarden direkte, nicht projektgebundene Förderungen sind.

Die Gates-Stiftung hat sich als wichtigste Ziele die Gesundheit (also beispielsweise Impfungen), Ernährung (wobei massiv genmanipulierte Lebensmittel lobbyiert werden) und Bildung gesetzt. Bildung ist deshalb so wichtig, weil die "Philanthropen" de facto auch über den Inhalt der Lehrbücher bestimmen, die an westlichen Schulen und Universitäten benutzt werden. Was man den Kindern von heute in der Schule beibringt, ist das, was die Erwachsenen der nächsten Jahrzehnte denken werden.

Daher war es in nur wenigen Jahrzehnten möglich, die Werte der westlichen Gesellschaften massiv zu verändern. Vor 50 Jahren war die Familie noch der wichtigste Wert im Westen, heute wurde das durch alle möglichen Lebensgemeinschaften und LGBT ersetzt.

Auch das ist gewollt, denn wenn man den familiären Zusammenhalt, also die gewachsenen sozialen Bindungen zerstört, macht man die Menschen einsam und leichter lenkbar. Aus diesem Grund werden in den (ebenfalls von den Oligarchen bezahlten) westlichen Medien auch Singledasein, Kinderlosigkeit und wechselnde Partnerschaften, am besten auch noch mit wechselnden Geschlechtern, propagiert. Und aus diesem Grund haben diese Dinge auch Einzug in die Lehrpläne an westlichen Schulen und Universitäten gehalten: Es ist das, schon von den alten Römern erfundene, simple und wirksame Herrschaftsinstrument "teile und herrsche", das damit zur Perfektion gebracht wird.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie

Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 11. Januar 2024 (x1.351/...): >>**Wasserstoffhype: Der Bundesregierung fehlt die Grundlage!**

Der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré, wollte von der Bundesregierung in einer schriftlichen Einzelfrage (12/551) wissen, welche Speicherstrategie die Bundesregierung bei ihrem planwirtschaftlichen Thema Wasserstoff hat. Nach dem Willen der Bundesregierung soll Erdgas durch Wasserstoff ersetzt werden. Doch dazu müßten zunächst einmal grundsätzliche Fragen geklärt werden, wie beispielsweise das Problem der Speicherung von Wasserstoff. Hierauf hat die Bundesregierung keine Antwort, sondern räumt ein:

"Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bereitet derzeit die Beauftragung eines Gutachtens vor, zur Speicherung von Wasserstoff, einschließlich des möglichen Transformationspfads von Erdgas- zu Wasserstoffspeichern. Die Studie wird auch der hiesigen Frage nachgehen ..."

Kotré teilt dazu mit: "Damit ist klar: Wie bei der sogenannten Energiewende - ohne Speicher - fehlt auch beim Wasserstoffhype der Bundesregierung die Grundlage. Es gibt bislang weder eine Strategie, noch ist ein Gutachten in Auftrag gegeben worden, ob die Ziele überhaupt realisierbar sind. Der Wirtschaft wird Sand in die Augen gestreut, denn sie verläßt sich auf die vollmundigen Zusagen der Bundesregierung. Tatsächlich handelt es sich dabei um Fantasie. Ich halte das inzwischen nicht mehr nur für Dilettantismus, sondern für eine vorsätzliche Sabotage unseres Wirtschaftsstandortes."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 12. Januar 2024: >>**Dafür ist Geld da: "Klima-Projekte" in der Ukraine, "grüne Kühlschränke" in Kolumbien!**

Ausland geht vor Deutschland: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz von Robert Habeck ("Grüne") finanziert nach Angaben der Bundesregierung großzügig diverse Klima-Projekte in aller Welt - darunter Vorhaben mit einem Volumen von knapp 20 Millionen Euro allein in der Ukraine!

Doch nicht nur die Ukraine profitiert von absurden Zuwendungen. Das BMWK finanziert laut der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Unionsfraktion Projekte mit einem Gesamtumfang von 279 Millionen Euro im Ausland - dazu gehören beispielsweise die Sanierung von Wohngebäuden in der mongolischen Hauptstadt Ulan Bator (rund 6,2 Millionen Euro), oder "grüne Kühlschränke" für Haushalte in Kolumbien (4,6 Millionen Euro).

Würde man allein bei diesen Projekten den Rotstift ansetzen, könnte die Anti-Deutschland-Ampel nach Experten-Berechnungen etwa die Hälfte dessen einsparen, was sie Flugreisenden über die drastisch erhöhte "Ticketsteuer" abnehmen will!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27886" berichtete am 12. Januar 2024 (x1.350/...): >>**Bauern im Trommelfeuer des Great Reset**

Ein Kommentar von *Ernst Wolff* zu den Bauernprotesten

In den vergangenen Jahren hat sich die Lage der Bauern weiter zugespitzt. Einem Trommelfeuer gleich werden die Landwirte von unterschiedlichsten Seiten in die Ecke gedrängt. Die geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel bringt das Faß zum Überlaufen. Finanzexperte Ernst Wolff setzt die Bauernproteste in Deutschland in einen größeren Zusammenhang. Denn die aktuellen Entwicklungen sind nur die Spitze des Eisbergs einer globalen Agenda.

Die Streichung des Diesel-Rabatts brachte das Faß für die Bauern zum Überlaufen. Ihre Proteste bringen auf den Punkt, was den gesamten Mittelstand bewegt. Die Politik hat sich völlig entkoppelt von der Lebenswirklichkeit der Bevölkerung. Der Finanzexperte Ernst Wolff stellt

die aktuelle Entwicklung rund um die Bauernproteste in Deutschland in einen größeren Zusammenhang. Seiner Meinung nach geht es um sehr viel mehr als nur die Streichung von Steuervergünstigungen.

WHO-Chef Tedros erklärte im vergangenen Jahr: "Unsere Lebensmittelsysteme schaden der Gesundheit der Menschen und des Planeten. Lebensmittelsysteme tragen zu über 30 % der Treibhausgasemissionen bei und sind für fast ein Drittel der weltweiten Krankheitslast verantwortlich. Eine Umgestaltung der Lebensmittelsysteme ist daher unerlässlich." In der Agenda 2030, einer UN-Resolution aus dem Jahr 2015, heißt es: "Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen ..."

Hier wird klar, daß nicht die aktuelle Politik das eigentliche Problem ist: Es geht um eine globale Transformation und zunehmende Monopolisierung der Nahrungsmittelversorgung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Der Finanzexperte Ernst Wolff analysiert die aktuelle Entwicklung rund um die Bauernproteste wie folgt:

Hallo, Ernst Wolf hier. Der Deutsche Bauernverband ruft gemeinsam mit den Landesbauernverbänden ab dem 8. Januar zu einer landesweiten Aktionswoche auf, die am 15. Januar in einer Großdemonstration in Berlin ihren Höhepunkt finden soll. Offizieller Anlaß ist die von der Ampelkoalition geplante Streichung der Steuervergünstigungen beim Agrardiesel und bei der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Verärgerung der Landwirte wundert einen nicht, wenn man bedenkt, wie sie seit Jahren immer stärker unter Druck gesetzt werden. Mit der Folge, daß immer mehr kleinere und mittlere Höfe aufgeben und großen Agrarbetrieben weichen müssen. In Zahlen ausgedrückt sieht die Situation folgendermaßen aus: Gab es 1995 in Deutschland noch ca. 390.000 Landwirtschaftsbetriebe, so waren es 2020, also ein Vierteljahrhundert später, nur noch etwa 240.000. Noch erschreckender sind die Zahlen für die Europäische Union.

Von 2005 bis 2020, also innerhalb von nur 15 Jahren, fiel die Zahl von 14,4 Millionen Betrieben auf 9,1 Millionen. Das entspricht einem Rückgang von rund 37 Prozent. Man sieht also, es hat in der Landwirtschaft, so wie auch in der Industrie, auf Kosten kleiner und mittlerer Betriebe einen schnell fortschreitenden Konzentrationsprozeß und damit eine kräftige Umverteilung von unten nach oben gegeben.

In den vergangenen drei Jahren hat sich die Lage der Bauern weiter zugespitzt. Zum bereits geschilderten Strukturwandel sind auch noch die Lieferkettenzusammenbrüche infolge der Lockdowns gekommen. Außerdem die erschwerte Wartung und Reparatur von Landmaschinen durch den Chipmangel, die Erhöhung von Maut- und CO₂-Steuern, die Verteuerung von Düngern, insbesondere durch den Ukraine-Krieg und die erschwerte Kreditaufnahme aufgrund der Erhöhung der Zinsen durch die Europäische Zentralbank.

Aber das ist noch nicht alles. Dieses Trommelfeuer an Problemen ist auch noch verschärft worden. Und zwar durch immer neue bürokratische Vorschriften und Regulierungen. Fast alle im Namen des Klimas. Daß auf diese Weise immer mehr Bauern den Kampf ums Überleben verlieren und zu Opfern internationaler Agrarkonzerne werden, ist allerdings kein Zufall.

Wir erleben ja zurzeit weltweit eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Zeitenwende, den Aufbruch in das digitale Zeitalter. In das führt uns allerdings eine verschwindend geringe Minderheit. Und zwar, ohne daß die Mehrheit in irgendeiner Weise ein Mitspracherecht hätte. Diese Minderheit, ein Kartell aus mächtigen Finanz- und IT-Konzernen, verfolgt dabei mehrere Ziele, die inzwischen auch als "Great Reset" bekannt sind.

Sie will uns alle biometrisch erfassen, sie will uns alle neues Geld, also digitales Zentralbankgeld, aufzwingen und sie will die Landwirtschaft von Grund auf umgestalten. Und zwar durch sogenanntes Smart Farming. Dazu zählen die Automatisierung der Arbeit von Traktoren und Geräten, die Verwendung von Drohnen oder Arbeitsrobotern und der Einsatz der künst-

lichen Intelligenz, zum Beispiel durch die Anwendung von Algorithmen im Pflanzenbau. Aber das ist nicht alles.

Der Great Reset im Bereich der Landwirtschaft setzt vor allem auf die Erkenntnisse der synthetischen Biologie, also auf genetisch verändertes Saatgut und neuerdings auch auf Laborfleisch. All das verkaufen uns die Protagonisten des Great Reset als Maßnahmen, die in unserem Interesse gegen den Klimawandel getroffen werden. Saatgut muß angeblich manipuliert werden, um die Pflanzen gegen den Klimawandel resistent zu machen. Und Laborfleisch muß normales Fleisch ersetzen. Da ja Rinder, Schweine und Schafe zu viel Methan ausstoßen. Das alles ist keine Satire, sondern bittere Realität.

Dahinter verbirgt sich ein Milliardengeschäft, in das bereits zahlreiche Großinvestoren eingestiegen sind. Es bedeutet aber auch die vollständige Unterwerfung der Landwirtschaft unter diese Investoren. Denn die Lizenzen und die Patente, sowohl auf klimaresistentes Saatgut als auch auf klimaneutrales Laborfleisch, gehen natürlich nicht an die Landwirte, sondern an die Vertreter des Kartells. Smart Farming wird, und darüber sollten wir uns im Klaren sein, genauso wenig zur Rettung der Welt beitragen wie der gesamte Rest der Klimaagenda.

Smart Farming ist nichts anderes als ein Riesengeschäft zugunsten einer winzigen Minderheit und außerdem das Ende der Landwirtschaft, wie wir sie kennen. Eine besonders unrühmliche Rolle bei dieser fatalen Entwicklung spielt die Politik, die sich der Agenda des Great Reset fast vollständig untergeordnet hat.

Als größter Gegner der Landwirte haben sich dabei innerhalb der deutschen Ampelkoalition die Grünen erwiesen, die zurzeit das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium innehaben. Sie scheinen keine Grenzen zu kennen, wenn es darum geht, die Landwirte immer weiter in die Enge zu treiben und den Großinvestoren einen roten Teppich auszurollen.

Wie aber steht der Bauernverband zu dieser Entwicklung? Es ist schwer zu glauben, aber der Bauernverband steht ihr nicht nur hilflos gegenüber, er fördert sie sogar. Auf seiner Website kann man nachlesen, daß er sämtliche Klimaziele der Vereinten Nationen und die Vorgaben der Klimagipfel unterstützt und sich voll und ganz hinter deren CO₂-Agenda stellt.

Auf dem Parteitag der Grünen im November in Karlsruhe konnte man ihn sogar unter den Ausstellern und Sponsoren finden. Was aber veranlasst den Bauernverband nun im Januar 2024 dazu, von sich aus zu einer Aktionswoche mit Großdemonstration aufzurufen?

Vermutlich die wachsende Unzufriedenheit vor allem kleinerer und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe, die sich in den vergangenen Wochen und Monaten in zahlreichen lokalen und regionalen Protestaktionen Luft gemacht haben, die sich wiederum in einen Flächenbrand zu verwandeln drohen. Man kann also davon ausgehen, daß der Bauernverband nicht ganz freiwillig, sondern aus reinem Selbsterhalt auf die Proteste reagieren und dem Druck der Basis nachgeben muß.

Heißt das nun, daß man diese Protestaktionen ablehnen sollte? Nein, ganz im Gegenteil. Wer den Bauern wirklich helfen will, der sollte die gesamte nächste Woche nutzen, um ihnen durch sachliche Information klarzumachen, daß es um sehr viel mehr als nur die Streichung von Steuervergünstigungen geht, daß ihrem ganzen Berufsstand die Grundlage entzogen werden soll und daß sie ihr Schicksal, wenn sie sich erfolgreich gegen den Great Reset wehren wollen, auf keinen Fall den Funktionären des Bauernverbandes überlassen dürfen.<<

[Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Januar 2024: >> Warum man Bauern in die Pleite treibt - Teil 2](#)

Bauernproteste sind bei weitem kein deutsches Phänomen, in den letzten Jahren gab es beispielsweise massive Bauernproteste in den Niederlanden. ...

_ von *Thomas Röper*

Aber kommen wir zurück zur Ernährung und zur Landwirtschaft, um die es hier gehen soll. Und bleiben wir wieder bei Bill Gates, dessen Beispiel ich symbolhaft für die westlichen

Oligarchen anführe.

Großgrundbesitzer Bill Gates

Bill Gates ist inzwischen der größte private Inhaber von Ackerland in den USA. Bill Gates ist in vielen Ländern auf die eine oder andere Weise im Agrarsektor aktiv, laut der schon genannten Anfrage der Linken hat die Gates-Stiftung mittlerweile ein Volumen in Milliardenhöhe im deutschen Agrarsektor.

Bill Gates ist finanziell mit dem berüchtigten Agrarkonzern Monsanto verknüpft, in diesem Zusammenhang ist es in Indien und Mexiko zur Übernahme von Ackerland gekommen. Über die Verbindungen von Gates und Monsanto habe ich auch in "Inside Corona" berichtet, dabei ging es um das Beispiel eines gemeinsamen Projektes von Gates und Rockefeller in Afrika, das ebenfalls mit viel Steuergeld der westlichen Staaten finanziert wurde und den Hunger bekämpfen sollte.

Dabei wurden afrikanische Bauern gezwungen, auf genmanipuliertes Saatgut von Monsanto umzusteigen und so in die Abhängigkeit von Monsanto getrieben, woran Gates und Rockefeller dann verdient haben. Nur das offizielle Ziel, die Erträge der Bauern zu erhöhen und so den Hunger in der Region zu bekämpfen, wurde leider nicht erreicht.

Überhaupt fragt man sich, wie der Westen den Hunger bekämpfen will, wenn er eine Politik macht, die kleine Bauern zum Aufgeben zwingt und den Agrarsektor so den großen Konzernen und Oligarchen in die Hände spielt. Konzerne sind bekanntlich keine gemeinnützigen Organisationen, die den Hunger bekämpfen wollen, sie wollen Geld verdienen.

Macht über die Agrarmärkte

Wenn die Agrar- und Lebensmittelindustrie von kleinen und mittleren Betrieben an wenige Großkonzerne umverteilt wird, dann entsteht eine Marktmacht, die die kleinen Betriebe nie hatten. Und solche Konstellationen, in denen einige wenige Player einen Markt kontrollieren, führen bekanntlich nicht zu sinkenden Preisen, sondern zu Preisabsprachen und damit zu steigenden Preisen.

Bayer hat Monsanto inzwischen geschluckt, wobei beide sich dadurch auszeichnen, daß sie seit Jahren andere Agrarkonzerne aufkaufen. Das ist genau die Konzentration von Marktmacht in sehr wenigen Händen, über die ich hier geschrieben habe. Es laufen also Prozesse, um im Lebensmittelbereich Monopole oder Oligopole zu bilden, was faktisch die Macht über die entsprechenden Märkte bedeutet.

Die Ukraine ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Pläne umgesetzt werden. Wenn landwirtschaftliche Betriebe pleite gehen, kann deren Land billig aufgekauft werden. Der vom US-geführten Westen kontrollierte IWF hat der Ukraine 2020 als Bedingung für weitere Kredite diktiert, sie müsse den Ausverkauf der Schwarzerde, der fruchtbarsten Böden der Welt, an Ausländer gesetzlich erlauben. Offiziell gab es diverse Beschränkungen, aber die Gesetze wurden so gemacht, daß sie über Strohleute und verschachtelte Firmenkonstruktionen leicht zu umgehen waren.

Landgrabbing in der Ukraine

So kam es in der Ukraine, einem der größten Getreide-Exporteure der Welt, zu einem massiven Landgrabbing, bei dem einige wenige, meist US-amerikanische Investoren massenhaft landwirtschaftliche Flächen zu einem Spottpreis eingekauft haben. Daß das Land zu niedrigen Preisen zu kaufen ist, macht unter anderem der Krieg in der Ukraine möglich.

Neben Monsanto waren auch deutsche Unternehmen am Landgrabbing in der Ukraine im großen Stil beteiligt. Auch die Geflügelfleischproduktion in der Ukraine ist in der Hand internationaler Großinvestoren. Die Ukraine könnte auch für den Anbau von Soja interessant sein. Der Krieg, der Land billig macht, ist ein Lottogewinn für die Aufkäufer.

Deren Ziel ist es, das (möglichst weltweite) Nahrungsmittelmonopol zu erlangen, indem ihnen sowohl das Ackerland gehört, als auch, indem sie (siehe Monsanto und andere Konzerne) die

Kontrolle über Saatgut, Düngemittel und Pestizide erlangen. All diese Macht konzentriert sich in nur sehr wenigen Händen, denn die Politik der westlichen Regierungen befördert den Prozeß der Konzentration der Aktiva, indem sie die Bedingungen für kleine und mittlere Bauern immer mehr verschlechtert, so daß sie über kurz oder lang zum Verkauf ihrer Höfe gedrängt werden.

Unbezahlbare Düngemittel

Sogar die explodierten Energiepreise in Europa spielen dem in die Karten, denn dadurch ist die Düngemittelproduktion in der EU de facto unrentabel geworden, was viele Mittelständler dazu zwingen könnte, ihre Betriebe billig an große Konzerne zu verkaufen, wenn sie nicht pleite gehen und alles verlieren wollen.

Die EU begründet ihre Sanktionen gegen russisches Öl und Gas, die die Preisexplosion verursacht haben, mit den Ereignissen in der Ukraine. Nur hat nicht Rußland die Preise erhöht oder die Lieferungen nach Europa eingestellt, sondern das waren die Sanktionen des Westens. Es sind also nicht die Ereignisse in der Ukraine an den hohen Preisen Schuld, sondern die Reaktionen der EU darauf.

Man sieht, daß die Ereignisse in der Ukraine für die entsprechenden westlichen Konzerne und Oligarchen aus vielen Gründen nützlich sind, denn davon profitiert nicht nur westliche die Rüstungsindustrie, sondern auch beispielsweise die westliche Lebensmittelindustrie.

Die SDG und die Oligarchen

Auch bei den SDG, also der Agenda 2030, ist eines der Kernthemen die Landwirtschaft. An den Treffen, bei denen darüber gesprochen wird, dominieren von durch Bill Gates, George Soros oder anderen Oligarchen wie Rockefeller oder Ford finanzierte NGOs. Die Finanzierung der Organisatoren der Treffen, auf denen über den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 gesprochen wird, wird oft verschleiert. Als Beispiel nenne ich das World Food Forum, das unter anderem mit UN Women zusammenarbeitet. Und UN Women wird finanziert von Bill Gates, George Soros, der Ford Foundation, Rockefeller und anderen üblichen Verdächtigen.

Ich habe auch dieses Prinzip der verschleierte Finanzierungen in "Inside Corona" mehrmals aufgezeigt. Um den Eindruck zu erwecken, es wären ganz viele Organisationen, die solche Projekte unterstützen, finanzieren die Oligarchen vielen Organisationen. Dabei werden Finanzströme auch gerne über zwischengeschaltete Organisationen gelenkt, um zu verschleiern, daß es in Wahrheit nur einige wenige Oligarchenstiftungen sind, die ein Ziel fördern.

In diesem Artikel kann ich das Thema nur sehr oberflächlich ansprechen, weil es so umfangreich ist, daß man darüber ein ziemlich dickes Buch schreiben kann. Man müßte die 17 SDG und ihre Unterpunkte und die Programme anschauen, mit denen die jeweils umgesetzt werden. Da kommt man auf über 200 Programme, die man sich anschauen muß. Alleine die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, mit der sie die SDG umsetzen will, umfaßt aktuell 391 Seiten.

Die Herrschaft der westlichen Oligarchen

Aber eines macht schon dieser Artikel deutlich, nämlich daß internationale Organisationen und ihre Projekte von den Stiftungen einiger weniger Oligarchen (z. B. Gates und Soros) oder Oligarchen-Clans (z. B. Rockefeller und Ford) kontrolliert werden, und daß sie die Gelder, die die westlichen Regierungen in diese Projekte pumpen, kontrollieren und zu ihrem eigenen finanziellen Vorteil einsetzen. Damit bestimmen nicht gewählte, aber dafür profitorientierte Personen über die Politik des Westens, die er der Welt aufzwingen möchte.

Was in der Landwirtschaft passiert, ist nur ein Beispiel. Ich habe vor einiger Zeit schon anhand des Green Deal der EU aufgezeigt, daß es auch dabei nur darum geht, Steuergeld an eine Gruppe von Oligarchen zu lenken. Auch bei Covid ist es so gelaufen, damals sind die Milliarden, die die EU für den Kampf gegen die "Seuche" eingesammelt hat, praktisch

komplett an Organisationen gegangen, die Bill Gates kontrolliert.

Übrigens wird Bill Gates auch Herr über die Daten der Menschen in der EU werden, was die digitalen Impfpässe ermöglicht haben, und Ursula von der Leyen preist dieses Konzept der "digitale Identität" bereits als Vorbild für den Rest der Welt an. Und das waren auch nur Beispiele, die Liste ließe sich fortführen.

Digitale Identitäten

Kommen wir zurück zu den Bauerprotesten: Es geht nicht um ein paar Subventionen für Agrardiesel, es geht um ein systemisches Problem und um eine ernsthafte Gefahr für Freiheit und Wohlstand, siehe die C40-Städte mit ihrer Forderung, zukünftig ohne Fleisch, neue Kleidung, eigene Autos und sogar Flugreisen zu leben. Und das sind keine wirren Fantasien von mir, diese Dinge werden mit viel Geld und großer Konsequenz umgesetzt.

Die "digitale Identität", die Ursula von der Leyen so anpreist, wird dabei das ultimative und allumfassende Kontrollinstrument. Auch das ist Teil der SDG, denn SDG Nummer 16 lautet "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen", wogegen eigentlich niemand etwas haben kann. Eines der Unterziele, mit denen das erreicht werden soll, trägt die Nummer SDG 16.9 und lautet "Bis 2030 Schaffung einer legalen Identität für alle, einschließlich Geburtsregistrierung".

Und daran arbeitet übrigens wieder Bill Gates, der dazu diverse Organisationen unterstützt, um Herr über diese digitalen Identitäten zu werden. Eine der Organisationen nennt sich Modular Open Source Identity Platform (MOSIP) und die Gates Foundation rühmt sich, diese Plattform den Ländern der Welt ganz umsonst zur Verfügung zu stellen. Nur, daß Gates dann der Herr über all die Daten ist.

Eine andere Organisation, die von Gates und Rockefeller kontrolliert wird, heißt ID2020. ID2020 hat für die (ebenfalls von Gates kontrollierte WHO) den Leitfaden für digitale Impfpässe erarbeitet, der die Grundlage für von der Leyens Projekt der digitalen Identität für EU-Bürger ist.

Die wird in der EU bereits eingeführt. Dabei handelt es sich um die elektronische Patientenakte. Nach deutschem Recht kann man der elektronischen Patientenakte widersprechen, aber da EU-Recht über nationalem Recht steht, sollte man bedenken, daß das Widerspruchsrecht der Patienten gegen die elektronische Patientenakte im entsprechenden EU-Gesetz entfallen soll.

Das Finale rückt näher

So werden solche Dinge durch die Hintertür eingeführt. Die Probleme der Landwirte sind nur ein sehr kleiner Mosaikstein eines viel größeren Projektes, das die Welt, so wie wir sie kennen, komplett verändern wird. Zumindest in den Ländern, in denen es umgesetzt wird, also im kollektiven Westen.

Ob der Rest der Welt mitspielen wird, ist fraglich. Hier dürfte die im Mai 2024 anstehende 77. WHO-Gesundheitsversammlung interessant werden, denn dort wird über ein weiteres der dazu gehörenden Projekte abgestimmt. Es geht um die Änderung des Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations, IHR) und den neuen Pandemievertrag der WHO, die der von Gates kontrollierten WHO vollkommen neue Machtbefugnisse geben soll. Darauf jetzt auch noch einzugehen, sprengt den Rahmen, bei Interesse können Sie hier nachlesen, worum es dabei geht.

Aber in jedem Fall sollten wir uns den Mai im Kalender vormerken und beobachten, was die WHO-Gesundheitsversammlung entscheidet.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Januar 2024: >>Oslo: E-Busse geben wegen Kälte den Geist auf

Ganze Buslinien mußten wegen des kalten Winterwetters in Norwegen eingestellt werden. Die arktische Kälte der letzten Wochen mit Temperaturen von bis zu Minus 35 Grad Celsius waren für die sensible Öko-Technik zu viel. Der vielbeschworene Klimawandel ... In seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" widerlegt der Meteorologe und frühere ZDF-Wettermoderator Wolfgang Thüne die Lügen der Klima-Ideologen. Hier mehr erfahren.

Die norwegische Hauptstadt war bisher stolz darauf gewesen, führend bei der Nutzung von Elektrobussen im ÖPNV gewesen zu sein: Hunderte von solchen Fahrzeugen wurden deshalb in den letzten warmen Jahren angeschafft. Im Sommer 2024 sollen sogar weitere 80 E-Gelenkbusse des Typs Ebusco 3.0 eintreffen.

Oslo wird damit die erste europäische Hauptstadt mit Elektrobussen in ihrer gesamten Flotte sein. Ob das eine gute Idee war? Langsam fragt man sich nämlich, ob die Öko-Technik die Rechnung ohne den traditionell strengen norwegischen Vater Frost gemacht hat. Und ob es sich bei dieser Technik nicht um ein Öko-Paradoxon handelt: weil sie nur bei warmen Temperaturen funktioniert.

Periodische Rückkehr des Winters

Alles sei zwar ein "schönes Ergebnis", heißt es nun seitens der Verantwortlichen, aber: Durch die periodisch wiederkehrende Rückkehr des nordischen Winters hielten die Elektrobusse, vor allem deren Batterien, die Minuspunkte einfach nicht aus. - Davon wissen der ADAC und andere Automobilverbände jeden Winter, selbst in gemäßigten Regionen, ein Lied zu singen.

Anfangs - so hieß es in Norwegen noch - sei die übliche Kälte kein besonderes Problem. Allerdings hatten die ersten paar Dutzend Busse (BYD, VDL, Mercedes und Solaris) noch eine zusätzliche Innenheizung mit eingebautem Ölofen! Ab 2022 wurden jedoch Busse nur noch mit Wärmepumpen-Klimaanlagen ausgestattet.

Innenheizung überfordert Batterien

Doch bereits mit Beginn der Kälteperiode 2022 gaben Busse ohne Ölöfen den Geist auf. Mußte doch die Kabine geheizt werden, was mit den E-Batterien unmöglich war. Diese waren schon sehr bald leer.

Das Osloer Verkehrsunternehmen Ruter AS versprach aber hoch und heilig, an einer eine Lösung zu arbeiten - wobei bisher freilich keine akzeptable Alternative gefunden werden konnte: Außer daß den Passagieren empfohlen wurde, auf die vermeintlich vorsintflutliche, aber wesentlich robustere Technik von schienengebundenen Verkehrsmitteln umzusteigen. Gleichzeitig hofft man auf einen gnädigen Wettergott mit guten Beziehungen zur sogenannten Klima-Erwärmung: daß also das Wetter wieder milder wird.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Schluß mit den Klima-Lügen: In seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" zeigt der Meteorologe und frühere ZDF-Wettermoderator Wolfgang Thüne zeigt, daß die sogenannte Treibhausehypothese eine Vorgeschichte hat, die bis in die 1950er Jahre reicht: US-Wissenschaftler, Geheimdienste, Massenmedien und willfährige Politiker kreierten die wetterunabhängige Klimaforschung.

Thüne belegt die physikalische Unmöglichkeit der These eines einen CO2-bedingten Treibhauseffekts, die in den Händen von grünen Apokalyptikern zu einem großangelegten, manipulativ einsetzbaren "Treibhaus-Schwindel" wurde.

Dieses Werk leistet die notwendige Aufklärungsarbeit: über die meteorologischen und physikalischen Grundlagen des Wettergeschehens und über die politischen Profiteure der Klima-Ideologie.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 15. Januar 2024:

>>Protest-Ticker: Bauern ließen sich nicht manipulieren

Von *COMPACT Redaktion*

Die Bauern-Proteste gehen in die zweite Woche. Und wieder strömen die Landwirte mit ihren Traktoren auf die Straßen, um gegen die Ausbeutungs- und Ausplünderungspolitik der Ampel zu demonstrieren. ...

17:11 Uhr, Video-Netzfund: Wie bei den Querdenker-Demos - Wird die Bewegung zu stark, steigt die Aggression der Sicherheitskräfte:

16:20 Uhr Nicht nur die Teilnehmer der heutigen "Mega-Demo" (Bild) blieben standhaft gegenüber rhetorischen Einwicklungsversuchen. Auch ein Gespräch zwischen Vertretern aus der Landwirtschaft und der Ampel-Fraktionen führte zu keinem Resultat.

15:30 Uhr: Brandenburger Tor. Ein Buh-Konzert. Anscheinend sind die Demonstranten mit den Beruhigungsreden von Lindner & Co. nicht so ganz zufrieden gestellt.

13:40 Uhr: Video: Auszug aus der Rede vom Präsidenten des Bauernverbandes Rukwied.

13:10 Uhr. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat laut Bild den Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, die demonstrierenden Bauern ins Kanzleramt einzuladen. Söder: "Wir fordern zu einer grundlegenden Umkehr der Berliner Politik auf."

12:38 Uhr. Video: Protestierende Bauern buhen Lindner aus.

12:31 Uhr: Aktuell am Brandenburger Tor:

12:24 Uhr: Heiße Rede! Bauernarmut versus protziges Kanzleramt.

12:09 Uhr: Selbst das Mainstream-Blatt Bild bezeichnet den Bauernprotest als "Mega-Demo" und schätzt auf 10.000 Teilnehmer (es dürften also wesentlich mehr sein ...) Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir schlägt einen Bauern-Soli vor: Ein Tierwohl-Cent als Aufschlag auf alle tierischen Produkte.

11:50 Uhr: Präsident des Deutschen Bauernverbandes Joachim Rukwied (CDU) hält die Eröffnungsrede. Neben Applaus waren auch einige Buhrufe zu vernehmen, als er die Bühne betrat. Offenbar wird den Bauern bewußt, daß er selbst zum Problem der Bauern ein Anteil trägt.

11:40 Uhr: Eine riesige Traktorenschlange.

11:30 Uhr: Die Demonstranten werden immer ungeduldiger. Pyrotechnik wurde in der Nähe der Bühne gezündet.

10:15 Uhr: Die Angst muß bei der Registrierung tief sitzen. Sogar Räumpanzer und Wasserwerfer werden gegen das Volk aufgefahren.

10:00 Uhr: Video, Brandenburger Tor

10:00 Uhr: Bauernproteste: Olaf Scholz verbarrikadiert sich vor dem wütenden Volk. Das Regierungsviertel ist mit vielen Polizisten abgeriegelt. Demoteilnehmer werden nicht durchgelassen und müssen außen herumlaufen.

09:15 Uhr: Bauernprotest: Der Platz vor dem Brandenburger Tor füllt sich. Landwirte und Unterstützer stärken sich an der Gulaschkanone.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 15. Januar 2024: >>Halluzinationen bei der Bundesnetzagentur

Ja, Herr Müller, die Energieversorger brennen darauf, 60 Milliarden Euro in Gaskraftwerke zu investieren, die sich nicht rechnen können, da sie nur bei Flaute und Dunkelheit produzieren dürfen. Was erzeugt so nachhaltige Halluzinationen? Wolfgang Thüne zeigt in seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" die Vorgeschichte eines der mächtigsten Propaganda-Narrative der Klima-Lobby auf und macht deutlich, wie wir an der Nase herumgeführt werden.

_ von *Manfred Haferburg*

Klaus Müller ist von Beruf Diplom-Volkswirt. Im Unterschied zu vielen seiner Politikerkollegen hat er eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung und schon mal in seinem Leben

gearbeitet. 1990, also im zarten Alter von 19 Jahren, trat er in die Grüne Partei ein. Im Februar 2022 wurde er von Robert Habeck in die Funktion des Chefs der Bundesnetzagentur gehievt. Seither treibt er dort sein Unwesen.

Orwellsches "Doppeldenk" oder Unbedarftheit

In einem Interview mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe zeigte sich Müller mehr als optimistisch und außergewöhnlich gönnerhaft. Hier äußerte er:

"Im vergangenen Jahr haben wir erstmals über 50 Prozent Strom aus Erneuerbaren produziert. Das ist ein guter Ansporn, die Anstrengungen fortzusetzen ... Auch 100 Prozent halte ich für möglich ... Wir brauchen mehr Tempo in den Genehmigungsbehörden der Länder. Es geht um mehr Personal und weniger Bürokratie - auch bei Windparks in Wäldern und anderen geschützten Gebieten."

Einschränkend fügte Müller hinzu, daß es in Deutschland immer Dunkelflauten ohne Wind und Sonne geben werde. Das mache neue Gaskraftwerke erforderlich. Offenbar fiel ihm der Widerspruch zu seiner obigen Aussage der 100 Prozent möglichen Vollversorgung gar nicht auf. Ist das schon Orwellsches "Doppeldenk" oder schlicht Unbedarftheit?

Halluzinierte 50 neue Groß-Gaskraftwerke

Müller rief die Bundesregierung dazu auf, zeitnah die geplante Kraftwerksstrategie vorzulegen. Er äußerte:

"Die Energieversorger warten dringend darauf, um die Gaskraftwerke, die langfristig dann auf Wasserstoff umgestellt werden sollen, bis 2030 fertigstellen zu können."

Ja, Herr Müller, die Energieversorger brennen darauf, 60 Milliarden Euro in Gaskraftwerke zu investieren, die sich nicht rechnen können, da sie nur bei Flaute und Dunkelheit produzieren dürfen. Was gab es denn bei der Silvesterfeier der Bundesnetzagentur Feines, das so nachhaltige Halluzinationen erzeugt?

In weniger als sechs (6) Jahren sollen also 50 neue große Gaskraftwerke gebaut werden? Wasserstoff-Ready-Gasturbinen der 300 bis 500 MW-Klasse. Bisher gibt es eine (in Zahl 1) Wasserstoff-Ready-Gasturbine mit einer Leistung von 123 MW in Leipzig, die aber in Ermangelung von Wasserstoff mit schnödem Erdgas betrieben werden muß. Bis zur Umsetzung der Halluzinationen des Chefs der Bundesnetzagentur, die ja dem Habeckschen Halluzinations-Ministerium untersteht, fehlen allerdings noch ein paar winzige Kleinigkeiten.

Das Geld fehlt

Erst mal fehlen 60 Milliarden Euro für die Investition, denn kein Energieversorger wird Geld in ein Kraftwerk stecken, daß sich unmöglich rechnen kann, da es nur weniger als die Hälfte seiner Zeit produzieren darf, aber volle Invest- und Unterhaltskosten verursacht. Also muß sich Herr Habeck einen neuen Notstand ausdenken, der ihm erlaubt, sich die 60 Milliarden irgendwo als Schulden, genannt Sondervermögen, zu pumpen.

Thüne zeigt, daß die "Treibhaushypothese" eine Vorgeschichte hat, die bis in die 50er Jahre reicht. US-Wissenschaftler, Geheimdienste, Massenmedien und willfähige Politiker kreierten die wetterunabhängige "Klimaforschung".

Mit der Warnung vor einer drohenden Klimakatastrophe und der gezielt geschürten Angst vor dem "Hitzetod des Planeten" durch die von Menschen verursachten Kohlendioxid-Emissionen ließ sich machtpolitischer Einfluß gewinnen.

Thüne zeigt in einer klaren, allgemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Darstellung, daß die erzeugte Klimahysterie auf der Fehlannahme beruht, es gäbe einen CO₂-bedingten Treibhauseffekt. Thüne belegt die physikalische Unmöglichkeit dieser These, die in den Händen von grünen Apokalyptikern zu einem großangelegten, manipulativ einsetzbaren "Treibhaus-Schwindel" wurde. Dieses Werk leistet die notwendige Aufklärungsarbeit: über die meteorologischen und physikalischen Grundlagen des Wettergeschehens und über die politischen Profiteure des "Treibhaus-Schwindels".

Dann fehlen die Ausschreibungen für die 50 Gaskraftwerke, es fehlen die Standorte mit wasserstofffähigen Gasleitungsanschlüssen und Stromnetzanbindungen, es fehlen die Planfeststellungsverfahren, es fehlen die Anfragen und Angebote der Hersteller für die 50 Großturbinen, von denen es weltweit nur wenige gibt und deren Auftragsbücher ja nicht leer sind, es fehlt an Personal für die gleichzeitige Errichtung der Kraftwerke und es fehlt vor allem an Gas oder Wasserstoff.

Fragwürdige Rechenkünste

Nur der Vollständigkeit halber. Herr Müller hat in seinem Überschwang ganz vergessen, daß ja nicht nur der Stromsektor dekarbonisiert werden soll, sondern der ganze Primärenergieverbrauch durch die Erneuerbaren gestemmt werden muß. Der Stromsektor macht ganze 25 Prozent des Primärenergieverbrauchs aus. Und die Müllerschen "schon erreichten 50 Prozent" beziehen sich ausschließlich darauf. Schon deshalb ist seine Aussage grober Unfug.

Die derzeitige Kapazität der drei Gasterminals reicht etwa für 5 Gigawatt, ungefähr so viel, wie die letzten drei Kernkraftwerke hatten. Die Bundesregierung plant aber 21 Gigawatt Gaskraftwerksleistung bis 2030. Ist es erlaubt zu fragen, von wo das fehlende Gas für die verbleibende Leistung von 16 Gigawatt kommen soll? Ich frage für einen Freund. Von grünem Wasserstoff kann bis 2030 noch nicht einmal ein Gedanke sein. Mit viel Glück könnte dann vielleicht die Leipziger Gasturbine mit Wasserstoff laufen, der aber aus Gas produziert wird.

Warmduschen ausdrücklich erlaubt

Welt-Online berichtet dann über die für die Bürger gönnerhaften Sprüche des Herrn Müller. Der äußerte nämlich:

"Verbraucher in Deutschland müssen aus Sicht der Bundesnetzagentur keine besonderen Anstrengungen mehr zum Einsparen von Gas unternehmen. Wir haben die Hälfte des Winters hinter uns, und wir sind sehr optimistisch ... Die Gasspeicher sind mit über 90 Prozent sehr gut gefüllt."

Zwar seien sechs Prozent mehr Gas verbraucht worden als im vergangenen Winter - bei den Privathaushalten fast drei und bei der Industrie knapp neun Prozent. Müller weiter:

"Wir verbrauchen in diesem Winter aber immer noch gut 16 Prozent weniger Gas als vor der Krise."

Daher rufe die Bundesnetzagentur nicht dazu auf, "kälter zu duschen oder die Heizung runterzudrehen", betonte Müller. Das könne jede Person für sich selbst entscheiden".

Danke für die huldvolle Erlaubnis, möchte doch da der überglückliche Bürger rufen und im Gegenzug gnädig darüber hinwegsehen, das bei Müllers drei plus neun gleich sechs ist.

Doch ein Grüner Müller wäre kein Grüner, wenn er nicht gleich mit einer Drohung um die Ecke käme. Bei Welt-Online steht dazu:

"Der Behördenleiter verwies allerdings darauf, daß es teurer werde, eine Gasheizung zu nutzen. Deshalb schon ein achtsamer Umgang mit Gas auch das eigene Portemonnaie. Müllers Resümee: 'Man muß nicht jeden Raum im Haus genauso heizen wie das Wohnzimmer. Aber man gefährdet nicht die Gasversorgung, wenn man es tut.'"

Wenn man die ganze Inkonsistenz und Größenwahnsinnigkeit der Interviewfakten rekapituliert, fragt man sich unwillkürlich: Weiß der Chef der Bundesnetzagentur es nicht besser oder erzählt er einfach propagandistische Unwahrheit? Im ersten Fall ist er ein Scharlatan und im zweiten Fall ein Lügner. Auf jeden Fall ist er auf dem Posten des Leiters der Bundesnetzagentur hochgefährlich, da ja seine Behörde für die Sicherheit und Stabilität des Rückgrats des ganzen Landes zuständig ist.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu. Zwischenüberschriften wurden nachträglich von der Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 17. Januar 2024 (x1.356/...):

>>**Wer finanziert Umweltorganisationen? EU-Grüne stimmen gegen Transparenz**

Organisationen, die sich für Klimaschutz einsetzen, werden häufig von US-Geldgebern finanziert.

Janina Lionello

Die Grünen wollen nicht, daß die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen transparent offengelegt wird. Gemeinsam mit den Linken stimmten sie am Mittwoch im EU-Parlament gegen den Antrag des Christdemokraten Markus Pieper von der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Trotzdem wurde dessen Antrag am Ende angenommen.

Woher erhalten Nichtregierungsorganisationen (NGO) ihre Zuwendungen und wie hoch fallen diese aus? Bislang müssen Organisationen - anders als Unternehmen - diese Informationen nicht offenlegen, auch wenn sie aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Dabei führt gerade mehrschichtige Finanzierung häufig zu Intransparenz.

In Brüssel stimmte das Europäische Parlament am Mittwoch darüber ab, ob sich das in Zukunft ändern soll. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Pieper, legte zuvor einen Bericht vor, in dem er die häufig intransparente Finanzierung vieler Organisationen kritisiert.

Pieper zu NIUS: "Es geht mir nicht um kleine Vereine, Feuerwehren oder Tierzüchter - sondern um große NGOs, die mit europäischen Geldern gefördert werden. Und natürlich sind auch unter denen nur einige wenige schwarze Schafe."

Gegen Transparenz - aus Angst vor Rechten

Doch die Grünen ordneten ihrer Fraktion im Vorfeld an, GEGEN die geforderte Transparenz zu stimmen. In einem Paper, das sich an die Abgeordneten richtet, heißt es: "Wir befürchten... daß der Bericht von der politischen Rechten als Vorwand benutzt werden könnte, um in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments mit der klaren Absicht voranzukommen, die Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrer Handlungsfreiheit einzuschränken."

Intransparenz als Schutz vor der politischen Rechten also ...

Auch die Kommission selbst steht einer zu detaillierten Offenlegung kritisch gegenüber. Einerseits will sie nicht, daß Rechte aus Rußland oder der Schweiz finanziert werden, andererseits soll aber die US-amerikanische Finanzierung von grünen Umweltorganisationen nicht zu sehr in den Fokus und die Kritik geraten.

Einer der weltweit einflußreichsten Klimaaktivisten ist Hal Harvey, der über seine Stiftung Millionen an grüne NGOs vergibt - auch an deutsche. Beispielsweise finanzierte er die "Agora Energiewende", als Habecks ehemaliger Staatssekretär Patrick Graichen dort Geschäftsführer war. Im Jahr 2022 beispielsweise flossen 7,5 Millionen Euro an die Agora.

In dem Schreiben begründen die Grünen ihre ablehnende Haltung zudem damit, daß Pieper NGOs in ein schlechtes Licht rücken würde. "Piepers Bericht über die Transparenz von NGOs ist ein weiterer Versuch, eine negative und mißtrauische Haltung gegenüber dem gesamten Sektor der Organisationen der Zivilgesellschaft zu etablieren", heißt es dort.

Organisationen werden nicht mehr finanziert, wenn sie Gesetze brechen

Am Ende nutzte alle Opposition nichts, Pieper setzte sich mit seinen Vorschlägen durch. "Das wichtigste, was wir erreicht haben, ist, daß es etwas wie den Katar-Korruptionsskandal mit den neuen Regelungen nicht mehr geben kann", sagte der Abgeordnete im Anschluß an die Abstimmung zu NIUS.

2022 hatten Anti-Korruptionsermittler herausgefunden, daß einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments in Korruption, Geldwäsche und organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit der Regierung von Katar und anderen arabischen Staaten verwickelt waren.

Ebenfalls neu: NGOs, die Pauschal-Zuschüsse bekommen, müssen nun Rechenschaft darüber ablegen, wohin das Geld weiterverteilt wird - was bislang nicht der Fall war. Organisationen,

die Gesetze brechen - beispielsweise religiöse Extremisten - sollen in Zukunft von Finanzierung ausgeschlossen werden.

"Der heilige Anstrich würde gewaltig abblättern"

Die Abwehrhaltung der Grünen gegenüber seinen Vorschlägen erklärt sich Pieper so: "Wenn einige steuergeldfinanzierte grüne NGOs ihre Finanzierung transparent machen müssten - da würde bei einigen der heilige Anstrich gewaltig abblättern."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. Januar 2024: >>Das Märchen vom Öko-Kollaps: Die Osterinsel-Lüge

Die einstigen Bewohner der Osterinsel sollen die natürlichen Ressourcen übernutzt haben, was angeblich zu einem ökologischen und kulturellen Niedergang führte. Die populäre Erzählung hat nur einen Haken: Sie stimmt nicht. Nicht nur hier wird manipuliert: Wolfgang Thüne zeigt in seinem Buch "Der Treibhaus-Schwindel" die Vorgeschichte eines der mächtigsten Propaganda-Narrative der Klima-Lobby auf und macht deutlich, wie wir an der Nase herumgeführt werden.

_von Peter Panther

Das sollte auch den Klimawarnern zu denken geben. Denn: Wer hat sich nicht schon diese Erzählung über die Osterinsel, ein kleines Eiland inmitten des Pazifiks, anhören müssen? Die Geschichte wird meist mit erhobenem Zeigefinger vorgetragen: Die Ureinwohner der Insel hätten die Ressourcen der Insel übernutzt. Sie hätten Bäume gerodet, bis keine mehr da gewesen seien. Die Überbevölkerung und die Abholzung der Wälder hätten zu einem Kollaps von Natur und Kultur geführt.

Ein falsches, aber wirkmächtiges Narrativ

Erosion habe die einst fruchtbaren Böden weggespült. Die Vegetation sei verarmt. Den Bewohnern sei die Nahrung ausgegangen, was in Verteilungskriege und einen starken Bevölkerungsrückgang gemündet habe. Die Menschen seien sogar zu Kannibalismus gezwungen gewesen sein. Als der Niederländer Jacob Roggeveen die Osterinsel 1722 entdeckt hat, sei er auf einen kläglichen Rest an verarmten und hungernden Bewohnern gestoßen.

Die Botschaft dieses Narrativs ist klar:

"Seht her, was auf der Osterinsel passiert ist, wird bald auch der ganzen Welt widerfahren, wenn die Menschheit nicht endlich zu einer nachhaltigen Lebensweise findet."

Die Vorboten des weltweiten Öko-Kollapses seien bereits absehbar - etwa in Form des Klimawandels.

"Paradies auf Erden"

Es gibt nur ein Problem mit der erwähnten Erzählung über die Osterinsel: Sie stimmt nicht. Nachdem schon in den vergangenen 20 Jahren Forschungsergebnisse publik geworden sind, die dem gängigen Katastrophen-Narrativ widersprechen, zeigt der niederländische Historiker und Journalist Rutger Bregman in seinem Buch "Im Grunde gut" eindrücklich auf, was in Sachen Osterinsel Wahrheit und was Fiktion ist.

Die Hauptaussage von Bregmans Buch ist, daß die Menschen von Natur aus viel bessere Absichten haben und mehr Kooperationssinn zeigen, als ihnen die meisten Anthropologen und Psychologen andichten wollen. Ein Kapitel des Werkes dreht sich um das Schicksal der Menschen auf der entlegenen Pazifikinsel.

Da ist zuerst einmal das Logbuch des Osterinsel-Entdeckers Roggeveen, gemäß dem er und seine Crew keinesfalls auf eine zerfallene Gesellschaft gestoßen sind. Die Osterinsulaner werden vom Niederländer als sympathische Gestalten mit muskulösen Körpern beschrieben. Sie bettelten nicht etwa um Essen, sondern boten es im Gegenteil an. Ihr Land soll "ausnehmend fruchtbar" gewesen sein. Roggeveen beschrieb die Insel als "Paradies auf Erden".

Gemäß dem gängigen Narrativ sei Roggeveen auf einige wenige Tausend Bewohner gestoßen, während die Insel einst rund 15.000 Einwohner gezählt habe. Auch das ist falsch, wie Autor

Bregman aufdeckt. Wissenschaftliche Schätzungen seien nämlich zum Schluß gekommen, daß die Bevölkerung gar nie 15.000 Köpfe umfaßt haben könne. Dazu stellt der Autor fest: "Die Tausenden von Osterinsulanern, die sich gegenseitig gefoltert, getötet und gefressen haben sollen, verfügen über ein ausgezeichnetes Alibi. Es hat sie nie gegeben."

Die Ressourcen für einen absurden Kult geopfert?

Die Untersuchung eines amerikanischen Anthropologen an 469 vorgefundenen Schädeln sei zudem zum Schluß gekommen, daß davon höchstens zwei Spuren aufgewiesen hätten, die von Kriegshandlungen stammen könnten. Die Kriege um die angeblich stark dezimierten Ressourcen habe es schlicht nicht gegeben.

Als die Niederländer im 18. Jahrhundert die Osterinsel entdeckten, stießen sie auf Hunderte von übermannshohen Skulpturen mit großen Gesichtern aus Stein - bezeichnet als "Moai-Skulpturen". Sie sind noch heute das Wahrzeichen der Insel. Gleichzeitig fehlten auf der Osterinsel tatsächlich die Wälder.

Die gängige Erklärung lautet, daß die Inselbewohner solange Palmbäume gefällt hätten, um die Moais zu transportieren bzw. mit Hilfe der Baumstämme rollend zu bewegen, bis keine mehr da gewesen seien. Die Ureinwohner hätten somit ihre Lebensgrundlage für einen absurden Kult geopfert - genau gleich, so die Mahnung, wie die Weltbevölkerung heute die Ökoresourcen für Autos, Flugzeuge und anderen Luxus übernutze.

Polynesischer Ratte: Der wahre Übeltäter

Doch auch das kann nicht stimmen - schon rein zahlenmäßig nicht: Wie Rutger Bregman aufzeigt, haben die Bewohner für den Transport ihrer Skulpturen insgesamt etwa 15'000 Baumstämme benötigt - während die Wälder aber einst Millionen an Bäumen umfaßt haben müssen.

Die Wahrheit ist, daß die Wälder nicht von den Osterinsulanern dahingerafft wurde, sondern von der Polynesischen Ratte. Diese hatten die Ureinwohner anlässlich der ersten Besiedlung der Insel um das Jahr 1200 eingeschleppt. Die Ratte hat sich millionenfach vermehrt und alle Palmensamen aufgefressen, was zur Entwaldung führte.

Thüne zeigt, daß die "Treibhaushypothese" eine Vorgeschichte hat, die bis in die 50er Jahre reicht. US-Wissenschaftler, Geheimdienste, Massenmedien und willfährige Politiker kreierten die wetterunabhängige "Klimaforschung".

Mit der Warnung vor einer drohenden Klimakatastrophe und der gezielt geschürten Angst vor dem "Hitzetod des Planeten" durch die von Menschen verursachten Kohlendioxid-Emissionen ließ sich machtpolitischer Einfluß gewinnen. Thüne zeigt in einer klaren, allgemeinverständlichen naturwissenschaftlichen Darstellung, daß die erzeugte Klimahysterie auf der Fehlanahme beruht, es gäbe einen CO₂-bedingten Treibhauseffekt.

Thüne belegt die physikalische Unmöglichkeit dieser These, die in den Händen von grünen Apokalyptikern zu einem großangelegten, manipulativ einsetzbaren "Treibhaus-Schwindel" wurde. Dieses Werk leistet die notwendige Aufklärungsarbeit: über die meteorologischen und physikalischen Grundlagen des Wettergeschehens und über die politischen Profiteure des "Treibhaus-Schwindels".

Die Rattenplage war zwar auch eine ökologische Katastrophe, aber eine ganz andere als die Erzählung von der Übernutzung der Wälder weismachen will. Jedenfalls hätten sich die Bewohner trotz dem Schwund der Vegetation ausreichend ernähren können, führt Autor Bregman weiter aus - nicht zuletzt dank eines ausgeprägten Erfindergeists, was die Nahrungsproduktion angeht.

Neuer Realismus für die Klimabewegung

Rutger Bregman faßt seine Erkenntnisse zur Geschichte der Osterinsel in knappen Worten zusammen. Er schreibt:

"Es gab keinen Krieg, keine Hungersnot, keinen Kannibalismus."

Das Verschwinden der Wälder habe die Bewohner zudem "nicht ärmer, sondern produktiver" gemacht. Auch seien die Insulaner "viel klüger und sozialer eingestellt, als die Wissenschaftler lange Zeit geglaubt haben." Die wahre Geschichte der Osterinsel sei eine Geschichte von Widerstandsfähigkeit und Einfallsreichtum. Der Autor dazu:

"Es ist keine Botschaft einer Katastrophe, es ist eine Quelle der Hoffnung."

Der Autor und Historiker wagt eine Verallgemeinerung seiner Erkenntnisse auf die ganze Menschheit und betont:

"Ich bin skeptisch, wenn gesagt wird, daß wir zutiefst egoistisch oder, schlimmer noch, eine Plage seien."

Er sei auch skeptisch, "wenn unser Untergang als unvermeidlich hingestellt wird".

Denn: "Zu viele Umweltschützer unterschätzen die Wehrhaftigkeit des Menschen." Bregman spricht zudem die Klimabewegung an: Diese benötige "einen neuen Realismus."

Den Ureinwohnern der Osterinsel ging es schließlich aber doch noch schlecht - aber erst lange nachdem ihr Eiland von Seefahrern entdeckt worden war: Im 19. Jahrhundert wurden große Teile der einheimischen Bevölkerung weggebracht und versklavt, was die meisten dieser Menschen nicht überlebten. Zudem wurden wegen der Kontakte zur Außenwelt die Pocken auf die Insel eingeschleppt, was zu einer Epidemie führte. Im Jahr 1877 zählte die Osterinsel gerade noch 110 Urbewohner.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu. Zwischenüberschriften wurden nachträglich von der Redaktion eingefügt.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

| | |
|------|--|
| x363 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021. |
|------|--|

Internet

| | |
|--------|---|
| x1.343 | https://www.kla.tv - Dezember 2023 |
| x1.344 | https://afdkompakt.de/ - Dezember 2023 |
| x1.345 | https://apollo-news.net/ - Dezember 2023 |
| x1.346 | https://www.mmnews.de/ - Dezember 2023 |
| x1.350 | https://www.kla.tv - Februar 2024 |
| x1.351 | https://afdkompakt.de/ - Februar 2024 |
| x1.352 | https://apollo-news.net/ - Februar 2024 |
| x1.356 | https://www.nius.de/ - Februar 2024 |
| x1.387 | https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024 |